

SCHWERPUNKT VILLACH

villach.live.digital





stolz auf wien.

UNTERSTÜTZUNG für Wiener Unternehmen

Die „Stolz auf Wien“ Beteiligungs GmbH unterstützt Wiener Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, indem sie sich an diesen temporär beteiligt.

www.wienholding.at   
www.wienholding.at/stolzaufwien

STOLZ AUF WIEN
Beteiligungs GmbH

ein Unternehmen der wienholding

mehr wien zum leben.
wienholding

Ein Unternehmen der StöDt#Wien



villach.live.digital

Was vom 70. Österreichischen Städtetag übrig blieb.

Die Coronakrise und ihre Bewältigung beschäftigen Österreichs Städte und Gemeinden seit Monaten.

Auch der 70. Österreichische Städtetag, der von Mai auf 11. bis 13. November verschoben wurde, kann heuer nicht wie gewohnt stattfinden.

In dieser Ausgabe der ÖGZ bitten wir dennoch die Gastgeberstadt Villach vor den Vorhang und präsentieren viele spannende Seiten der gemütlichen, grünen und innovativen Stadt an der Drau. Dazu finden Sie informative Beiträge zu unseren fünf Arbeitskreisen, die heuer via Livestream auf www.staedtetag.at verfügbar sein werden.

Österreichs Städte und Gemeinden lassen sich nicht unterkriegen: In dieser schwierigen und von Unsicherheit geprägten Zeit erhalten die Kommunen den Betrieb aufrecht, gewährleisten die Daseinsvorsorge, sichern die sogenannte kritische Infrastruktur und setzen dazu noch Hilfsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Wirtschaft um. Der Österreichische Städtebund fordert weiterhin eine zweite Milliarde zur Krisenbewältigung in den Städten und Gemeinden und versucht, seine Mitglieder auch im Rahmen der hybrid stattfindenden Workshops bestmöglich zu informieren und zu vernetzen.



Thomas Weninger

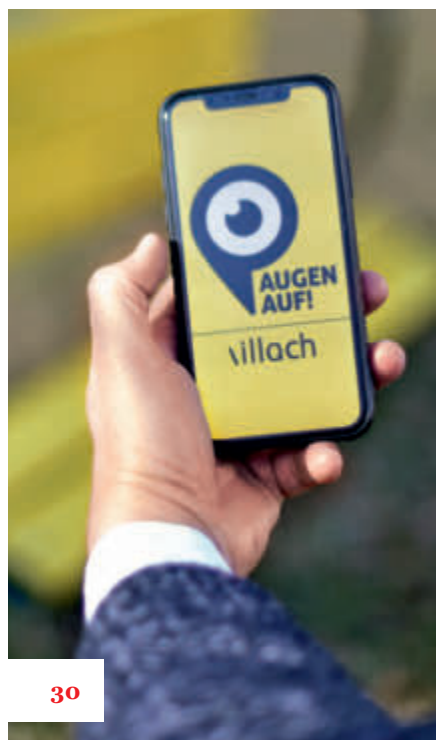
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

Michael Ludwig

Präsident Österreichischer Städtebund



26



30



32

Schwerpunkt Villach

Schwerpunkt Villach

Vorwort	13
Stadt im Wandel: auf der Überholspur	14
Kärntens schönstes Wohnzimmer	18
Villach lebt es vor: Grün rein, Plastik raus	20
Städtischer Verkehr im Wandel	22
Krisenfest durch die Coronazeit	26
Unser Naturpark ist der Gipfel	28
Digitale Stadt: mehr Effizienz, mehr Service	30
Eine coole Jugendstadt	32
Villacher Trinkwasser: innovativ und krisensicher	34
Seezugänge: Pack die Badehose ein	36
Workshops	
Hört auf die Jugend!	40
Finanzierung der Daseinsvorsorge	42
Grün statt Grau	44
Mobilitätswende	46
Herausforderung Corona	49

Magazin

Antikorruptionskultur in Innsbruck	52
Corona in Südosteuropa	54
Kommunale Pionierinnen: Alice Brandl	56
Digital durch die Coronakrise	57
Mikro-ÖV-Besteuerung	58
Praktikum beim Städtebund	59
Die Kommunalsteuer als Selbstberechnungsabgabe Teil 2	60
Aktuelles aus den Städten	
Finanzen	64
Literatur	65
Zu guter Letzt	66
Termine	67
Impressum	67

Wer verschafft mir jetzt den Spielraum, damit sich meine Gemeinde weiterentwickeln kann?

Führende Public Sector-Expertise

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln und dabei auch durch schwierige Zeiten bringen muss, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie die „Praxisplaner“, können gerade dann, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger werden, kommunale Aufgaben erleichtern. So unterstützen wir Sie dabei, Ihren Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu optimieren. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

RUND
50%
ALLER GEMEINDEN
SIND KUNDEN DER
BANK AUSTRIA



Michael Ritsch



Simon Tschann



Frank Matt



Martin Staudinger

Neue Bürgermeister Vorarlberg hat gewählt.

In Bregenz löst nach der Stichwahl Michael Ritsch (SPÖ) Markus Linhart (ÖVP) nach 22 Jahren als Stadtchef ab.

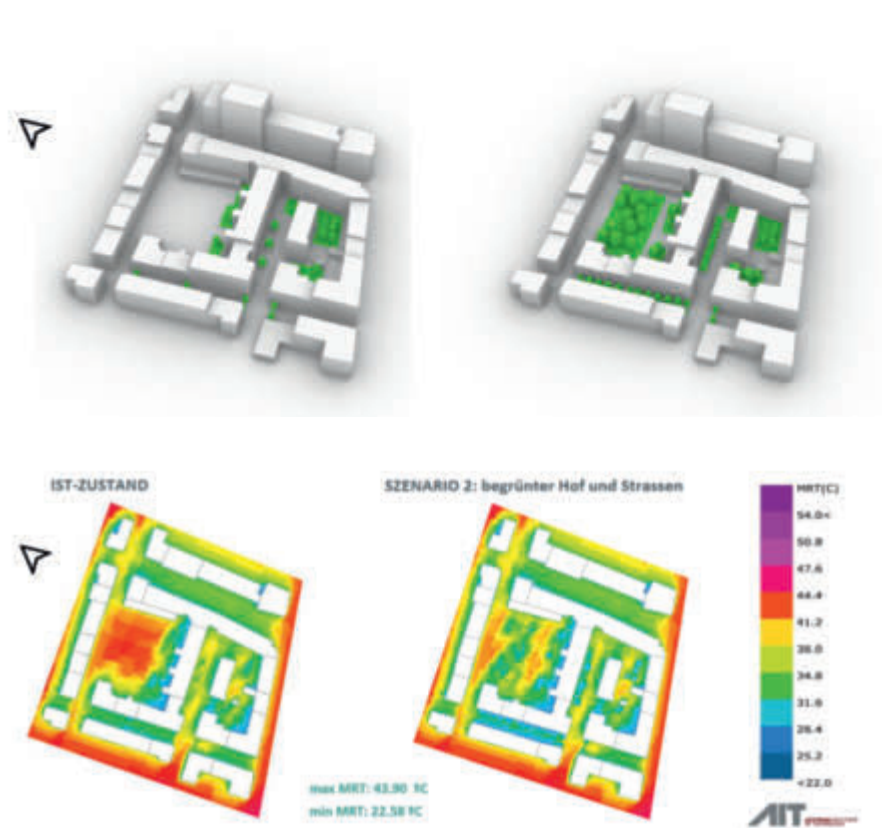
Der Bludenzer Bürgermeister Josef Katzenmayer hat sich in den wohlverdienten Ruhestand zurückgezogen, ihm folgt der 28-jährige Simon Tschann (ÖVP) als jüngster Bürgermeister Vorarlbergs nach.

In Hard konnte sich Martin Staudinger (SPÖ) gegen die bisherige Bürgermeisterin Eva Maria Mair durchsetzen und mit Frank Matt in Lochau am Bodensee hat Vorarlberg nun auch einen ersten grünen Bürgermeister.



Drittes Geschlecht Neuer Erlass öffnet mehr Möglichkeiten.

Ab sofort gibt es einen neuen Erlass, wonach es in Dokumenten beim Geschlechtseintrag neben „weiblich“ und „männlich“ nun auch die Bezeichnung für das „dritte Geschlecht“ nämlich „divers“, „inter“ oder „offen“ bzw. „kein Eintrag“ gibt. Der Geschlechtseintrag kann im Zentralen Personenstandsregister (ZPR) ausgewählt werden, es können auch Änderungen bzw. Berichtigungen vorgenommen werden.



In Rahmen des Clarity-Forschungsprojekts wurden Klimasimulationen für Sommer- und Hitzetage in spezifischen Stadtgebieten durchgeführt und Szenarien ohne sowie mit Begrünungsmaßnahmen verglichen. Die Grafik zeigt fiktive Hof- und Straßenbegrünungsmaßnahmen eines innerstädtischen Baublocks in Linz. Der Vergleich mit und ohne fiktiver Begrünung verdeutlicht im Hof Temperaturunterschiede von bis zu 15 °C im Bereich der mittleren Strahlungstemperatur sowie in den tagsüber durch Bäume beschatteten Straßen und Gebäuden Unterschiede von bis zu 9 °C.

Linz: digital gegen den Klimawandel Einfach einsetzbare Climate Services für Städte und Kommunen

Im vom AIT Austrian Institute of Technology koordinierten und von der EU geförderten Horizon-2020-Projekt CLARITY (Integrated Climate Adaptation Service Tools for Improving Resilience Measure Efficiency) wurden innovative digitale Werkzeuge und Dienstleistungen entwickelt, mit deren Hilfe negative Auswirkungen des Klimawandels auf Europas Städte analysiert und bewertet werden können. Von insgesamt 17 europäischen Partnern waren aus Österreich neben dem AIT, Center for Digital Safety & Security und Center for Energy, auch die Zentral-

anstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG, Wien), die Smart Cities Consulting (SSC, Wien) sowie die Stadt Linz, die sich das ambitionierte Ziel gesetzt hat, Klimahauptstadt Europas zu werden, beteiligt. Das Projekt CLARITY stellt die entwickelten Szenarien und Climate Services über die im Rahmen des Projekts aufgebaute Plattform <https://myclimateservices.eu/> unter anderem für KlimaexpertInnen und StadtplanerInnen, aber auch interessierte Städte zur Verfügung.

<https://clarity-h2020.eu/>

Oberster Stadtforscher

Ehrungen für Alt-Bürgermeister Häupl

Dem langjährigen Wiener Bürgermeister und ehemaligen Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, Michael Häupl, wurden im September zwei hohe Auszeichnungen von Urban Forum – Egon Matzner-Institut für Stadtforschung zuteil. Für sein Wirken als Gründungsakteur sowie seine langjährige Unterstützung des Stadtforschungsinstitutes wurde er mit der Ehrenmitgliedschaft und der Goldenen Ehrennadel gewürdigt. Beide Auszeichnungen wurden von Vorstand und Generalversammlung einstimmig beschlossen. Michael Häupl ist seit Anfang 2019 Präsident des Kuratoriums von Urban Forum.



*Bernhard Müller (Urban Forum),
Präsident Michael Häupl,
Städtebund-Generalsekretär
Thomas Weninger*

© Foto: Urban Forum

MEHR INVESTITIONEN: RETTUNGSSCHIRM FÜR DIE GEMEINDEN!

Mehr Sparen können wir uns nicht leisten.

Weil's für uns ums Ganze geht.

younion
Die Daseinsgewerkschaft

Uns alle hat die Coronakrise schwer getroffen. Aber es ist auch klar geworden, wie systemrelevant die Arbeit unserer KollegInnen bei den Gemeindebediensteten, in Kunst, Medien, Sport und freien Berufen ist. Die Folgen der Krise dürfen nicht zu Lasten der kritischen Infrastruktur gehen, denn mehr Sparen können wir uns nicht leisten. Weil's für uns alle ums Ganze geht.
Das gesamte Forderungspaket: www.younion.at



V. r.: Bürgermeister Georg Willi, Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, Landesrätin Beate Palfrader, Leo Kaserer (Geschäftsführer Cubic), Markus Albrecht (Geschäftsführer Cubic), Elfriede Moser (Obfrau Cubic), Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und Arbeiterkammer-Präsident Erwin Zangerl.

Kaiser-Maximilian-Preis

Herausforderungen gemeinsam begegnen – Europa stärken

Zum zweiten Mal seit seiner Neuauflage schreiben Land Tirol und Stadt Innsbruck den Kaiser-Maximilian-Preis aus. 2021 richtet sich dieser aus gegebenem Anlass im Besonderen an Initiativen und Projekte, die den veränderten Umständen zum Trotz einen Weg gefunden haben, die europäische Verbundenheit zu leben.

Die Schlagworte, die den Kaiser-Maximilian-Preis aktuell beschreiben, sind vielsagend: kommunal – regional – europäisch verbunden. Das Motto „Herausforderungen gemeinsam begegnen – Europa stärken“ wurde in den vergangenen Wochen und Monaten nicht zuletzt aufgrund der COVID-19-Pandemie zu einem wesentlichen Bestandteil der Gesellschaft. Daher entschieden sich das Land Tirol und die Stadt Innsbruck für den Themenschwerpunkt „Zivilgesellschaftliches Engagement und der Beitrag der europäischen Jugend in Zeiten der Krise“. Ab Herbst können Initiativen und Projekte aus allen gesellschaftlichen Bereichen eingereicht werden, die auf europäischer Ebene das Miteinander gelebt haben.

Bezug zur kommunalen Ebene

Eine Fachjury wählt aus den Einreichungen im kommenden Jahr das Siegerprojekt. Ein Kriterium ist unter anderem, dass ein Bezug zur kommunalen und regionalen Ebene gegeben ist. Eingereichte Projekte sollen innovativ sein und Möglichkeiten eines europäischen Miteinanders aufzeigen. Die Preisverleihung findet im kommenden Jahr statt.

Preisträger 2019

Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro ging zuletzt an das Projekt „Rückenwind – Solidarity with the forgotten corners“. TirolerInnen im Alter von 17 bis 30 Jahren wird dabei im Rahmen internationaler Sozialprojekte niederschwellig der Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. Begleitet werden sie von SozialarbeiterInnen und MentorInnen. Seit 2013 wird das Projekt neben einem Netzwerk von europäischen Partnerorganisationen auch in enger Kooperation mit der Arbeiterkammer (AK) Tirol organisiert. Initiiert hat „Rückenwind“ der Sozialarbeiter Leo Kaserer bereits 2006, der auch die Bewerbung für den Kaiser-Maximilian-Preis 2019 einreichte.

Details zur Ausschreibung online unter
www.kaisermaximilianpreis.at



Greenpeace Mobilitäts-Ranking 2020

Städtischer Verkehr als zentraler Hebel für Klimaschutz: Wien gewinnt.

Für das Landeshauptstädte-Ranking 2020 wurden alle neun Landeshauptstädte in sieben verkehrs- und umweltrelevanten Kategorien, darunter öffentlicher Verkehr und Luftqualität, miteinander verglichen. Untersucht wurden der Anteil der verschiedenen Verkehrsmittel an der gesamten Mobilität, die Luftqualität, der Radverkehr, der öffentliche Verkehr, der Parkraum, die FußgängerInnen-Freundlichkeit sowie E-Mobilität und Carsharing. Erstmals wurden pro Kategorie auch internationale Musterbeispiele vor den Vorhang geholt. Wien landet dabei auf dem ersten Platz – gefolgt von Bregenz und Innsbruck – und ist somit die Stadt mit dem klimafreundlichsten Verkehrskonzept. Eisenstadt schneidet am schlechtesten ab und belegt den letzten Platz. 70 % der Wege in der burgenländischen Hauptstadt werden mit motorisierten Verkehrsmitteln, wie dem Auto, zurückgelegt. Eisenstadt kann zwar mit guter Luftqualität punkten, bietet jedoch mit lascher Parkraumbewirtschaftung und schwachen öffentlichen Verkehrsmitteln kaum Anreize für den Umstieg auf klimafreundliche Alternativen. Handlungsbedarf sieht Greenpeace bei allen Städten. „Städte müssen Klimaschutz ernst nehmen und klimafreundlichen Verkehrsformen – wie Rad- und Fußwegen oder Öffis – Platz einräumen“, fordert Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace Österreich.



Diskussionsveranstaltung Städte als Partner

Deutscher Bundespräsident würdigt
Städtepartnerschaften.

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier möchte deutsch-italienische Städtepartnerschaften wieder intensivieren. Die Coronakrise habe gezeigt, wie wertvoll solche Partnerschaften seien, erklärte Steinmeier im September bei einer Diskussionsveranstaltung zu Zukunftsthemen in Mailand. Deutschland und Italien sind durch mehr als 400 kommunale Partnerschaften miteinander verbunden, manche davon existieren hauptsächlich auf dem Papier, andere werden aktiv gelebt. Ein neuer Preis für kommunale Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Gemeinden, der insgesamt mit 200.000 Euro dotiert ist, soll 2021 in den Kategorien Innovation, Kultur, Jugend und sozialer Zusammenhalt verliehen werden und soll die internationale Zusammenarbeit, auch im Kampf gegen den Klimawandel, weiter intensivieren.



Masken made in Austria

Steigende Nachfrage nach Masken
aus heimischer Produktion

Die Hygiene Austria LP GmbH ist ein Zusammenschluss der Lenzing AG mit Palmers und produziert in Österreich Mund-Nasen-Schutzmasken aus Naturfasern. Der Start im Frühjahr war ein wenig holprig, doch mittlerweile erfreuen sich die Masken Made in Austria großer Beliebtheit: Palmers produziert derzeit bis zu 15 Millionen Masken pro Monat. Die qualitativ hochwertigen und angenehm zu tragenden Masken eignen sich gut als Bedienstetenschutz in Städten, die



bunten Kindermasken für den Einsatz in Schulen und in der Nachmittagsbetreuung.

www.hygiene-austria.at

Einfach konfigurierbar: TwinCAT 3 Lighting Solution für DALI-2



spsconnect
The digital automation hub

Connect with the Beckhoff experts:
www.beckhoff.de/sps

www.beckhoff.at/lighting-solution

Mit TwinCAT 3 Lighting Solution stellt Beckhoff eine Lichtlösung vor, die vom Engineering bis zur Wartung auf die Vereinfachung aller Arbeitsschritte setzt. Alle typischen Lichtregelungen sind integriert, die Anzahl der DALI-Linien ist unbegrenzt. TwinCAT 3 Lighting Solution ist auch für Betreiber leicht über Excel konfigurierbar und zugleich voll HTML- und webfähig, dezentral skalierbar sowie direkt über Panel bedienbar. Schnelle Funktionsänderungen, Adressierungen und Erweiterungen sind direkt im Betrieb möglich, ebenso wie von DALI-Linien unabhängige Gruppierungen.



Wirtschaftsmuseum geehrt Österreichisches Museumsgütesiegel an das Wirtschaftsmuseum

Die Präsentation der Österreichischen Museumsgütesiegel 2020 fand am Donnerstag, dem 8. Oktober 2020, im Rahmen des 31. Österreichischen Museumstages Krems an der Donau statt. Coronabedingt konnte das Event via Livestream mitverfolgt werden. Die Verleihung dieser Auszeichnung ist ein öffentlicher Nachweis dafür, dass die Museen die Verantwortung zur Bewahrung des kulturellen Erbes übernehmen, den ICOM Code of Ethics for Museums (Sammeln, Bewahren, Forschen, Ausstellen und Vermitteln) anerkennen und BesucherInnen eine qualitätsvolle Präsentation erwarten können. Unter den heuer insgesamt 18 Ausgezeichneten: das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Mit dieser Auszeichnung wird die jahrelange konsequente Arbeit von Direktor Harald Lindenhofer und allen MitarbeiterInnen des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums zu Recht gewürdigt. Wir gratulieren!

www.wirtschaftsmuseum.at



Das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (GWM) wurde für die qualitative und nachhaltige Museumsarbeit mit dem Österreichischen Museumsgütesiegel geehrt.

Demokratie-Hauptstädte

Die Initiative Europäische Demokratie-Hauptstadt will BürgerInnen motivieren, am politischen Prozess teilzunehmen.

Nach Vorbild der Kulturhauptstädte will das Innovation in Politics Institute mit Sitz in Wien und Berlin ab 2021 Demokratie-Hauptstädte ausrufen und Städte zur „Bühne für eine lebendige Demokratie“ machen. Der Startschuss hätte im September auf Einladung von Bürgermeister Michael Ludwig im Wiener Rathaus stattfinden sollen und wurde coronabedingt in den virtuellen Raum verlegt. Die ausgewählten Hauptstädte sollen in dem entsprechenden Jahr zu „Leuchtfestern der Zivilisation“ werden. Anregungen holt man sich von Vorbildern wie Bonn („Bonn macht mit!“) oder Budapest, wo 10.000 BürgerInnen per Zufallsentscheid eingeladen wurden, an den Plänen für eine Klimastrategie mitzuarbeiten. Auch Wien ist mit der „Werkstadt junges Wien“ ein Best-Practice-Beispiel. Wer die ersten beiden



Städte sind, die die „Fackel“ erhalten werden, steht noch nicht fest.

capitalofdemocracy.eu

*Internationales Vorbild:
Werkstadt junges Wien*

Villach



Inhalt



*Kärntens schönstes Wohnzimmer –
so hat sich Villachs Innenstadt gewandelt, Seite 18–19*



Villach treibt die Digitalisierung voran, Seite 30–31



*Villach hat sich zur Hightech-Metropole im Alpen-Adria-Raum
entwickelt, Seite 14–16*

Stadtsenat



**Irene Hoch-
stetter-Lackner**
SPÖ

Die gelernte Mechanikerin und vormalige Nationalratsabgeordnete ist als Erste Vizebürgermeisterin für die Bereiche Bildung, Nachhaltigkeit und Energie, Technologie und Forschung, städtische Betriebe und den Naturpark Dobratsch zuständig



**Gerda
Sandriesser**
SPÖ

Nach Jahren in der Krankenpflege – unter anderem als Direktorin der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege in Villach – kümmert sich Sandriesser als Zweite Vizebürgermeisterin um die Bereiche Soziales, Frauen, Kinder- und Jugendhilfe, Migration und Integration, Kultur, Stadtmuseum und Jugend.



**Christian
Pober**
ÖVP

Bevor er in den Stadtsenat kam, war Pober als Lehrer in einer Villacher Mittelschule aktiv gewesen. Als Stadtrat kümmert er sich um die Belange Gewerbe und Veranstaltungen, Marktwesen, Lebensmittel und Veterinärmedizin sowie Gesundheit.



**Harald
Sobe**
SPÖ

Der einstige Mitarbeiter der ÖBB ist der längstdienende aktive Stadtrat in Villach. Sobe verantwortet Bauangelegenheiten, Stadt- und Verkehrsplanung, Hochbau und Liegenschaften, Feuerwehr, Freizeit und Sport sowie das Straßerecht.



Der Naturpark Dobratsch, Seite 28–29



Villach ist Radstadt,
Seite 22–25



Jugendkultur,
Seite 32–33



Günther Albel

Bürgermeister der Stadt Villach, SPÖ

Liebe Leserinnen und Leser,
mit ihren knapp 63.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat sich Villach in den vergangenen Jahren zu einer wahren Hightech-Hochburg im Alpen-Adria-Raum entwickelt. Knapp 17 Prozent der Erwerbstätigen sind in dieser Branche beschäftigt – ein österreichweit hervorragender Wert. International renommierte Konzerne wie Infineon, LAM Research, Imerys, 3M oder Intel haben sich hier angesiedelt, dazu ist Villach einer von nur drei Standorten des Silicon-Austria-Labs-Projekts der Bundesregierung, das Hightech-Forschung für elektronikbasierte Systeme auf Weltniveau als Ziel vorgegeben hat.

Sie sehen, die einstige Faschingshochburg mit Verkehrsknotenpunkt hat sich zu einer modernen Stadt entwickelt, zu einem Zugpferd für das Bundesland Kärnten, das mit mehreren Standbeinen zu überzeugen versteht.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung ist es uns aber auch ein besonderes Anliegen, nachhaltig und verantwortungsbewusst mit unseren Ressourcen umzugehen. Der Villacher Gemeinderat hat sich bereits vor Jahren das Motto „Villach lebt grün“ als Richtschnur für politisches Handeln gegeben. Mit einem Grünanteil von knapp 80 Prozent gehört Villach zu den grünsten Städten im Land – dies soll auch so bleiben.

Die folgenden Seiten sollen Ihnen einen Überblick über Villachs Entwicklung und Bemühungen geben, als dynamischer Wirtschaftsmotor und gleichzeitig als lebenswerte Stadt in die Zukunft zu gehen. Wir wollen ein Lebensraum bleiben, der Menschen großartige Chancen gibt – im Arbeits- wie im Privatleben.



Erwin Baumann
FPÖ

Nach vielen Jahren in einem bekannten Villacher Fleischereibetrieb ist Baumann als Stadtrat für Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Wohnungsvergabe, -bewirtschaftung und Hausverwaltung zuständig.



Katharina Spanring
ÖVP

Spanring ist die Jüngste im aktuellen Villacher Stadtsenat und kommt aus dem Hotelgewerbe. In der Stadtpolitik ist sie für die Bereiche Tourismus, Wasserwerk und Straßamt zuständig.



Der Infineon-Ausbau stellt das Herzstück der Hightech-Offensive in Villach dar. 1,6 Milliarden Euro wurden und werden investiert.

Auf der Überholspur

Früher war Villach primär für Eisenbahn, Fasching und Eishockey bekannt. Heute baut die Drau-Stadt ihre Position als einer der wichtigsten Hightech-Standorte Österreichs aus. Es geht um Tausende Jobs und Investments in Milliardenhöhe.

Villach, das war jahrzehntelang die Stadt des Faschings, des Kirchtags und – in guten Jahren – des Eishockeyclubs VSV. In Kombination mit der verkehrsknotenbedingt hohen Dichte an ÖBB-MitarbeiterInnen und -PensionistInnen entstand ein lustig-gemütliches Image-Gemisch, das seit einigen Jahren vor allem eines ist: falsch. Denn seit knapp 20 Jahren etabliert die Stadt inmitten einer wirtschaftlich nicht wirklich übervorteilten Randregion im Süden Österreichs konsequent ein Hightech-Standbein, das sogar notorisch kritischen Geistern Respekt abverlangt. So richtig an die Öffentlichkeit drang die Entwicklung, als Halbleiterspezialist Infineon im Vorjahr die mit einem Volumen von 1,6 Milliarden Euro größte Hightech-Investition Europas bekannt gab. Das Wirtschaftsmagazin „Trend“ nennt Villach seit-

her „Österreichs Boomtown“, die neue Mega-Chipfabrik war sogar der US-amerikanischen Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg einen großen Bericht wert. Die voll automatisierte, rund 60.000 Quadratmeter große Chipfabrik wächst täglich und soll bereits 2021 in Betrieb gehen, ein zusätzliches Forschungs- und Entwicklungszentrum ist längst fertiggestellt – ebenso wie das neue Parkhaus für knapp 1.000 Fahrzeuge. Parallel dazu hat die Stadt Villach eine eigene Aufschließungsstraße um 4,5 Millionen Euro errichtet. Sie führt direkt zur Südautobahn, quer durch ein Betriebsansiedlungsgebiet, das Zulieferfirmen für Infineon oder branchenfremden Betrieben jede Menge Platz gibt. „Die Investitionen der Stadt sind im Grunde nur Vorleistungen. Wir bekommen das Geld über die millionenschweren Mehreinnahmen durch

die Kommunalsteuer der größeren und neuen Betriebe wieder herein“, sagt Bürgermeister Günther Albel. Einer Studie zufolge zieht jeder Infineon-Job zwei bis drei weitere Arbeitsplätze nach sich. Im Ringen um den Infineon-Ausbau hat sich Villach gegen Regensburg, Dresden und Malaysia durchgesetzt. Auch wegen der bekannt effizienten Stadtverwaltung, die das größte Genehmigungsverfahren der Republik zur Zufriedenheit aller Beteiligten bewältigt. Die Gegenleistung ist den Mehraufwand wert: „Das wird eines der modernsten Halbleiterwerke weltweit“, sagt Infineon-Konzernchef Reinhard Ploss. Mit den in Zukunft hier gefertigten Bausteinen, die rund 1,8 Milliarden Euro in die Konzernkasse spülen sollen, können 25 Millionen Elektroautos ausgestattet werden. Mikroelektronik sei die Schlüsseltechnologie



Knapp 17 Prozent der in Villach Erwerbstätigen sind im Bereich Hightech beschäftigt. Im Kärntenschnitt sind es rund sechs Prozent.

schlechthin, sagt Infineon-Österreich-Chefin Sabine Herlitschka. Schon in zwei Jahren würden 30 bis 45 Prozent der europäischen Industrielleistung auf Mikroelektronik entfallen – der Basis der allgegenwärtigen Digitalisierung.

Die Investition Infineons ist der größte Baustein auf dem Weg Villachs zu einem der

wichtigsten Hightech-Standorte Österreichs, aber nicht der einzige. Die Kärntner Bezirksstadt spielt auch als Standort der Silicon Austria Labs (SAL) neben Graz und Linz eine tragende Rolle bei der Umsetzung des Silicon-Alps-Clusters. Dessen Ziel: Forschung auf Weltniveau. Bis zu 200 ForscherInnen werden in Villach tätig sein.

Neu gebaut werden ein Forschungsgebäude und ein Reinraum. Die Gesamtinvestition überschreitet die 100-Millionen-Euro-Marke. Doch weit über SAL hinaus wird der gesamte Technologiepark am östlichen Stadtrand derzeit zu einem internationalen Campus ausgebaut. „Wir haben dafür als Stadt angrenzende Grundstücke der Hasel-

© Foto: Infineon

Strom, Licht, Wärme und Kälte - immer und überall! Mit 100% Sicherheit - 365 Tag/24 Stunden!

- ▲ Bereitstellungsverträge
- ▲ Energie im Katastrophenfall
- ▲ Mieten | Kaufen
- ▲ Notstrom für Kommunen
- ▲ Service | Wartung
- ▲ USV-Anlagen
- ▲ 24h-Hotline

TOPLAK
MOBILE POWER
www.toplak.com





Infineon-Vorstandsvorsitzende Sabine Herlitschka und Bürgermeister Günther Albel mit einer jener Waferscheiben, die in Villach produziert werden.

VILLACH WÄCHST

- *Bevölkerungsstand: 63.000*
- *Bevölkerungswachstum 2009–2019: Villach 6,3 Prozent (Kärnten 0,3 %)*
- *Prognose bis 2030: Villach +6,1 Prozent (Kärnten -0,8 %)*
- *Beschäftigte im Technologiesektor: Villach 16,9 Prozent (Kärnten 7,3 %)*
- *Kommunalsteuerentwicklung 2010–2019: plus 45 Prozent auf über 31 Millionen Euro*

steiner Familien-Privatstiftung erworben“, sagt Bürgermeister Günther Albel. Die gekaufte Fläche stellt die Basis für den geplanten Entwicklungsschub des Parks dar, auf dem sich auch die Fachhochschule mit ihrem Angebot befindet, das eng an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst ist. Aktuell sind am Standort mehr als 40 Firmen mit mehr als 650 Beschäftigten sowie über 1.000 Studierende und 60 Lehrlinge tätig.

Dass der Hightech-Boost für Villach so gut zündet, wird auf verschiedene Faktoren zurückgeführt. Dazu gehören neben der frühen Fokussierung Villachs auf Hightech und die FH die in der Stadt ansässigen Forschungsinstitutionen und Technologieunternehmen, wie etwa Intel, LAM Research, Imerys, 3M, Flowserve oder der weltweit renommierte Hidden Champion Ortner Reinraumtechnik. Untermauert wird die Attraktivität der Drauf-Stadt noch durch die ausgezeichnete Wohn- und Lebensqualität im Alpen-Adria-Raum.

RecruiterInnen erzählen gerne die Story, dass es manchmal gar nicht so einfach sei, Top-Leute in das international noch wenig bekannte Villach zu holen. Wenn die Leute aber erst einmal da seien, wollen 95 Prozent nicht mehr weg, heißt es. Mittlerweile arbeiten Menschen aus mehr als 80 Nationen in Villach. Um die internationale Positionierung zu betonen, wurde zuletzt die Marke Villach geschärft. Als Experte konnte Ex-Henkel-Vorstand Ernst Primosch gewonnen werden. Er hat jahrzehntelang globale Marken aufgebaut und bringt sein Wissen nun in Villach ein. Und so wird die Stadt künftig in Kombination mit dem Zusatz „grenzenlos“ auftreten. Als ehrgeiziges Versprechen für die Zukunft. 

KaffEEKapselrecycling für nachhaltigere Gemeinden

Nespresso ermöglicht Gemeinden und Städten das Recycling von KaffEEKapseln über die öffentliche Wertstoffsammlung – und trägt auch die Kosten dafür, damit diesen kein finanzieller Mehraufwand entsteht.

► Österreich ist ein Recyclingland: Laut einer Studie* führt Altpapier mit 95 % das Ranking an, gefolgt von Altglas (88 %), Sondermüll (84 %), Kunst- und Verbundstoffen (76 %) und Metall (72 %). Je einfacher das Recycling für KonsumentInnen ist, desto mehr recyceln sie. Deshalb investiert **Nespresso** Österreich intensiv in den Ausbau der Infrastruktur für das Recycling von KaffEEKapseln. Denn das für die KaffEEKapseln verwendete Aluminium kann nahezu unendlich oft wiederverwertet werden – und dies auch mit vergleichsweise geringem Energieaufwand: Beim Recycling von Aluminium werden nur 5 % der Energie gebraucht, die für die Gewinnung von neuem Aluminium erforderlich wäre.

Da KaffEEKapseln dem Gesetz nach keine Verpackung darstellen, startete **Nespresso** bereits vor über 10 Jahren ein eigenes Recyclingprogramm. KundInnen können ihre Kapseln heute bei über 1.900 Sammelstellen österreichweit retournieren. Dazu zählen neben **Nespresso** Boutiquen ausgewählte Elektrofachhändler, Einrichtungshäuser und Post-Partner in ganz Österreich.

Nespresso trägt Kosten für Kapselrecycling über öffentliche Wertstoffsammlung

Neben diesem privaten Recyclingprogramm bemüht sich **Nespresso** aktiv darum, Gemeindeverbände und Städte dafür zu gewinnen, ihren BürgerInnen das Recycling ihrer Kapseln auch über die öffentliche Sammlung von Metallverpackungen (z. B. blaue / gelbe Tonne) zu ermöglichen. Einige Gemeinden sind bereits an Bord: „Wir setzen unsere Initiative aktuell in Wien, Graz, Innsbruck, Linz, Krems, sowie den Bezirken St. Pölten Land, Wr. Neustadt, Krems Land, Lilienfeld, Scheibbs,



Nespresso übernimmt die Kosten für das Recycling von KaffEEKapseln über das öffentliche System.

Neunkirchen, Mödling, Bruck-Mürz-zuschlag, Leoben und Kitzbühel um. Gemeinsam können wir den BürgerInnen so ermöglichen, ihre KaffEEKapseln noch einfacher zu recyceln und dadurch Energie einsparen und CO₂-Emissionen vermeiden“, erklärt Marianne Neumüller-Klapper, Customer Care & Service Director bei **Nespresso** Österreich. „Wir sind jederzeit bereit, die Initiative weiter auszurollen und freuen uns über jede Gemeinde und jeden Bezirk, die sich dafür interessieren.“ Sobald das Einverständnis der Region sowie des zuständigen Sammel- und Wertungssystems eingeholt ist, arbeitet **Nespresso** eng mit den Regionen zusammen, um das Recycling über das öffentliche System rasch und effizient aufzusetzen. **Nespresso** trägt dabei die Kosten für die

Sammlung der Kapseln, sodass für teilnehmende Regionen kein finanzieller Mehraufwand entsteht.

* Quelle: INTEGRAL, **Nespresso** Recycling Befragung, n=1.009, Österreichische Bevölkerung 16-69 Jahre, März/April 2019

Wenn Sie Ihrer Gemeinde das KaffEEKapsel-Recycling ermöglichen möchten, wenden Sie sich gerne direkt an:

Marianne Neumüller-Klapper
Customer Care & Service Director,
Nespresso Österreich
Marianne.Neumuller-Klapper@
nespresso.com

Kärntens schönstes Wohnzimmer

Villach setzt auf Atmosphäre: Mit viel Grün und stilvoller Deko wird die Innenstadt zur Wohlfühl-Arena. Der erste Sommer im „Wohnzimmer“ gibt der Kommunalpolitik recht: Die Stadt erlebt eine Renaissance.

Ein Instagram-Foto hier, eine Facebook-Story dort. Bilder und kurze Videos aus Villachs Innenstadt bereichern seit Wochen das Internet. Die Maßnahmen der vergangenen Monate und Jahre tragen nun Früchte. Schritt für Schritt wurde das Stadtzentrum in „Kärntens schönstes Wohnzimmer“ umgewandelt, wie die Vorgabe für alle Bemühungen lautete. Mit dekorativen Sonnenschirmen, überdimensionalen Lampen, die am Abend für heimelige Stimmung sorgen, ganz vielen Sitzgelegenheiten und immer mehr Grün statt Grau wurde die Innenstadt zu einem Wohlfühl-Areal. „Gemma Stadt“ ist zu einem geflügelten Wort geworden.

Die gemeinsamen Bemühungen von regionaler Wirtschaft, Stadtregierung und dem Stadtmarketing erschöpfen sich aber nicht in Gestaltung und Dekor. Die bezaubernde Hülle wird auch mit Inhalten versehen. So gelang es 2018, in Folge der Initialzündung durch eine Handvoll UnternehmerInnen, eine sommerliche Reihe von Shoppingabenden einzuführen. Mittwochs halten viele Betriebe unter dem Namen „Summerfeeling“ bis 21 Uhr offen, kleine Konzerte in Gastgärten, Tanzvorführungen und andere Kleinereignisse sorgen für ein rundes Bild.

Heuer, COVID-19-bedingt, sind die Abende in ihren Umfängen deutlich reduziert. Als fixe Größe des Villacher Sommers haben sie sich dennoch rasch etabliert. „Unser Weg, die Stadt zu einem Raum zu machen, der von den Villacherinnen und Villachern genauso gerne genutzt wird wie von Gästen, hat nicht nur atmosphärische Hintergedanken“, sagt Bürgermeister Günther Albel. „Es ist unser Konzept, als größere Kleinstadt in Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben.“ Städte



Mit viel Grün und Deko hat sich die Villacher Innenstadt in Kärntens schönstes Wohnzimmer verwandelt.

wie Villach leiden als Handelsstandort unter übermächtig erscheinenden Mitbewerbern wie dem Internet und Einkaufszentren am Stadtrand. „Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen“, sagt Albel. Und das sei eben die Herzlichkeit der Menschen in einem einladenden Umfeld. „In diesen Bereichen kann das Internet dem stationären Handel nicht das Wasser reichen“, sagt etwa Hannes Lindner, Geschäftsführer von „Standort + Markt“, einer Agentur, die sich seit Jahrzehnten mit Österreichs Innenstädten befasst.

Unter anderem erhebt „Standort + Markt“ auch Leerstandsquoten. Hier zeigen sich – freilich vor der Corona-Zeit – erste Erfolge für Villach: Die Quote konnte von 17 auf 6 Prozent deutlich reduziert werden. Zwar bleibe noch viel zu tun, sagt Lindner, doch der eingeschlagene Weg sei eindeutig der richtige.

Erst zuletzt konnten durch eine liebevolle Sanierung der Draulände im Umfeld des Hauptplatzes alle sechs dort befindlichen Leerstände binnen kürzester Zeit mit neuem Leben befüllt werden.

Besonders beliebt ist Villachs Zentrum in den Bereichen Wohnen, Dienstleistungen, Gesundheit und Gastronomie. Zuletzt haben sich wieder einige Handwerker angesiedelt, alleine in der Postgasse befinden sich heute mehr ÄrztInnen als früher im gesamten Stadtkern und mehrere millionenschwere Bauprojekte sorgen für kluge Verdichtung und zusätzlichen Wohnraum in bester Lage. Und was die Gastronomie betrifft, sind sogar Rekorde zu vermelden: 64 Gastgärten auf öffentlichem Grund – so viele waren es noch nie!

Der gemeinsame Villacher Kraftakt umfasst auch die Mobilität, eine der zentralen Fragen der urbanen Gegenwart und Zukunft. In nur drei Jahren wurde die gesamte Innenstadt für das Radfahren geöffnet, auch der Hauptplatz. Zudem verbindet seit heuer ein elektrisch betriebenen Citybus die Stadtrandparkplätze mit dem Zentrum. Sechs Tage die Woche, im 30-Minuten-Takt und gratis.

Mit den ÖBB wurde der boomende Stadtteil Landskron mittels einer neuen Haltestelle binnen weniger Minuten mit der Innenstadt verbunden, alleine in den Jahren 2018 bis 2020 wurden und werden 1,8 Millionen Euro in die Verbesserung der Rad-Infra-



Wasserspiele finden im Sommer zwei Mal pro Woche statt.



Schirme und anderer Dekor machen Seitengassen attraktiver.

struktur investiert. Und noch heuer wird es erstmals in Villach einen Bus-Takt auf den wichtigsten Linien geben. Bis 2025 wird an bestimmten Linien mit Unterstützung des Landes Kärnten ein 30-Minuten-Takt eingeführt, endgültiges Ziel ist die Etablierung eines 15-Minuten-Taktes.

Noch nie war die Mobilitätsfrage so sehr in Bewegung. „Wir wollen und werden die Pyramide umkehren. Jahrzehnte-lang war das Auto an deren Spitze, künftig soll und muss der motorisierte Individualverkehr in der Bedeutung merkbar nach unten

rutschen. Die ersten Schritte haben wir erfolgreich bewältigt“, sagt Bürgermeister Albel. Viele werden noch folgen – damit das schönste Wohnzimmer Kärntens noch schöner, attraktiver und lebenswerter wird. Und damit Facebook und Instagram auch künftig mit bezauberndem Villach-Content versorgt werden kann.



Villach lebt es vor: Grün rein, Plastik raus

Villach gilt als besonders nachhaltige Stadt. Das Motto „Villach lebt grün“ dient als Leitfaden für politisches Handeln. Es geht um Tausende neue Bäume, umweltfreundlichere Verkehrslösungen und das Aus für Einwegplastik.

Egal ob als energieeffiziente e5-Gemeinde, als offizielle Fairtrade-Stadt oder als europäischer Energie-Champion in der Kategorie bis 100.000 EinwohnerInnen: Villach gilt als vorbildlich nachhaltige Stadt. Verantwortungsvoller Umgang mit der Natur war hier schon üblich, als Klimathemen die Medienlandschaft noch nicht beherrschten. Als Paradebeispiel gilt die Umwandlung des Skiberges Dobratsch in einen liftfreien Naturpark. Vor mehr als 15 Jahren heftig umstritten, heute europaweit als Vorzeigeprojekt für sanften Tourismus anerkannt.

In dieser Tradition arbeitet Villachs Stadtpolitik konsequent weiter. „Villach lebt grün“ heißt ein Leitsatz, den sich der Gemeinderat als Richtschnur für sein Handeln gegeben hat. Trotz eines generell sehr hohen Grünanteils von 80 Prozent ist Villach bemüht, noch mehr Natur vor allem ins Zentrum der Stadt zu holen.

Jüngste Beispiele sind Österreichs erste begrünte Dächer von Bushaltestellen, wie sie mittlerweile auch in Millionenstädten verwendet werden. Oder die großflächige Aufbringung von feinstaub-aktiven Moosen auf Dächern, etwa einer Tiefgarage in der Innenstadt. Oder mobile Blumenbeete. Oder essbare Begrünungen der vielen Sitzgelegenheiten in der Stadt, die in den vergangenen drei Jahren angekauft und aufgestellt worden sind. Oder auch die sogenannte Wander-Allee: rund fünf Meter hohe Bäume, die in Töpfen die Innenstadt begrünen – und bei Platzbedarf, etwa beim Kirchtag, zur Seite gehoben werden können. Für diese Bäume können die VillacherInnen mit 500 Euro Patenschaften übernehmen.



In Villach werden bereits seit dem Vorjahr die Dächer von Bushaltestellen begrünt.

Nach dem ersten Jahr lässt sich der Erfolg der Aktion messen: Es gibt sogar mehr Patenschaften, als Bäume zur Auswahl standen. Wie überhaupt in Villach gilt: Eine einsam vorauspreschende Politik kann wenig bewirken. Nachhaltigkeit muss von Politik und Bevölkerung gemeinsam gelebt werden. Darauf zielt auch die „Lebensbäume“-Aktion ab. Seit 1. Jänner 2019 erhalten Eltern für jedes Villacher Neugeborene einen Baum-Setzling. Bei rund 500 Geburten pro Jahr werden in den kommenden Jahren Tausende zusätzliche Bäume gepflanzt. Die Eltern können die Bäume entweder in ihrem eigenen Garten pflanzen oder, sollten sie dafür keinen Platz haben, der Stadt überlassen. Sie hat eigene Areale für die neuen Bäume definiert. „Das ist nicht nur gut fürs Klima. So wollen wir auch die in-

dividuelle Verbindung Mensch–Natur stärken“, sagt Bürgermeister Günther Albel. 2020 wurden und werden die nächsten Begrünungsschritte gesetzt: Derzeit analysiert eine Stadtplanerin, welche gepflasterten und asphaltierten Flächen in der Innenstadt keine unmittelbare Funktion haben und demnach entsiegelt werden könnten, also begrünt. Im heurigen Budget sind die ersten 100.000 Euro für konkrete Maßnahmen reserviert. Bürgermeister Albel: „Unser Motto ‚Villach lebt grün‘ beschreibt einen nie endenden Prozess. Das Ziel ist es, die Stadt als lebenswerten Raum für unsere Kinder und Enkel zu erhalten.“

Weg mit Wegwerfplastik!

Villachs Initiativen beschränken sich nicht nur auf das Begrünen. Auch bei der verhee-



Feinstaub-Maßnahme: bemooste Dächer in der Innenstadt



Saubere Sache: das Geschirrmobil



Zu den vielen BaumpatInnen gehört auch die bekannte SchauspielerIn Heidelinde Weis.

renden Rolle von Einwegplastik beim Thema Umweltverschmutzung geht die Stadt einen konsequenten Weg: Erstmals durften im Vorjahr beim Villacher Kirchtag keine Wegwerfbecher für Getränke verwendet werden. Beim Kirchtag handelt es sich um eine Großveranstaltung mit mehreren hunderttausend BesucherInnen. Zum Einsatz kamen Mehrwegbehälter, die mit Pfand versehen wurden.

Die Folgen: Die Stadt wirkte trotz der vielen Kirchtagsgäste stets sauber. Und am Ende

zeigte sich die Sinnhaftigkeit der Maßnahme auch in nackten Zahlen: Es fielen um 15 Tonnen weniger Müll an als sonst. Ein Großteil der Reduktion ist auf die neue Becher-Lösung zurückzuführen. Konsequenterweise gilt auch beim beliebten Villacher Wochenmarkt seit Jahresbeginn ein Plastiksackerl-Verbot.

Im Zusammenhang mit der wichtigen Plastikvermeidung steht auch die Anschaffung eines sogenannten Geschirrmobils des Abfallwirtschaftsverbandes Villach (AWVV),

ein Zusammenschluss von 26 Kommunen, bei dem die Stadt Villach die größte Gemeinde darstellt. Das Mobil ist ein Einachs-Anhänger, auf dem an die 300 Geschirr- und Bestecksets Platz finden. Über integrierte Spülmaschinen kann das Geschirr immer und immer wieder verwendet werden. Das Geschirrmobil kann über den AWVV angemietet werden (0664 602 05 60 70). Es wird zur Party gebracht und am Ende wieder abgeholt. Null Aufwand, null Wegwerfplastik.



Städtischer Verkehr im Wandel

Von der Autostadt zur radfreundlichsten City in Österreich: In Villach ist in den vergangenen Jahren kein Stein auf dem anderen geblieben.

In wenigen Bereichen hat es in den vergangenen Jahren so viel Veränderung gegeben wie im großen Themengebiet „Verkehr“. Stand über viele Jahre hinweg das Auto im Mittelpunkt, fand in den vergangenen Jahren bis heute ein massiver Umdenkprozess statt. Villach hat den Anspruch, Österreichs radfreundlichste Stadt zu werden, und hat dafür innerhalb weniger Jahre mehrere Millionen Euro investiert. Im Jahr 2020 übersteigt die Investitionssumme in die Radinfrastruktur erstmals die Ein-Millionen-Euro-Grenze. Dieses Geld wird vor allem dafür verwendet, Lücken im Radwegenetz zu schließen. Ziel ist es natürlich, die Stadt so gut wie möglich mit dem Fahrrad erreichbar zu machen. Neben den alltäglichen Wegen, die in Zukunft noch leichter ohne Auto bewältigbar sind, kommt einigen Radwegen im Stadtgebiet auch eine wichtige Bedeutung zu. Der Gail- und der Drauradweg werden jährlich von Tausenden Einheimischen und Gästen befahren, auch der Radweg um den Faaker See erfreut sich größter Beliebtheit. Einen besonderen Service bieten die Villacher „Radbutler“ an. Sie verwahren an ihrem Standort an der Drau und damit am Drauradweg die Räder all jener, die die Stadt besuchen möchten. Bequem kann man dort in der Zwischenzeit auch seinen fahrbaren Untersatz servicieren lassen. Ein Trend, der sich auch in Villach bemerkbar macht, betrifft indes die stetig steigende Zahl an E-Bikes. Dafür und generell für E-Mobilität bietet die Stadt Villach eine Förderung an, die von immer mehr Menschen genutzt wird.

Im Jahr 2019 öffnete die Stadt den Hauptplatz nach langjährigen Debatten um die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen probeweise für RadlerInnen. Aufgrund des

leichten Gefälles am Hauptplatz gab es zunächst Bedenken. Die Probezeit, in der keinerlei Unfälle verzeichnet wurden, bewies aber, dass das Radfahren an einem der belebtesten Plätze der Stadt funktioniert. Begleitet wurde die Öffnung durch eine Imagekampagne unter dem Motto „Fair Care“, die darüber aufklärte, dass eine gemeinsame Nutzung des Hauptplatzes nur funktioniert, wenn alle Verkehrsteilnehmenden gleichermaßen aufeinander achten. Die Villacher Innenstadt ist seit diesem Jahr endgültig komplett mit dem Rad befahrbar. Für den zu erwartenden Anstieg der Fahrräder wurde vorgesorgt, indem man im gesamten Innenstadtgebiet die Zahl der Fahrradständer an wichtigen Punkten massiv erhöht hat. Seit vielen Jahren schon gibt es außerdem gratis nutzbare Aufpumpstationen. In Vorbereitung: öffentlich zu nützende Fahrräder und E-Bikes mit Ladestationen.

Citybus und Scooter

Im Sinne von für alle gleichermaßen sichere und überhaupt anwendbare Verkehrsmaßnahmen wird aber auch an jene gedacht, die aufgrund eingeschränkter Mobilität kein Rad nutzen können oder auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. So erhält Villach noch in diesem Jahr erstmals einen Bus-Taktverkehr. Bis 2025 wird an bestimmten Linien mit Unterstützung des Landes Kärnten ein 30-Minuten-Takt eingeführt, endgültiges Ziel ist die Etablierung eines 15-Minuten-Taktes. Gleichzeitig hat die Stadt in der Zwischenzeit den beliebten Citybus, der als E-Bus die BürgerInnen umweltfreundlich in die Innenstadt bringt, reaktiviert. Perfekt für kurze Wege sind außerdem die E-Scooter, die seit 2019 zur

Verfügung stehen und sich in der Zwischenzeit als bequeme Mobilitätsalternative etabliert haben. Die Bedienung ist sehr einfach über eine App möglich, in der Nacht werden die im Innenstadtbereich abgestellten Scooter von derzeit zwei Anbietern wieder eingesammelt und an belebten Punkten neu positioniert.

Für alle, die auf ihr Auto verzichten wollen, jedoch nicht unbedingt Rad-affin sind, bietet sich die Stadtbahn an. Dabei handelt es sich um ein Schienennetz, das die einzelnen Stadtteile mit der Innenstadt verbindet und stetig ausgebaut wird. Die neueste Station wurde gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Kärnten in Landskron errichtet. Damit bietet man Hunderten Menschen, die durch ein großes Wohnprojekt nun in Landskron leben, eine umweltfreundliche Anbindung an die Stadt. In vier Minuten gelangt man so in die City. Vorbereitungen für weitere Stationen laufen bereits. Übrigens: Selbstverständlich kann man in vielen Zügen auch das eigene Fahrrad mittransportieren.

Im Sommer bietet die Tourismusregion Villach einen sehr praktischen Service: Zusätzlich zu den Linienfahrten bringt ein Bus Badenixen und Wasserratten zu den Seebädern. Wer lieber hoch hinauf will, gelangt mit dem Naturpark Shuttlebus auf den Villacher Hausberg, den Dobratsch. Derzeit wird seitens der Stadt an einer nachhaltigen Lösung gearbeitet, um den Bus noch attraktiver anbieten zu können und den Individualverkehr in diesem sensiblen Gebiet weiter zu reduzieren.

Carsharing

Apropos Individualverkehr: In Kärnten ist der eigene Pkw zwar für viele Menschen

*Die gesamte Villacher Innenstadt wurde
für den Radverkehr freigegeben.*



VILLACH UND DIE EISENBAHN

**ZUERST VERZÖGERTEN
FINANZPROBLEME DIE
ERÖFFNUNG DES HAUPTBAHN-
HOFES. DOCH DANN BEGANN
DIE ERFOLGSGESCHICHTE.**

*Die Eisenbahn hielt in Villach
im Jahr 1864 Einzug, der heutige
Hauptbahnhof wurde unter dem
Südbahnhof eröffnet.*

*Schon bald trug die Eisenbahn maß-
geblich zum wirtschaftlichen Auf-
schwung bei. Hatte Villach zur Mitte
des 19. Jahrhunderts nur rund 3.000
EinwohnerInnen, so hat sich die Zahl
bis zum Jahr 1900 bereits verdreifacht.*

*Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bahn-
verwaltung in Villach längst eine
Direktion eingerichtet, die nicht nur für
Kärnten, sondern auch für die Steier-
mark zuständig war. Arbeitskräfte
waren gefragt! Aus ganz Österreich
siedelten sich daher Eisenbahn-Mit-
arbeiter mit ihren Familien an. So kam
es, dass Villachs Stadtbevölkerung
überdurchschnittlich stark mit vielen
Teilen des Kaiserreiches verbunden
war. Die enorme Bedeutung des
Hauptbahnhofes für Villach wurde im
Zweiten Weltkrieg zur Bedrohung für
die Bevölkerung: Der zentrumsnahe
Verkehrsknotenpunkt wurde als wich-
tige Drehscheibe bei insgesamt 52 Luft-
angriffen auf den Villacher Raum von
Tausenden Bomben schwer beschädigt.
Nach Kriegsende hatte der Wiederauf-
bau des Hauptbahnhofes Priorität. Sein
Haupttrakt mit der Abfertigungshalle
konnte bereits im November 1948
wieder eröffnet werden.*



*Seit Ende 2019 hat der Stadt-
teil Landskron (11.000 Ein-
wohnerInnen) eine eigene
Stadtbahnstation.*

nach wie vor das Fortbewegungsmittel Nummer eins. Aber auch in Villach gibt es immer mehr Menschen, die mehr und mehr auf ein eigenes Auto verzichten wollen. Auch dafür gibt es seit vergangenem Jahr ein Angebot: Ein privates Unternehmen bietet ein Carsharing-System an, das mit eigener App einfach zu bedienen ist. Carsharing bieten auch die ÖBB an, diese haben zehn Personenkraftwagen in ihrem Carpool, die ebenfalls per App einfach und sicher zu mieten sind.

Alle Bemühungen der Stadt sind aber nur dann sinnvoll, wenn eine Nutzung von umweltfreundlicher und nachhaltiger Mobilität auch selbst gelebt wird. Die Stadt Villach hat daher vor einigen Jahren damit begonnen, Teile ihrer Nutzfahrzeugflotte in den Bereichen, in denen es sinnvoll ist, durch E-Fahrzeuge zu ersetzen. Etliche E-Fahrzeuge nutzen zum Beispiel der Wirtschaftshof und der Stadtgarten. Auch der Bürgermeister selbst ist begeisterter Radler und E-Vespa-Fahrer. Richtig gelesen: Ein Unternehmen in Villach modelt alte Vespas in elektrisch

betriebene um. Das Ergebnis ist zugleich kultig und umweltfreundlich. Ein weiteres Start-up, das mittlerweile in mehrere EU-Länder exportiert, hat sich darauf spezialisiert, herkömmliche Fahrräder auf E-Antrieb aufzurüsten. Einhergehend mit dem ansteigenden Trend der E-Autos errichtet die Stadt mehr und mehr E-Tankstellen, auch in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen.

Seitens der Stadt Villach ist man jedenfalls auf die zu erwartenden Umwälzungen im Mobilitätsbereich vorbereitet. Im Mobilitätskonzept Villach 2035 werden alle Eventualitäten abgewogen, die Raumplanung orientiert sich an der „Stadt der kurzen Wege“. Unter anderem das städtische Beleuchtungskonzept soll dazu beitragen, die Sicherheit zu erhöhen. Da Mobilität aber nicht an den Stadtgrenzen endet, holt die Stadt auch die Nachbargemeinden mit ins Boot.

Villachs Bürgermeister Albel fährt mit seiner E-Vespa zu Terminen.



INNOVATIVE LÖSUNGEN für Stadt und Gemeinde.



**Effiziente
BUSINESS-
LÖSUNGEN
der Post**

Im Mittelpunkt stehen Ihre Bürgerinnen und Bürger.

Unser Service für Sie: Bürgerbefragung, Info.Post, Wahlservice, Post-Geschäftsstellennetz, Hybrid Rückscheinbrief, Zuführung und Abholung, E-Brief, Zählerstandsablesung und Post Empfangsbox





Krisenfest und solidarisch

Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Auswirkungen auf die Situation in Villach. Die Stadt hat seit März drei Hilfspakete und unterschiedlichste Maßnahmen beschlossen, um sowohl den BürgerInnen als auch den Villacher Betrieben unter die Arme zu greifen.

Wer schnell hilft, hilft doppelt: Nach diesem Grundsatz hat Villachs Stadtregierung – als eine der ersten in Österreich – bereits im April dieses Jahres ein umfassendes Corona-Hilfspaket für die regionale Wirtschaft beschlossen. Die beliebten City-Shop-Gutscheine, die man in der gesamten Innenstadt bei über 50 Betrieben einlösen kann, wurden mit 25 Prozent unterstützt.

Wer also einen Gutschein über 100 Euro beim Stadtmarketing erwarb, musste nur 75 Euro bezahlen. In vier Tagen war das Gutschein-Kontingent von 150.000 Euro aufgebraucht und durch die Zuzahlung der VillacherInnen zu einer 600.000-Euro-Spritze für die Innenstadt geworden. Für den Spätsommer bzw. Herbst hat die Stadtregierung ein zweites Hilfspaket umgesetzt – diesmal unter Einbindung des

gesamten Stadtgebietes. Wer von einem Betrieb (Handel, Dienstleistung, Handwerk, Kunst) eine Rechnung von mindestens 40 Euro auf der Stadtwebsite www.villach.at hochlud, erhielt einen Bonus von bis zu 40 Euro – und zwar in sogenannten LOKAL-BONUS-Gutscheinen. Auch diese Gutscheine fanden reißenden Absatz, der Topf für den LOKAL BONUS war im September leer. Zählt man die Gutscheine aus



beiden Aktionen zusammen, haben die VillacherInnen „ihre“ Betriebe im Rahmen der beiden Bonus-Aktionen mit rund 1,6 Millionen Euro unterstützt.

Neben diesen beiden Hilfsaktionen, die auch medial großen Niederschlag fanden, gab es eine Vielzahl an größeren und kleineren Maßnahmen der Stadt. So konnten die Innenstadtbetriebe bei Bedarf ihre Gastgärten ohne gesonderte Verrechnung vergrößern, auch die Tarife für die Sondernutzung von öffentlichem Gut wurden entweder gänzlich ausgesetzt oder um die Hälfte reduziert. Kulturschaffenden wurde die Möglichkeit eingeräumt, unterschiedlichste Veranstaltungsräume zu nutzen, darunter auch die Volkshäuser. In einem dritten Hilfspaket wurden diese Maßnahmen zum Teil bis ins Jahr 2021 verlängert.

Eine Welle der Solidarität

Besonders zu Beginn der Corona-Pandemie im März und April gab es in Villach eine beispiellose Solidaritätswelle. Die VillacherInnen engagierten sich ehrenamtlich bei der

„Einkaufshilfe“, die insbesondere Risikogruppen bei der Erledigung ihrer Einkäufe unterstützten. Auf der Website des Stadtmarketings wurden zudem alle Lokale und Betriebe aufgelistet, die ihre Waren auslieferten. Die Stadt Villach hielt zudem gemeinsam mit Partner LKH Villach den Service „Essen auf Rädern“ aufrecht und erhöhte dessen Budget um 150.000 Euro. Bei einer eigens eingerichteten „Kummer-Nummer“ fanden alle, denen es aus unterschiedlichsten Gründen nicht gut ging, AnsprechpartnerInnen.

Nichtsdestotrotz stellt die Corona-Pandemie auch für das Stadtbudget eine große Herausforderung dar. Ersten Schätzungen zufolge werden der Stadt in diesem Jahr 15 Millionen Euro an Einnahmen fehlen. Die Kommunalsteuer als wichtigste Einnahmequelle ist eingebrochen, gleichzeitig sind die Ausgaben für Soziales gestiegen. Dennoch möchten die Stadtverantwortlichen möglichst viel des ursprünglichen Budgetprogrammes umsetzen und als regionaler Motor aus der Krise herausinvestieren. Dazu wird aber sicher die Hilfe des Bundes nötig sein. Die Forderungen der Stadt reichen von einem bundesweiten Investitionsprogramm auf Gemeindeebene über Ausgleichszahlungen für entgangene Kommunalsteuer.



Der Villacher Stadtsenat hat alle COVID-19-Maßnahmen gemeinsam und einstimmig beschlossen.





Unser Naturpark ist der Gipfel

Natur pur nur einen Steinwurf von der Stadt entfernt kann man im Naturpark Dobratsch erleben. Ganzjährig locken engagierte Programmangebote und einzigartige Ausblicke.

Es war eine mutige, aber goldrichtige Entscheidung, den ehemaligen Ski-Berg Dobratsch im Jahr 2004 in einen Naturpark zu verwandeln. Den ersten in Kärnten übrigens. Die Skilifte wurden abgebaut und seither ist der Naturpark Dobratsch ein Erfolgsprojekt.

Seine Gesamtfläche von 8.138 Hektar erstreckt sich über vier Gemeinden: Villach, Arnoldstein, Nötsch und Bad Bleiberg. Er ist durch Landschafts-, Naturschutz- und Europaschutzaufgaben streng geschützt – und trotzdem vielfältig zu erleben. „Unser Naturpark ist quasi der Inbegriff unserer

grünen Stadt. Er trägt zur Sensibilisierung für Nachhaltigkeit und Natur wie auch zur Sicherung der Lebensqualität bei“, bringt es die zuständige Referentin, Vizebürgermeisterin Irene Hochstetter-Lackner, auf den Punkt. „Er ist Erholungsraum oder Entdeckungsgebiet für Menschen aller Generationen, die die Natur begreifen und erleben wollen. Und zwar behutsam, verantwortungsvoll und das ganze Jahr über.“ Erreichbar ist er nicht nur mit Wanderschuhen und auf Tourenskiern. Die Dobratsch Alpenstraße, im Sommer mautpflichtig, im Winter dank der Schneeräumung durch die

Stadt Villach kostenlos, kann man mit dem eigenen Pkw erklimmen. Noch bequemer geht das mit dem gut gebuchten Naturparkbus.

Natur pur

Mehr als 700 Gefäßpflanzenarten, Sandvipern, Skorpione, Fledermäuse, mehr als 1.300 Schmetterlings- und 125 Vogelarten leben im Naturpark Dobratsch – ein Paradies für WissenschaftlerInnen. Der Berg stellt die Basis der Trinkwasserversorgung für die umliegenden Naturpark-Gemeinden und besonders für die Stadt Villach dar.



„Die Natur ist hier Lebensraum für alle und deshalb besonders geschützt. Seit 1942 ist er das erste Naturschutzgebiet Kärntens. Und das ist absolut kein Widerspruch zum sanften Tourismus“, sagt Umweltreferent Stadtrat Erwin Baumann.

Blick ins Land

Zahlreiche Aussichtspunkte an ganz besonderen Stellen eröffnen immer neue Perspektiven, ob beim Skywalk hinunter in die schroffen Steinformationen des Bergsturzgebietes Schütt, im Alpengarten Villacher Alpe (beide Parkplatz 6, Villacher Alpenstraße), der auch einen Besuch wert ist, oder beim Gams- und Gipfelblick nahe dem Parkplatz Rosstratte. Das kann nur noch der Ausblick am Gipfel des Dobratsch toppen. Egal ob GipfelstürmerIn oder GenusswanderIn – es gibt übersichtliche Routen und Wege für jeden Geschmack und jede Kondition.

Kooperationen

Der Naturpark hat auch engagierte PartnerInnen. Nicht nur die LandwirtInnen setzen auf das naturnahe, ehrliche Produkt: Honig, Speck, Brot usw. Etliche davon kann man in den Hüttenbetrieben und im Gipfelhaus verkosten und genießen.

„Der Naturpark ist uns auch ein Bildungsauftrag“, sagt Vizebürgermeisterin Irene Hochstetter-Lackner. „Wir haben mit den Volksschulen Pogöriach und Vassach eigene Naturparkpartner-Schulen und in Völken-dorf einen Naturpark-Kindergarten.“

Dort beschäftigt man sich intensiv und kindgerecht mit dem wichtigen Thema. Schließlich hängt die Akzeptanz für einen Naturpark sowohl von der Beziehung der Bevölkerung zur Naturlandschaft und zur historisch gewachsenen Kulturlandschaft ab als auch vom Bewusstsein der Menschen, beides erhalten zu wollen. „Aus diesem Grund ist es notwendig, schon im Kindes-

alter den Naturparkgedanken zu vermitteln, um so langfristig in der Bevölkerung ein Naturparkbewusstsein zu schaffen“, sagt die Referentin.

Programm

Sommers wie winters lädt der Naturpark Dobratsch zu einem attraktiven Programm ein, zu geführten Wanderungen, zu Ausflügen in die einzelnen Gemeinden mit ihren speziellen, geschichts- und kultur-trächtigen Attraktionen, sogar an einer mehrtägigen Rundum-Wanderung kann man teilnehmen.

Dabei erlebt man das pulsierende Leben der Stadt Villach, im Thermenhochtal Bad Bleiberg die alte Bergbautradition, Nötsch im Gailtal besticht mit dem Museum des Nötscher Kreises und die Marktgemeinde Arnoldstein ist genau der Schnittpunkt der Drei-Länder-Grenze Österreich-Italien-Slowenien.





Die App „Augen auf! Villach“ gibt BürgerInnen die Möglichkeit, Missstände direkt an den Magistrat zu melden.

Mehr Effizienz, mehr Service

Der Magistrat Villach stellt sich der Mega-Herausforderung Digitalisierung. Ziele sind das papierlose Büro und moderne Möglichkeiten für BürgerInnen, mit dem Amt zu kommunizieren. Oberste Prämisse: Es geht um Nützlichkeit, nicht um Selbstzweck. Corona beschleunigt die Umstellung.

Ein Foto, ein erklärender Satz dazu – und abschicken! Seit die Stadt Villach Anfang 2018 die Stadtverschönerungs-App „Augen auf! Villach“ gestartet hat, sind rund 3.500 Meldungen im Magistrat eingegangen: Vom kaputten Mistkübel über ein gefährliches Schlagloch bis hin zu defekten Beleuchtungskörpern reicht die Palette der Anregungen und Beschwerden der BürgerInnen. Die App erfreut sich höchster Beliebtheit, da sie denkbar unkompliziert ist: Einfach aufs Smartphone laden und los geht's! Nicht einmal persönliche Daten sind nötig, um Anregungen ans Rathaus zu senden. Knapp 98 Prozent der Fälle können erledigt werden, bei einigen Wünschen dauert es länger. Dem Wunsch nach der Sanierung eines Straßenzuges ist eben nicht ganz so rasch zu entsprechen ...

Die „Augen auf!“-App, die in Kooperation mit den Städten Wien und Klagenfurt entstanden ist, ist nur ein Beispiel für die zunehmende Digitalisierung in Villach. Der Magistrat hat die Herausforderung angenommen, auch in veränderten Datentransfer- und Kommunikationszeiten ein modernes Verwaltungshaus zu bleiben. Unter der Dachmarke „Villach digital“ laufen alle Bestrebungen zusammen, intern und vor allem im Kontakt mit den BürgerInnen alle Abläufe zu hinterfragen und ihr Digitalisierungspotenzial abzuklären. Mit Manfred Wundara, dem Leiter der hausinternen IT-Abteilung, wurde bereits 2018 ein Digitalisierungsbeauftragter ernannt.

Das Leben verbessern

Oberstes Prinzip aller Bestrebungen ist die Nützlichkeit der Maßnahmen. „Digitalisie-

rung ihrer selbst wegen ist ein Irrweg“, sagt Wundara. „Jede Maßnahme muss eine Verbesserung für das Leben der Villacherinnen und Villacher bringen. Und die Effizienz steigern. Corona hat uns gnadenlos gezeigt, wo wir noch besser werden müssen. Die Pandemie ist ein Beschleuniger für Digitalisierung.“

Als Paradebeispiel nennt er den eingeschlagenen Weg hin zum, so weit möglich, papierlosen Amt. Ausgehend vom Bürgermeisterbüro wird der Workflow Schritt für Schritt in die digitale Welt gehoben. „Ich arbeite bereits seit mehr als einem Jahr ohne Papier“, sagt Bürgermeister Günther Albel. „Tablet und Smartphone in Kombination mit kluger Software – das ist mein Alltag.“ Die gesamte Post, die Akten diverser Vorhaben und Projekte, alles wird online vorangetrieben. Das spart Platz und Zeit.

„Ich mache die Post, wann und wo ich will, bin dabei nicht an Berge von Papier gebunden, die im Büro auf mich warten“, sagt Albel. Zur Effizienz, die zusätzliche Zeit für Anliegen von BürgerInnen freimacht, kommt noch der Faktor Umweltbewusstsein. Das ehrgeizige Ziel: Der Magistrat will pro Jahr eine Million Papierkopien einsparen. „Alleine beim Budgetvoranschlag fallen 80.000 Kopien weg“, sagt Albel. Im Zeitraum 2017 auf 2019 wurden im Magistrat sieben Prozent an Papier eingespart.

Andere Beispiele sind weniger weitreichend, aber ähnlich wirksam. So hat der Magistrat eine eigene Software entwickelt, mit der die aus hygienischer Sicht extrem wichtigen Legionellen-Vorsorgespülungen in Schulen, Kindergärten und Sportanlagen von Wasserleitungen digital kontrolliert werden können. So ergibt sich eine enorme Verbesserung der Sicherheit in diesem Bereich.

Auch im familiären Bereich bietet Villach Neuerungen, die Zeit sparen. Seit dem Vorjahr können Termine für Trauungen online reserviert werden. Das erspart Menschen ebenso einen Amtsweg wie jener neue Service, bei dem die Geburtenanmeldungen ohne stressigen Amtsweg für die Eltern ablaufen. Eine Videodolmetscherplattform ermöglicht es, ohne Zeitverlust im Falle von Verständigungsproblemen die Sprachbarriere zu überwinden. Gerade im Hightechzentrum Villach, wo Menschen aus mehr als 60 Nationen arbeiten, erweist sich dieser Service als nützlich.

Digitalisierung und Transparenz

Ein Begriffspaar, das besonders gut zusammenpasst, ist „Digitalisierung und Transparenz“. Villach überträgt seit Anfang 2019 alle Gemeinderatssitzungen live via Stream auf der Webseite der Stadt. Dazu wurden hochwertige Kameras sowie ein spezielles Hard- und Softwaresystem angekauft, das von MitarbeiterInnen des Magistrats bedient wird. Bereits am Tag nach der jeweiligen Gemeinderatssitzung sind die einzelnen Themenbereiche als separate Videos online abrufbar. Die Zugriffszahlen pro Sitzung sind vierstellig.

Freilich läuft auch der Bereich Bildung längst unter dem Motto „total“. An Villachs Neuen Mittelschulen gibt es keine einzige Kreidetafel mehr. In sämtlichen Klassen



Die Stadtregierung hat mehr als 100 iPads für die SchülerInnen der vier Villacher Mittelschulen angeschafft.

hängen multimediale und interaktive Hightech-Tafeln, auf denen etwa von LehrerInnen geschriebene Aufgaben als PDF abgespeichert und an die SchülerInnen verschickt werden können. Der nächste Schritt sind Tablets im Schulalltag. 2019 hat Villach die erste NMS mit 26 iPads ausgestattet, heuer kommen 78 weitere dazu. Mit mehr als 100 Tablets im Einsatz hebt Villach den Unterricht auf eine moderne Plattform. „Bildung und Ausbildung sind zentrale Faktoren, die wir unseren Kindern mitgeben müssen“, sagt Bürgermeister Albel. Noch heuer werden daher alle NMS mit Glasfaser und flächendeckendem WLAN ausgestattet sein.

Das Prinzip Digitalisierung geht in Villach aber über jene Bereiche hinaus, die von BürgerInnen direkt erkennbar sind. Die Stadt arbeitet derzeit etwa am Aufbau einer eigenen Cloud, um ihre gespeicherten Daten gewissermaßen selbst in der Hand zu haben. „In Zeiten zunehmender Cyberkriminalität ist es mehr als zulässig, sich Gedanken um die maximale Sicherheit der eigenen Daten zu machen“, sagt Digitalisierungsbeauftragter Wundara.

Apropos Daten: Deren effizienter und schneller Transport wird zu einem immer wichtigeren Standortkriterium. Nicht nur

Privatpersonen stellen im Streaming-Zeitalter zu Recht die Forderung nach guten Leitungen, auch immer mehr Firmen und Konzerne können auf Datenhighways nicht mehr verzichten. Villach ist als Stadt bei Glasfaser- und 5G-Ausbauzielen vorne dabei, unterstützt die privaten Dienstleister nach Möglichkeit.

Persönlicher Kontakt

Was bei aller Notwendigkeit beim Thema Digitalisierung nicht vergessen werden darf: Der persönliche Kontakt mit dem Amt bleibt wichtig, auch, weil nicht alle Menschen bereit sind, über das Mindestmaß hinaus online zu gehen. „Unser Ziel lautet: Es wird niemand zurückgelassen“, sagt Bürgermeister Albel. Daher werden parallel zum Ausbau der Digitalisierung auch die klassischen Möglichkeiten für BürgerInnen forciert. Derzeit wird der sogenannte Bürgerservice-Bereich beim Eingang des Rathauses um rund 600.000 Euro verbessert und ausgebaut. Dass auch bei dieser grundsätzlich analogen Maßnahme nicht völlig auf Digitalisierung verzichtet werden kann, zeigt das neue Wartezeiten-Management: Eine elektronische Terminreservierung für BürgerInnenanliegen soll für optimalen Zeitverbrauch sorgen.



Eine coole Jugendstadt

Villach genießt seit vielen Jahren vollkommen zu Recht den Ruf, eine besonders jugendfreundliche Stadt zu sein.

Jungsein wird in der Draustadt ernst genommen, die jungen Menschen sind eingeladen, mitzugestalten und mitzureden. Im Jahr 1996 hat die Stadt – übrigens als erste des Landes – einen Jugendrat installiert. Sinn und Zweck war damals und ist es heute noch, ein demokratisch legitimiertes Forum zu schaffen, in dem die Jugendlichen ihre eigenen Wünsche und Anliegen artikulieren können und so Demokratie am praktischen Beispiel lernen. Alle zwei Jahre wird der Jugendrat neu gewählt, manche MandatarInnen holen sich hier die ersten Erfahrungen auf dem politischen Parkett. Auch der Villacher Magistratsdirektor Christoph Herzeg startete seine erfolgreiche Management-Karriere als einer der ersten Jugendräte in Villach.

Regelmäßige Treffen und Besprechungen mit den MandatarInnen, ihre Teilnahme an Gemeinderatssitzungen und das Nutzen des Jugendrats als Sprachrohr ermöglicht der Stadtregierung, die Wünsche direkt umzusetzen. In den vergangenen Jahren waren das enorm viele Projekte, die den Jugendlichen Raum in der Stadt geben: So ist ein großes Angebot an sportlichen Möglichkeiten wie etwa eine große Trendsportanlage, Volleyballplätze, ein Calisthenics-Trainingsplatz und andere Infrastruktur entstanden. Es wurde ein Bandprobenraum gefunden, das Jugendbüro als eigene Anlaufstelle im Magistrat installiert und der Kulturhof:Keller als Szenetreff für Veranstaltungen genutzt. Seit heuer bietet Villach mit dem größten freien Seezugang am Faaker See auch einen beliebten Treffpunkt für die jungen Menschen an – zumal es dort auch einen eigenen Volleyballplatz und gratis WLAN im Strandbad gibt. Im großzügig gestalteten Jugendzentrum finden das ganze Jahr über regelmäßige Workshops statt, es ist Raum für Ausstellungen und Treffen sowie die gemütliche Auszeit zum „Chillen“ nach der Schule. Der Jugendrat



Der Gasturm der Kläranlage wurde mit einem 600 Quadratmeter großen Street-Art-Projekt verschönert.

und das Projektbüro organisieren auch gemeinsam diverse Festivals während des Jahres – wie heuer das „Zwüld“, das trotz coronabedingter Einschränkungen lässige Events von Orientierungsläufen bis zu Theaterperformances unter freiem Himmel bot.

Street Art

Den Ideen und Forderungen der Jugendlichen wird aber auch sonst viel Platz und Raum gegeben. Auf Initiative von Bürgermeister Günther Albel sowie Kultur- und Jugendreferentin Gerda Sandriesser startete eine große und bunte Street-Art-Offensive, die ihresgleichen im Land sucht.

Villach gibt mit diesem starken Bekenntnis der jungen und urbanen Kunstform viel Platz, hat eigene Fassaden und auch Häuserwände in Absprache mit deren BesitzerInnen mit kunstvollen Bemalungen verzieren lassen. Einige KünstlerInnen wurden nach einem Wettbewerb zur Umsetzung eingeladen, andere auf besonderen Wunsch engagiert. Das größte und medial viel beachtete Projekt war die künstlerische Gestaltung des 16 Meter hohen Gasturms

der stadt eigenen Kläranlage, die somit zum größten Street-Art-Kunstwerk des Landes wurde. Mittlerweile hat sich in Villach eine eigene kleine, aber feine Szene gebildet, die auf den legalen Wänden kreativ wird.

Regenbogen für Toleranz

Zeichen wurden aber auch anderswo gesetzt. Eine spezielle Forderung des Jugendrates nach sichtbarem Bekenntnis zu Toleranz und Vielfalt wurde in Form von Kärntens erster Regenbogenbank auf dem Standesamtsplatz mit dem „Book of Love“ umgesetzt. Im Buch können sich BesucherInnen oder BürgerInnen verewigen und ihre Gedanken zum Thema Liebe nieder schreiben.

Außerdem wurden heuer drei Regenbogenzebrastreifen vor neuralgischen Punkten installiert: direkt vor dem Jugendzentrum und zwei direkt vor dem Hauptbahnhof als einladendes Entree in eine weltoffene Stadt. Mit diesen bunten Statements und Ampelpärchen als Lichtsignale setzte Villach ein deutlich sichtbares Zeichen, dass Villach weltoffen und eine Stadt der Liebe ist.



In Villach gibt es mehrere Regenbogen-Zebrastrassen.

Chillach

„Jugend mehr Raum geben“ ist ein weiterer und wichtiger Punkt, den Villach seit vielen Jahren verfolgt. Im Zuge der Re-Auditierung zur „Familienfreundlichen Gemeinde“ wurden wieder Maßnahmen erarbeitet, die diese Forderung erfüllen soll.

So hat die Stadtregierung bereits begonnen, den Kaiser-Josef-Platz in eine Wohlfühlzone für die jungen VillacherInnen zu verwandeln, indem Lümmelmöbel während der Sommermonate dort aufgestellt werden. „Chillach“ nennt sich das Projekt, in dessen Rahmen nun diese Zone erweitert

und gemeinsam mit den jungen BürgerInnen gestaltet werden soll.

Weiters wird auf Anregung des Jugendrates demnächst ein Sportkäfing angeschafft, um auch im urbanen Raum diversen Aktivitäten nachkommen zu können. Auch in Mobilitätsfragen sind junge Menschen in Villach aktiv mit dabei – in Projekten wie etwa „Wir bewegen was“ werden alternative Fortbewegungsmittel und -möglichkeiten eruiert und in die Diskussionen eingebracht.

Weil Villach auch Hightech-Stadt ist und mit Infineon Standort für eines der weltweit führenden Unternehmen in der Chipindustrie ist, gibt es auch hier Anknüpfungspunkte für die Jugendlichen: vom entsprechenden Studium an der FH Kärnten im Technologiepark in Villach bis zum Übungslabor „OTELLO“, das direkt in der Stadt die Tür für junge ForscherInnen offenhält.

Villach ist eine junge, dynamische Stadt, die stets daran arbeitet, für alle Generationen und die Jugend speziell noch bessere Angebote zu erstellen.



BAU MEISTERT CORONA



Der Bau ist ein leistungsstarker Konjunkturmotor...

Bauwerke sind in aller Regel beschäftigungsintensive Einzelanfertigungen. Die Baubranche gilt daher als Schlüsselbranche für den heimischen Arbeitsmarkt. Zudem verfügt der Bau über vielfältige Verflechtungen mit anderen Branchen und entsprechende Multiplikator-Wirkungen.

Es war daher kein Zufall, dass sich die österreichische Bundesregierung im Frühjahr trotz Corona-Shutdown dafür eingesetzt hat, dass die Bautätigkeit nicht zum Erliegen kommt und die Baustellen - unter Einhaltung strenger Sicherheitsvorkehrungen - weiterlaufen.

Damit der Bau seiner Rolle als Konjunkturmotor bestmöglich nachkommen kann, muss die Baunachfrage weiterhin stabil gehalten werden. Dafür müssen **Genehmigungsverfahren** rasch wieder aufgenommen und beschleunigt durchgeführt werden. Zudem sind **ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für Länder und Gemeinden** sowie wirksame Investitionsanreize für private Bauherren das Gebot der Stunde.

...und braucht eine stabile Nachfrage.



Villacher Trinkwasser: innovativ und krisensicher

Das Team des Wasserwerks entwickelte eine Marktneuheit, arbeitet stets mit modernsten Maßnahmen und versorgt die Bevölkerung auf höchstem Niveau.

Wasser ist flüssiges Gold und unser wichtigstes Lebensmittel – das hat die Villacher Politik bereits vor knapp zwanzig Jahren erkannt, als sie den einstigen Skiberg Dobratsch in Kärntens ersten Naturpark verwandelte. Ein zukunftsweisendes, starkes Bekenntnis nicht nur zum Schutz von Flora und Fauna, sondern vor allem für das Trinkwasser. Schließlich ist das mächtige Karstmassiv mit der imposanten Abbruchseite im Süden der wertvolle Wasserspeicher und -lieferant für die VillacherInnen. Der Schutz desselben ist oberstes Ziel der Stadt Villach, damit auch künftige Generationen Wasser in hervorragender Qualität und ausreichender Menge zur Verfügung haben.

WASSERmobil

Auch falls es zu einer Krisensituation kommen sollte, ist die Villacher Bevölkerung

bestens gesichert. Dafür sorgt eine innovative Erfindung des Wasserwerk-Teams: das Villacher „WASSERmobil“. Die Marktneuheit hat sich bereits mehrmals als effiziente Hilfe in schwierigen Situationen erwiesen. Mit dem Wassermobil kann bei Ausfall der zentralen Trinkwasserversorgung schnell reagiert und eine Not- und Ersatzwasserversorgung in Kombination mit mobilen Trinkwassertanks kurzfristig eingerichtet werden. „Diese Versorgung ist unter Einhaltung der lebensmittelrechtlichen und hygienischen Auflagen nicht nur im Krisen- und Katastrophenfall möglich, sondern auch bei geplanten Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten am Rohrnetz. Es ist flexibel einsetzbar, ist energie- und witterungsunabhängig und kann fernüberwacht werden“, zählt Wasserreferentin Stadträtin Katharina Spanring auf. Mit der Entwicklung des Wassermobils wurde ein weiterer

Meilenstein im Bereich der Daseinsvorsorge zur Erhöhung der Versorgungssicherheit auch in Krisen- und Notsituationen gesetzt. Wasserreferentin Spanring ist begeistert ob der innovativen Erfindung, die von der Stadt für den Kärntner Innovations- und Forschungspreis eingereicht wurde. Außerdem hat man es zum Patent angemeldet. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wasserwerks machen sich stets über ihre normale Arbeitsaktivität hinaus Gedanken, um die Trinkwasserversorgung in Krisensituationen zu verbessern. Dass daraus eine absolute Innovation entsteht, die zur Patenterteilung angemeldet wurde, ist wirklich beeindruckend!“

Gut gerüstet

Auch für andere Krisen hat Villach vorgesorgt: Mehrere mobile Notstromaggregate wurden angeschafft, um die Hochbehälter

und Pumpstationen auch in Ausnahmezuständen oder im Falle eines Blackouts weiter zu versorgen. Auf dem Dach des Wasserwerk-Betriebsgebäudes und einigen Hochbehältern sind Photovoltaik-Anlagen zur Stromproduktion installiert. In den nächsten Jahren wird ein weiterer Ausbau zur autonomen Versorgung der Wasserversorgungsanlagen angestrebt. Die ExpertInnen des Wasserwerks und die verantwortungsvollen Teams in den Wassergenossenschaften kümmern sich rund um die Uhr um die Versorgungssicherheit, die Qualität des Wassers und stellen die Hygiene in den Vordergrund.

Mit modernen und kostensparenden Grabungsmethoden werden beim Wasserwerk jährlich zwischen 1 und 1,5 Prozent des Leitungsnetzes erneuert. Das geschieht besonders schonend. „Wir wenden seit einigen Jahren grabungsarme Methoden an, um keine große Behinderung für die Bevölkerung zu verursachen“, sagt Wasserwerkreferentin Spanring. So werden beim

Wasserwerk modernste Technologien mittels Horizontalspülbohren und Berstlining angewendet. Bei diesen Verfahren sind nur punktuelle Aufgrabungen von Start- und Zielgruben erforderlich und die neuen Leitungen werden im unterirdisch errichteten Kanal eingezogen. Die Aufgrabungen werden dabei auf ein Minimum reduziert, die Bauzeit ist kurz und die Verkehrseinschränkungen im Baustellenbereich sind gering. Außerdem wird die Staub- und Lärmbelästigung für die unmittelbar betroffenen AnrainerInnen reduziert. Das Einzige, was sichtbar ist, sind die Start- und Zielgruben an der Oberfläche. Auch heuer wurden im Leitungsnetz des Wasserwerkes Villach schon mehrere Kilometer an Trinkwasserleitungen mit diesem grabungsarmen Verfahren erneuert und neu eingesetzt. 

*Jedes Jahr gibt die Stadt
Millionen Euro aus, um Villachs
Wasser zu schützen.*



BAU MEISTERT CORONA

Der Bau arbeitet unter strengen Sicherheitsauflagen...

Die Errichtung von Bauwerken erfolgt regelmäßig im Zusammenspiel verschiedenster Professionisten, welche zeitgleich auf den Baustellen im Einsatz sind. Bauleistungen sind daher seit jeher mit hohen Anforderungen an eine koordinierte Leistungserbringung unter Berücksichtigung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes verbunden. Die einschlägigen Regelungen und Auflagen wurden Corona-bedingt noch einmal deutlich verschärft, um das Infektionsrisiko auf den Baustellen zu minimieren.

Diese Auflagen und Erschwernisse haben naturgemäß erhebliche Mehrkosten zur Folge, welche die ausführenden Bauunternehmen nicht alleine stemmen können. Es bedarf daher einer fairen Partnerschaft zwischen Auftraggebern und Bauunternehmen mit dem Ziel einer **ausgewogenen Lastenverteilung** sowie einer **angemessenen Anpassung der Leistungsfristen**.

...und braucht eine faire Regelung der Kostentragung.



Pack die Badehose ein

Zahlreiche Bäder locken im Sommer im Villacher Stadtgebiet zur Abkühlung an die Seen. Das Beste daran: In vielen städtischen Bädern ist der Eintritt gratis.

Fragt man die VillacherInnen, was sie besonders an ihrer Stadt und ihrem Lebensraum schätzen, wird wohl die große Lebensqualität eine der meistgenannten Antworten sein. Das Gefühl von „Leben, wo andere Urlaub machen“ nährt sich zweifelsohne auch durch die günstige Lage Villachs in vielerlei Hinsicht. Im Sommer wie im Winter sind besonders die zahlreichen Seen rund um die Stadt beliebte Anlaufstellen für Erholungsuchende und FreizeitsportlerInnen. Insgesamt sechs größere und kleinere Seen können im Villacher Stadtgebiet für allerlei Aktivitäten genutzt werden, einige weitere Gewässer befinden sich in Privatbesitz.

Während in vielen Orten, beispielsweise entlang des Wörthersees, seit Jahren über Seezugänge diskutiert wird, hat die Stadt Villach bereits vor Jahrzehnten Nägel mit Köpfen gemacht. Vor mehr als 40 Jahren

eröffnete die Stadt das öffentliche Strandbad in Drobollach am Faaker See, das in der Zwischenzeit zu einem Bad mit freiem Eintritt umgewandelt wurde. Mit überwältigendem Erfolg: Die BesucherInnenzahlen stiegen von rund 19.000 im Jahr 2015 auf rund 39.000 im Jahr 2019. Vor einigen Jahren konnte die Stadt Villach auch ein Nachbargrundstück von einem Unternehmer ankaufen und so die Fläche des Freibades beinahe verdoppeln.

Badespaß für alle

Vor 30 Jahren sicherte sich die Stadt zudem das Gebiet rund um den Silbersee, ursprünglich ein Baggerteich, der im Zuge der Arbeiten zur Errichtung der Karawankenautobahn entstanden war. Dabei handelt es sich um ein Areal von 10.000 Quadratmetern Fläche. Dieses sollte sich im Laufe der Jahrzehnte und vor allem mit tatkräfti-

ger Hilfe der VillacherInnen zu einem der beliebtesten Naherholungsgebiete der Stadt entwickeln – und das bei freiem Eintritt. Hier lässt es sich nicht nur baden, sondern auch vortrefflich Tennis, Tischtennis, Boccia oder Beachvolleyball spielen. Der Villacher Jugendrat kümmert sich sehr um das Kleinod Silbersee, seine Mitglieder haben unter anderem die Errichtung einer gratis Fitnessanlage durchgesetzt.

Dass der Silbersee den VillacherInnen schon früh viel bedeutete, zeigt ein Eintrag aus dem Mitteilungsblatt der Stadt aus dem Jahr 1988 über eine Bürgerinitiative zur Begrünung des Silbersees. Mehr als 100 Personen pflanzten mithilfe von örtlich angesiedelten LandwirtInnen und KameradInnen der Freiwilligen Feuerwehr über 400 Wildsträucher und 200 Schwarzkiefern. Zudem kursiert unter den VillacherInnen so manche lieb gewonnene Anekdote zu „ihrem“

Badesee. So gab es beispielsweise einst eine mysteriöse und medienwirksame Krokodilsichtung, „Schnappi“ konnte aber nie gefunden werden.

Ein andermal „parkte“ ein im Villacher Raum beliebter Geistlicher durch unglückliche Umstände sein Fahrzeug im See, während wiederum vermeintliche Langfinger ihren fahrbaren Untersatz mutmaßlich absichtlich ebendort versenkten. Für viel Aufregung sorgte das Einbrechen eines Eismeisters während der Eislaufsaison, während der der Silbersee ebenfalls ein beliebtes Ausflugsziel ist. Auch die eine oder andere Liebschaft soll an den Ufern des ehemaligen Baggerteiches schon gepflegt worden sein ...

Freier Eintritt hat Tradition

Neben den Freibädern am Silbersee und am Faaker See hat die Stadt außerdem Freibäder am Ossiacher See (St. Andrä), am Magdalensee, am Vassacher See und einen kleineren Zugang in Egg am Faaker



Kärntens größtes Freibad in Drobollach am Faaker See

See installiert, welche sich ebenfalls großer Beliebtheit erfreuen. Das städtische Bad in Egg, welches zu moderaten Preisen genutzt werden kann, ist eine weitere stark frequentierte Anlaufstation für Badende.

In sämtlichen Bädern der Stadt außer am Magdalener See können Badegäste von Mai

bis September gratis WLAN nutzen, ein Service, der sehr gerne angenommen wird. Tretbootverleih und allerlei Annehmlichkeiten verstehen sich in den größeren Bädern von selbst. Barrierefreiheit ist in mehreren Bädern durch entsprechende Rampen und Einstiegshilfen gegeben. 🦿

© Foto: Prohning

BAU MEISTERT CORONA



Der Bau schafft heimische Wertschöpfung...

Aufgrund der regionalen Struktur des Bausektors zeichnen sich Bauinvestitionen durch eine überdurchschnittlich hohe Inlandswirksamkeit aus. Das bedeutet, dass jeder in den Bau investierte Euro zum allergrößten Teil in Österreich bleibt.

Es liegt in der Verantwortung aller privaten und öffentlichen Auftraggeber, die hohe Inlandswirksamkeit der Baunachfrage durch **Vergaben an heimische Bauunternehmungen** zu sichern und weiter zu steigern.

Auch die Bundesregierung kann einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der heimischen Wertschöpfung leisten: Um während der Corona-Krise öffentliche Bauaufträge schnell und unbürokratisch an heimische Betriebe vergeben zu können, sollte der Anwendungsbereich für vereinfachte Bau-Vergabeverfahren temporär durch **Anhebung der Schwellenwerte** ausgeweitet werden.

...und braucht regionale Vergaben.

Kommunale Verkehrssicherheit ist immer eine Frage der individuellen Lösungen

RADARRENT hat für jede Gemeinde, für jede Stadt, die passende Lösung für die Optimierung der kommunalen Verkehrssicherheit.

► Ob das eine Verkehrszählung, die Lieferung von Tempodisplays „Sie fahren“, die Vermittlung von Verkehrssachverständigen für das Mobilitätsgutachten, die Projektierung von stationären Geschwindigkeitsmesssystemen mit den modernsten Messgeräten TraffiStar S350 Laser, die Lieferung von modernsten Bodenkabinen ROB4 oder die digitale Anzeigenauswertung und Übermittlung über VSTV Kommunalnet ist: RADARRENT ist mit seinem aktiven Netzwerk zu Verkehrspolizei, Verkehrsbehörden, Verkehrsexperten und Verkehrstechnikfirmen der ideale Partner für Ihre kommunale Verkehrssicherheitsarbeit.

Andreas Morgenbesser, Amtsleiter der Marktgemeinde Leobersdorf, schildert den gesamten Prozess von der Verkehrszählung bis zur Evaluierung der Verbesserungen der Verkehrssicherheit durch eine maßgeschneiderte Überwachung in Kooperation mit der Landespolizeidirektion NÖ: „Durch die Marktgemeinde Leobersdorf wurden zunächst verdeckte Geschwindigkeitsmessungen mittels Seitenradar durchgeführt, Erhebungen vor Ort und Analysen

des bisherigen Unfallgeschehens in der Marktgemeinde erhoben und in einem Verkehrskonzept zusammengefasst. In diesem Konzept wurden seitens der Marktgemeinde Leobersdorf die örtlichen Gefahrenpotenziale aufgezeigt. Unter anderem wurden bei den Erhebungen auch Angaben bzw. Beschwerden der Bevölkerung über erhöhte Geschwindigkeiten in bestehenden Ortsteilen berücksichtigt. Ein besonderes Augenmerk wurde durch die Gemeinde auf einen sicheren Bereich in der unmittelbaren Umgebung von Kindergärten, Schulen, Busstationen etc. gelegt. Die Firma RADARRENT hat die Marktgemeinde Leobersdorf von Projektbeginn an mit ihrem fachspezifischen Wissen bestens unterstützt und vor allem im Behördenverfahren begleitet.

Nach Abschluss des Behördenverfahrens und der Bewilligung von fünf Standorten zur stationären Geschwindigkeitsüberwachung sowie aufgrund der positiven Erfahrungen mit RADARRENT hat sich der Gemeinderat zu einer Leasingvariante mit RADARRENT entschlossen. Diese Variante beinhaltet für die Gemeinde ein sogenanntes „Sorglospaket“ und umfasst auch die Reinigung der Bodenkabinen, die Eichung, die Versicherung, die Wartung, das Service und die Justierungen.

Die Auswertung der Daten sowie die Übermittlung der Anzeigen an die Behörde erfolgen ausschließlich durch Organe der zuständigen Landespolizeidirektion.

Nach mehr als zwei Jahren Vollbetrieb kann von der Gemeinde nur ein äußerst positives Resümee gezogen werden. RADARRENT zeichnet sich als professioneller Partner aus und die entsprechende Verkehrssicherheit



an den Standortstellen konnte wesentlich erhöht werden.

Durch die Zusammenarbeit mit der Firma Jenoptik Wien, Traffix Verkehrsplanung GmbH können wir für Sie nur das beste Ergebnis erzielen.

RADARRENT ist der Generalimporteur für die ROB4-Radarkabinen in Österreich.

Da im Jahr 2020 die Messen entfallen sind, bieten wir Ihnen einmalig eine Aktion für die DSD-Geräte (Sie fahren) mit SONDERRABATT an. Bei einer Bestellung von 1–4 Stück 3 % und ab 5 Stück 10 %. Die Aktion gilt bis zum 31. 12. 2020. ◀



Kontakt

RADARRENT OEG
Manfred Szumovski,
2500 Baden, Schimmergasse 11/1,
E-Mail: office@radarrent.co.at,
Home: www.radarrent.co.at,
Telefon: 0664/100 79 88

villach.live.digital

Der Österreichische Städtetag 2020 in seiner bekannten Form wurde abgesagt, neben den Sitzungen der Geschäftsleitung und des Hauptausschusses am Mittwoch, 11. November 2020, werden die ursprünglich geplanten Arbeitskreise als

hybride Themenworkshops online angeboten. Als Einstimmung darauf finden sich auf den folgenden Seiten Artikel aus den Themenfeldern der Arbeitskreise Jugend, Finanzen, Umwelt, Mobilität und Corona-Maßnahmen.. 

Themenworkshops als Livestream auf www.staedtetag.at

Donnerstag, 12. November 2020, von 9 bis 11.30 Uhr

Klimaschutz – Siedlungsentwicklung – Verkehr: Bringen wir das zusammen?

Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge

Hört auf die Jugend!

Donnerstag, 12. November 2020, von 13.30 bis 16 Uhr

Mit Grün und Blau urbane Zukunft innovativ gestalten

Die Corona-Pandemie – 300 Tage kommunales Krisenmanagement in unseren Städten und Gemeinden –

Erfahrungen und Handlungsnotwendigkeiten

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

**Was schenken Sie Ihren neuen
Gemeindebürgern zur Geburt?**

Unsere bunten Kinder-Rucksäcke, prall befüllt mit vielen wertvollen Baby-Artikeln, sind ein tolles Willkommensgeschenk.

**Wir machen
Ihren Rucksack
EINZIGARTIG-mit
Ihrem individuellen
Aufdruck**

- ✓ die Qualität besticht
- ✓ der Inhalt begeistert
- ✓ der Preis überzeugt

Bezahlte Anzeige

Kontakt:

Karin Bayer | 0676/64 53 986
MarketingService Thomas Mikscha GmbH
Messestraße 6 | 3100 St. Pölten

www.mstm.at

Kinder und Jugendliche beauftragen die Stadt

Die Kinder- und Jugendstrategie soll Wien zur kinder- und jugendfreundlichsten Stadt der Welt machen – Kinder und Jugendliche haben bei der „Werkstadt Junges Wien“ die Themen und Ziele vorgegeben.

Alexandra Beweis, Stadt Wien Bildung und Jugend

Im Wiener Gemeinderat wurde am 24. 6. 2020 ein historisches Dokument beschlossen: die Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2020–2025. Grundlage für die Themen, Ziele und Maßnahmen dieser Strategie ist das Projekt „Werkstadt Junges Wien“, das von Stadt Wien Bildung und Jugend in Kooperation mit dem Verein WienXtra durchgeführt wurde. In einem beispiellosen Prozess haben 22.581 Kinder und Jugendliche im Frühjahr 2019 in über 1.300 Workshops die Stadt genau unter die Lupe genommen. Wie ein Auto, das in die Werkstatt gebracht wird, haben auch sie die Stadt auf den Prüfstand gestellt und sich

gefragt: Was läuft gut? Was funktioniert? Was muss besser laufen? Was fehlt? Dabei ging es nicht um ein einmaliges Stimmungsbild, sondern um die partizipative Erarbeitung einer Roadmap für die Weiterentwicklung der Stadt.

„Mir ist wichtig, dass die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen viel stärker in politischen Prozessen verankert werden. Ich habe von Beginn an gesagt: Die Werkstatt Junges Wien ist kein Eintagesprojekt. Es ist der Startschuss, das Recht auf Beteiligung, wie es in der Kinderrechtskonvention verankert ist, mit Leben zu erfüllen. Das bedeutet einerseits, in allen Politikbereichen die

Interessen von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen, und andererseits ihnen Werkzeuge in die Hand zu geben, selbst mitzureden und mitzuentcheiden. Das machen wir in Wien“, so Jugendstadtrat Jürgen Czernohorsky. So konnten anders als bei vielen Mitbestimmungsprojekten hier die Themen völlig frei von den Kindern und Jugendlichen selbst bestimmt werden. Die Rückmeldungen wurden von einem sozialwissenschaftlichen Institut ausgewertet und in neun Themenbereiche zusammengefasst. ExpertInnen aus allen angesprochenen Bereichen haben dann bestehende Maßnahmen zusammengetragen und neue Vorschläge auf Basis der Ideen und Wünsche der Kinder und Jugendlichen entwickelt. Nachdem die ersten Maßnahmenvorschläge ausgearbeitet worden waren, hat im Herbst eine „Konferenz der Kinder und Jugendlichen“ darüber beraten und die Maßnahmen adaptiert. Auf Basis dieser Feedbackschleife wurden die neun Themenbereiche fertig ausformuliert.

Neun Kapitel mit 193 Maßnahmen

Die Kinder- und Jugendstrategie bündelt erstmals Maßnahmen aller Ressorts, Fachabteilungen und Unternehmen hinter der gemeinsamen Vision, Wien zur kinder- und jugendfreundlichsten Stadt zu machen. Sie ist in neun Kapitel gegliedert, die alle Politikbereiche betreffen: Natur und Umwelt, Chancen und Zukunft, Gesundheit und Wohlbefinden, Gemeinschaft und miteinander, Raum und Platz, Mitsprache und Meinung, Sicherheit und Geborgenheit,



Jugendliche öffnen den Methodenkoffer der Werkstatt Junges Wien.

Mobilität und Verkehr, Freizeit und Kultur. An der Spitze jedes Kapitels steht das von Kindern und Jugendlichen vorgegebene Ziel. Darunter finden sich zu jedem Themenbereich konkrete Maßnahmen, die die Stadt in den kommenden fünf Jahren umsetzen möchte, um diesem Ziel näherzukommen. Insgesamt umfasst die Kinder- und Jugendstrategie 193 Maßnahmen, sowohl neue als auch solche, die bereits bestehen und verstärkt werden sollen.

Das Spektrum reicht hier von mehr Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Stadtplanung über vielfältige Umweltthemen bis zum Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Ambulatorien.

Im Bereich „Chancen und Zukunft“ etwa finden sich neue Mitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bei Sanierung, Erweiterung und Neubau von Bildungseinrichtungen, der Ausbau von Ganztagschulen, eine Digitalisierungsoffensive für alle Bildungseinrichtungen sowie der Ausbau von überbetrieblichen Lehrausbildungsstätten.

Im Bereich „Natur und Umwelt“, der den Kindern und Jugendlichen besonders am Herzen liegt – über 2.600 Ideen und Vorschläge sind dazu eingetroffen –, setzt die Stadt unter anderem auf verstärkte Bewusstseinsbildung zum Klimaschutz, die Förderung von Naturerlebnissen für alle Kinder und Jugendlichen, mehr Initiativen zur Abfallreduktion und möchte es jedem Wiener Kind ermöglichen, jedes Jahr einen neuen Baum zu pflanzen.

Kinder und Jugendliche einbinden

Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Belangen zu beteiligen, die sie jetzt und in Zukunft betreffen. Daher müs-

sen Kinder und Jugendliche auch bei der Umsetzung, beim Monitoring und bei der Evaluierung der Wiener Kinder- und Jugendstrategie eine maßgebliche Rolle spielen und die Möglichkeit erhalten, der Stadt auf die Finger zu schauen.

Zugleich soll dem Fachwissen und der Kompetenz der Dienststellen und Unternehmen der Stadt Raum gegeben werden, ihre Expertise muss für die Umsetzung der Maßnahmen ebenfalls eine tragende Rolle spielen.

Daher entwickelt das Team der Werkstatt Junges Wien gerade einen Mix aus partizipativen Elementen und Steuerungsinstrumenten, so soll Kinder- und Jugendmainstreaming schrittweise in allen Bereichen der Stadt etabliert werden und eine Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung für alle neuen Gesetze und Verordnungen durchgeführt werden. Es wird ein Kinder- und Jugendbeiratsmodell für Dienststellen und Betriebe der Stadt genauso entwickelt wie ein neues Modell für ein Wien-weites Kinder- und Jugendparlament.

Die Umsetzung der Maßnahmen wird vom Werkstatt-Junges-Wien-Team dokumentiert und auf der Webseite transparent zugänglich gemacht, sodass Kinder und Jugendliche diese direkt mitverfolgen können. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft wird im Rahmen ihres Tätigkeitsberichts jedes Jahr auch einen Umsetzungsbericht zur Kinder- und Jugendstrategie der Landesregierung und dem Kinder- und Jugendparlament vorlegen.

Die Wiener Kinder und Jugendlichen sollen aber auch in den kommenden Jahren die Möglichkeit erhalten, ihre Ideen konkret einzubringen. Hierfür wird ein partizipatives Kinder- und Jugendbudget geschaffen. „Nach dem großen Erfolg der Werkstatt



Jugendstadtrat Czernohorszky im Gespräch mit einer Teilnehmerin der Konferenz der Kinder und Jugendlichen

Junges Wien wollen wir die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen weiter ausbauen. Als Bürgermeister ist es mir wichtig, dass Kinder und Jugendliche Demokratie konkret erfahren können. Deshalb werden wir eine Million Euro für Kinder- und Jugendprojekte zur Verfügung stellen, über deren Auswahl Kinder und Jugendliche mitentscheiden können“, so Bürgermeister Michael Ludwig.

So ist in den letzten beiden Jahren in diesem Prozess ein neues Bewusstsein in der ganzen Stadt entstanden. Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist daher auch, wie sehr nicht nur die Kinder und Jugendlichen davon profitiert haben, sondern wie viel auch alle beteiligten Erwachsenen – beteiligte WorkshopleiterInnen, MitarbeiterInnen der Stadt wie auch PolitikerInnen – aus dieser Erfahrung gelernt haben. Jugendstadtrat Czernohorszky dazu: „Wir wollten zunächst, dass die Kinder und Jugendlichen über ihre Stadt nachdenken, aber am Ende denkt die Stadt jetzt über Kinder und Jugendliche nach.“



© Foto: PID/Wache

Ihre Landesbank für ganz Österreich!

**KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.**

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich.

Leiter Öffentliche Finanzierungen
Dr. Christian Koch: 05 90 910
christian.koch@hyponoe.at

Daseinsvorsorge sichern

Die Gesundheitskrise wurde um die Krise der öffentlichen Haushalte erweitert.

Peter Biwald, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Bis Oktober 2020 sind die Gemeindeertragsanteile um 8,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der Talboden ist bei den Ertragsanteilen noch nicht erreicht. Ebenso wird die Kommunalsteuer als wichtige Gemeindesteuer im Jahr 2020 um 6 bis 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr niedriger sein. Ein Rückgang, von dem nur die Städte und Gemeinden betroffen sind. In Summe ist für 2020 ein Einnahmenverlust für die Kommunen von 1,5 bis 2,0 Mrd. Euro zu erwarten, der massive Auswirkungen auf die Finanzierung der Daseinsvorsorge und die kommunalen Investitionen haben wird. Verstärkt wird dies dadurch werden, dass die künftige Entwicklung bei den Ertragsanteilen noch unsicher ist und für 2021 mit keiner Verbesserung zu rechnen sein dürfte.

Wie wird die kommunale Daseinsvorsorge finanziert?

In Summe haben die Gemeinden (ohne Wien) 2018 Einnahmen auf der laufenden und Vermögensgebarung von 18,8 Mrd. Euro erzielt. Die Schwerpunkte sind Ertragsanteile mit 6,7 Mrd. Euro, eigene Steuern mit 3,7 Mrd. Euro, Gebührenerlöse mit 2,1 Mrd. Euro, Leistungserlöse mit 1,8 Mrd. Euro sowie Transfereinnahmen von 2,9 Mrd. Euro (siehe Abbildung 1). Damit werden die laufenden und Vermögensausgaben für die kommunale Daseinsvorsorge in Höhe von 19,2 Mrd. Euro im Jahr 2018 finanziert, die sich auf die einzelnen Bereiche wie in Abbildung 2 dargestellt verteilen. Diese Ausgaben werden mit den kommunalen Einnahmen wie folgt finanziert.

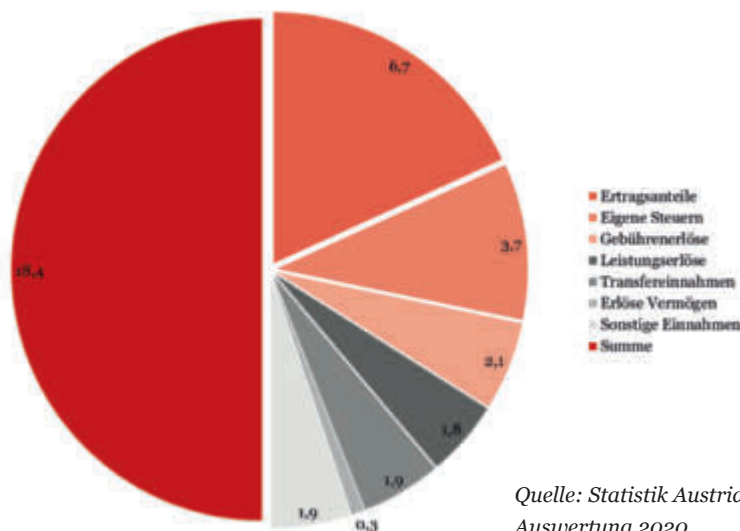
- Im Bereich Soziales und Gesundheit mit 4,0 Mrd. Euro sind insbesondere die Umlagen an die Länder für deren Aufgaben betroffen – diese werden mit Ertragsanteilen finanziert.

- Die öffentliche Verwaltung, Sicherheit und Politik in Höhe von 3,1 Mrd. Euro werden ebenfalls mit Ertragsanteilen finanziert. Dafür standen 2018 jedoch nur mehr 2,7 Mrd. zur Verfügung, sodass 0,4 Mrd. aus gemeindeeigenen Steuern bereitgestellt werden müssen.
- Der Bereich Verkehr – Straßen und ÖPNV – in Höhe von 1,6 Mrd. wird aus gemeindeeigenen Steuern und Transfereinnahmen finanziert.
- Die Bildungsausgaben in Höhe von 3,5 Mrd. Euro werden in einem hohen Maße aus Gemeindesteuern, teilweise aus Leistungserlösen (Kinderbetreuung) und Transfereinnahmen (für Kinder- und Nachmittagsbetreuung und Investitionen) finanziert.
- Der Bereich der Dienstleistungen mit dem größten Ausgabenblock von 5,8 Mrd. Euro umfasst die Bereiche Ver- und Entsorgung sowie die Betriebe von den Märkten über die Bäder

bis zu anderen Einrichtungen. Die Finanzierung erfolgt über die Gebührenerlöse (2,1 Mrd. Euro), Leistungserlöse sowie Transfereinnahmen (v. a. für Investitionen) und teilweise Gemeindesteuern.

Die Finanzierung der Daseinsvorsorge ist somit unterschiedlich ausgestaltet. Bereiche wie die Ver- und Entsorgung werden ausschließlich durch die NutzerInnen (Gebühren) sowie von Zuschüssen anderer öffentlicher Träger finanziert – was auch in der Krise grundsätzlich gesichert ist. Andere Bereiche – insbesondere Bildung, Kultur, Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie Freizeit und Sport – sind großteils durch allgemeine Steuermittel finanziert. In Summe waren dies in den genannten Bereichen im Jahr 2018 3,1 Mrd. Euro bzw. rund 63 Prozent der laufenden Ausgaben, die durch Steuermittel der Gemeinden zu finanzieren waren (siehe Tabelle 1). Dazu kamen noch rund 1,5 Mrd. Euro Investitio-

Abbildung 1: Gemeindeeinnahmen 2018; laufende und Vermögensgebarung, in Mrd. Euro



Quelle: Statistik Austria, KDZ-Auswertung 2020

Tabelle 1: Nettoausgaben und Investitionen, in Mio. Euro, 2018 (Gemeinden ohne Wien)

in Mio. Euro	ord. Ausgaben	ord. Einnahmen	ord. Nettoausgaben	Anteil an Ausgaben	Investitionen
Bildung	2.339	819	1.520	65 %	556
Kultur	554	161	393	71 %	79
Infrastruktur/ÖPNV	1.537	696	840	55 %	684
Sport/Freizeit	426	101	325	76 %	136
Summe	4.855	1.778	3.078	63 %	1.456

Quelle: KDZ 2020, auf Basis ÖSTAT Gemeindefinanzstatistik 2018; Lfd. Ausgaben und Einnahmen umfassen Postenklassen 4 bis 8

nen, die aus Steuererträgen (Ertragsanteile, Gemeindesteuern), Bedarfszuweisungsmitteln (und damit Gemeinde-Ertragsanteilen) und Darlehensaufnahmen finanziert werden.

Welche Auswirkungen hat die aktuelle Krise?

Mit dem Einbruch der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer werden für die Finanzierung dieser wichtigen Bereiche Mittel fehlen. Den Ausgaben von 4,6 Mrd. Euro (mittlerweile bei 5 Mrd. Euro) stehen Einnahmen von wahrscheinlich 1 Mrd. Euro (Gemeinden ohne Wien) weniger gegenüber. Das Jahr 2021 wird voraussichtlich nicht wesentlich besser.

Das Kommunale Investitionsprogramm des Bundes (KIP), das 2020/2021 1 Mrd. Euro für Gemeinden bringen soll, wird durch das Konjunkturstärkungsgesetz konterkariert (Mindereinnahmen für die Gemeindeebene in Höhe von 1,1 Mrd. Euro für 2020/21). Die Länderpakete bringen 272 Mio. Euro

zusätzliche Mittel (Stand Anfang September 2020, Resolution Österreichischer Gemeindebund). Für die sich abzeichnende Finanzierungslücke werden diese Mittel nicht ausreichen.

Herausforderungen und Lösungsoptionen

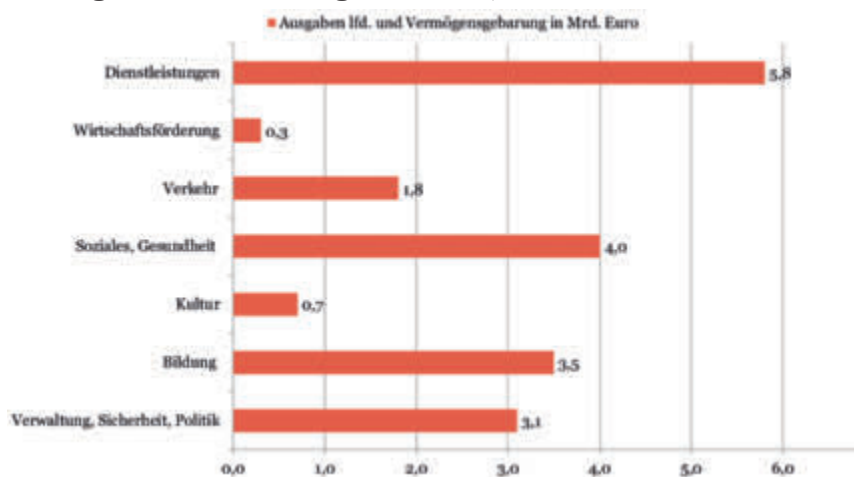
Die Coronakrise wirkt auf die Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge der Gemeinden ist zu sichern – dies umfasst die Ver- und Entsorgung, die Infrastruktur inkl. ÖPNV, die Schul- und Kindergarteneinrichtungen wie auch die Bereiche Feuerwehr, Kultur, Sport und Freizeit. Dafür ist eine Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden erforderlich, um die Herausforderungen auch auf der kommunalen Ebene zu meistern.

Zuerst bedarf es kurzfristiger Maßnahmen, wie den Ausgleich von wegfallenden eigenen Steuern (Kommunalsteuer, Fremdenverkehrsabgaben), der Ertragsanteile (jedenfalls zur Hälfte für 2020/21) sowie

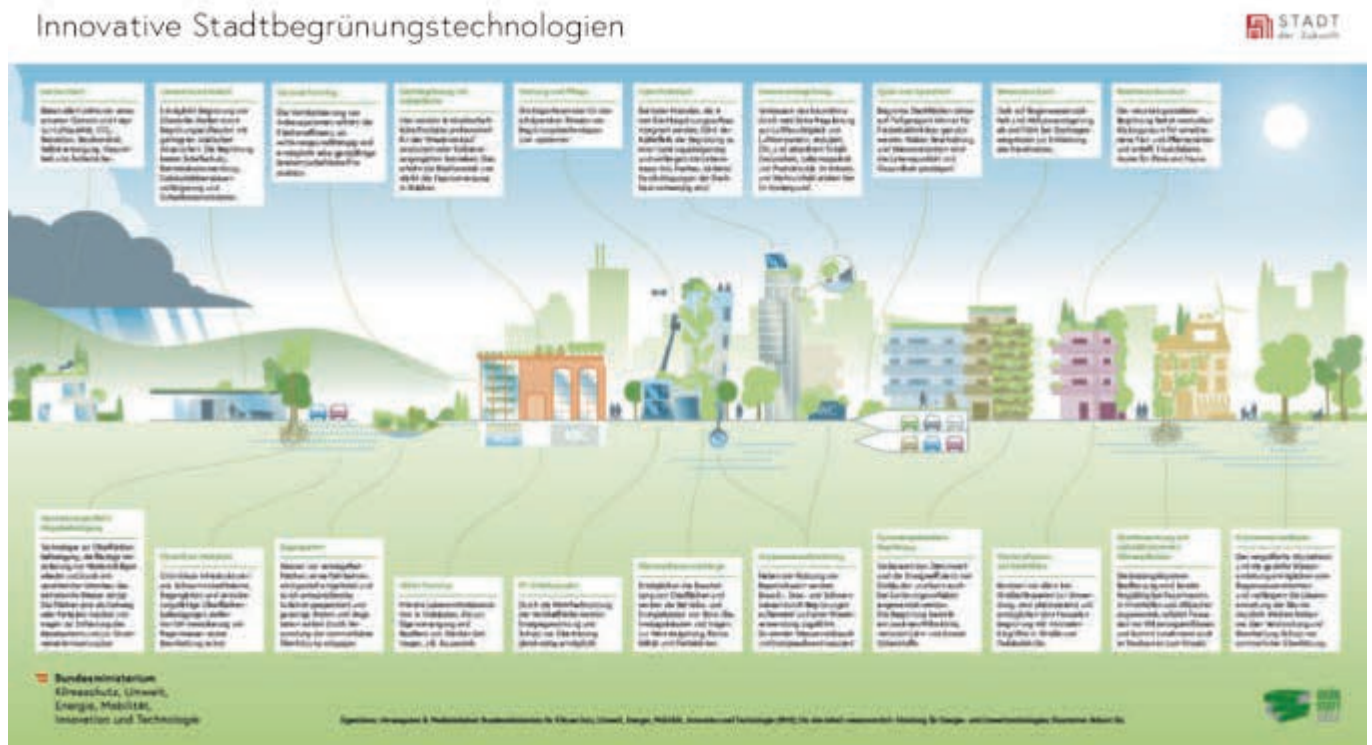
Leistungserlösen (z. B. Kinderbetreuung) durch Bund und Länder. Damit soll das Kommunale Investitionsprogramm, das Beschäftigung sichern, aber auch die klimapolitischen Ziele berücksichtigen soll, überhaupt umsetzbar gemacht werden. Denn aktuell hebt das Konjunkturstärkungsgesetz das KIP in seiner finanziellen Wirkung nicht nur auf, sondern führt in der Folge zu geringeren Einnahmen.

Anschließend sind mittelfristige Maßnahmen notwendig: Sicherung der Gemeindeabgabenaufonomie durch Reform der Grundsteuer (als wichtige Ergänzung zur Kommunalsteuer), Sicherung der Gebührenfinanzierung (z. B. Zurechnung der Folgekosten, die im inneren Zusammenhang mit den Gebührenhaushalten sind sowie Reform mit Zuschlagssatz über der 100-%-Kostendeckung) sowie Entflechtung der Transfers. Für den letztgenannten Punkt wäre ein kurzfristiger Nachlass der Landesumlage für 6 bis 12 Monate ein Einstieg und eine Absichtserklärung der Länder.

Darüber hinausgehend sollte über Alternativen in der Finanzierung und Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge nachgedacht werden: Können Genossenschaften als Organisationsform für ausgewählte Bereiche der Daseinsvorsorge eine Alternative bieten? Wie weit ist Crowdfunding für wichtige Infrastrukturbereiche der Gemeinde bzw. in der Region ein Ansatz zur Finanzierung? Wie können regionale Lösungsansätze zu Betrieb, Errichtung und Finanzierung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge noch weiter vorangebracht werden – von einer umfassenden Kooperation bis zur Fusion? Gemeinsame Ansätze in der Region, mit den BürgerInnen und Ehrenamtlichen, sollten hier im Mittelpunkt stehen.

Abbildung 2: Gemeindeausgaben 2018, in Mrd. Euro

Quelle: Statistik Austria, KDZ-Auswertung 2020



Grüne Wände, Dächer und mehr

Über Bedeutung und Möglichkeiten von Grün an Gebäuden

Vera Enzi, Gruenstattgrau.at

Die zunehmende Wichtigkeit von Bauwerksbegrünungen steht in engem Zusammenhang mit wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen und Umweltentwicklungen. Bauwerksbegrünungen erweisen sich als besonders wirkungsvolle Instrumente, um den häufiger werdenden Extremwittersituationen, dem hohen Flächenverbrauch und der zunehmenden Versiegelung als Folge der Urbanisierung und den negativen Umweltauswirkungen von Gebäuden entgegenzusteuern. Durch seine Lage ist Österreich besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. Lange andauernde Hitzeperioden und das Auftreten von Tropennächten, in denen die Lufttemperatur nicht mehr unter 20 °C

fällt, bedeuten eine starke Belastung für den menschlichen Organismus. In den nächsten 100 Jahren wird eine Verdoppelung der Hitzetage erwartet. Zusätzlich kommt es zu extremer Trockenheit und lang andauernden Dürreperioden, welche beispielsweise den Stadtbäumen stark zusetzen, sowie zu einer Verlagerung der Vegetationszonen und einer Änderung des Artenspektrums führen. Hier wird die Zunahme von Allergien und invasiven Arten erwartet. Milde Winter verstärken den Schädlingsdruck, zusätzlich dazu setzen Spätfröste, Hagel und Dürre sowie der Rückgang bestäubender Insekten der Nahrungsmittelproduktion in Österreich zu. Des Weiteren ist das häufigere Auftreten von Starkregenereignissen in

höherer Intensität zu beobachten, welche bestehende Kanalsysteme vor Herausforderungen stellen. Der Klimawandel verursacht jährlich in Österreich 8,8 Mrd. Euro Schäden bis 2050.

Hitzeinseln durch Versiegelung

Zusätzlich verstärkt wird die Aufheizung der Städte (Urban-Heat-Island-Effekt) durch den hohen Versiegelungsgrad in Österreich. Der jährliche Bodenverbrauch in Österreich liegt bei einem europäischen Spitzenwert von 40 km² jährlich, 20 km² davon werden versiegelt. Das Ziel für 2030 liegt bei der Senkung auf 9 km² im Jahr. Dieser hohe Wert dient ebenso als Indikator für den hohen bestehenden Flächenbedarf.

Besonders in Städten steigt der Bedarf exponentiell und die verfügbare Fläche ist nicht mehr ausreichend. Grünflächen, essenzieller Lebensraum für Mensch und Tier, müssen daraufhin weichen und stellen einen umso wertvolleren Bestandteil unserer dichten Städte dar.

Die perfekten Kompensationsflächen bieten Dächer und Fassaden, welche es nun effizient zu nützen und zu begrünen gilt, um diesen Herausforderungen in urbanen Ballungsräumen wirksam begegnen zu können.

Grünes Dach

Das Begrünen von Bauwerken hat eine lange Tradition in verschiedenen Baukulturen weltweit. In modernen Gebäude- und Siedlungskonzepten nehmen Dach-, Fassaden- und Innenraumbegrünungen eine immer wichtiger werdende Rolle ein. Gestärkt von einem wachsenden öffentlichen Interesse, technologischen Weiterentwicklungen und etablierten Qualitätsstandards werden begrünte Bauwerke kontinuierlich ausgebaut. Dachbegrünungen werden abhängig von der Aufbauhöhe sowie der erforderlichen Nutzungsintensität grundsätzlich in extensive und intensive Begrünung unterteilt.

Extensive Dachbegrünungen setzen eine Mindestgesamtaufbauhöhe von 8 cm voraus und können mit diversen Sukkulenten wie Sedum, Gräsern, Kräutern sowie Moosen und Kleingehölzen begrünt werden und bieten bereits vielfältige Habitate für Flora und Fauna. Das extensive Gründach überzeugt außerdem mit niedrigem Wartungs- und Pflegeaufwand sowie Systemen mit geringem Investitionsaufwand, welche für etliche Dachkonstruktionen mit 0–35° Neigung geeignet sind.

Intensive Dachbegrünungen beginnen bei einer Aufbauhöhe von mind. 20 cm und können abhängig von der Gesamtaufbauhöhe mit Rasen, Stauden, Kleingehölzen, Sträuchern und sogar Bäumen begrünt werden und bieten daher vielfältigere Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten – bis hin zum öffentlichen Park oder privaten Dachgarten.

Die positiven Auswirkungen und Funktionen von Gründächern können mit zusätzlichen Ausstattungsaspekten ergänzt werden, um noch bessere Leistungen zu erzielen.

Mit Strukturelementen wie Wasserflächen und Totholz kann die Biodiversitätsförderung verstärkt werden, Solaranlagen bieten den effizienten Mehrfachnutzen der Energiegewinnung auf der Dachfläche.

Dachbegrünungen überzeugen mit positiven Wirkungen wie die Reduktion des Wärmeinseleffektes auf Dachhöhe von -1,5 °C, Niederschlagswasserspeicherkapazitäten von 65–90 % und einer Verdunstung von 45 % im Jahresdurchschnitt. Die BewohnerInnen von begrünten Gebäuden profitieren außerdem von der erhöhten Dämmwirkung, einer Lärmreduktion des Straßenlärms im Innenraum und einer erhöhten Aufenthaltsqualität auf intensiven Dächern durch die Reduktion der Oberflächentemperatur um bis zu 40 °C.

Lebende Wände

Ebenso verfügt der Fassadenbegrünungsmarkt über eine große Palette an Technologien für die Gestaltung der Gebäudehülle, welche abgestimmt auf die Wünsche und Begrünungsziele der AuftraggeberInnen und die Gegebenheiten der Fassade eingesetzt werden.

Die vertikalen Begrünungsmöglichkeiten reichen von bodengebundenen Begrünungen durch Kletterpflanzen mit oder ohne Rankhilfen bis zu Trogbegrünungen und fassadengebundenen Begrünungen in vorgehängt-hinterlüfteter Bauweise. Letztere lassen sich mit Stauden, Gräsern und Kräutern zur sofortigen Begrünung bepflanzen. Fassadenbegrünungen können sich nicht nur aufgrund ihrer optischen Erscheinung sehen lassen, auch die mikroklimatischen und biodiversitätsfördernden Leistungen in der Stadt sind sofort spürbar. An besonders heißen Tagen kann die umliegende Lufttemperatur um 5 °C gesenkt werden, was auf die Verdunstungskühlung der Vegetation zurückzuführen ist.

Im Straßenraum spielt ebenso die Reinigung der Luft und Filterwirkung von Schadstoffen wie CO₂ und Staub eine große Rolle. Hier schafft eine begrünte Wand mit Efeu eine CO₂-Bindung von 2,3 kg/m²a und kann in einer Vegetationsperiode 71 % aller lungengängiger Stoffe binden. Die „Grünen Vorhänge“ dienen zudem als effektive Schattenspender an heißen Sommertagen sowohl im Innen- als auch im Außenraum.

Kompetenzen bündeln

Impulse für eine nachhaltige, zukunftsorientierte und lebenswerte Entwicklung der Stadt und Gemeinde, besonders im Zeitalter des Klimawandels zu setzen, ist Aufgabe des durch das BMK initiierten und geförderten Innovationslabors für die grüne Stadt. GRÜNSTATTGRAU bietet daher eine Kooperation mit Partnerstädten an. Dabei wird die Bündelung der beiderseits verfügbaren Kompetenzen vereinbart, um Maßnahmen zur Klimawandelanpassung umzusetzen. Dies können spezifische Kooperationsvorhaben, Veranstaltungen, Projekte sowie weitere Zusammenarbeit sein, welche die Umsetzung von Bauwerksbegrünungen ermöglichen und vorantreiben.

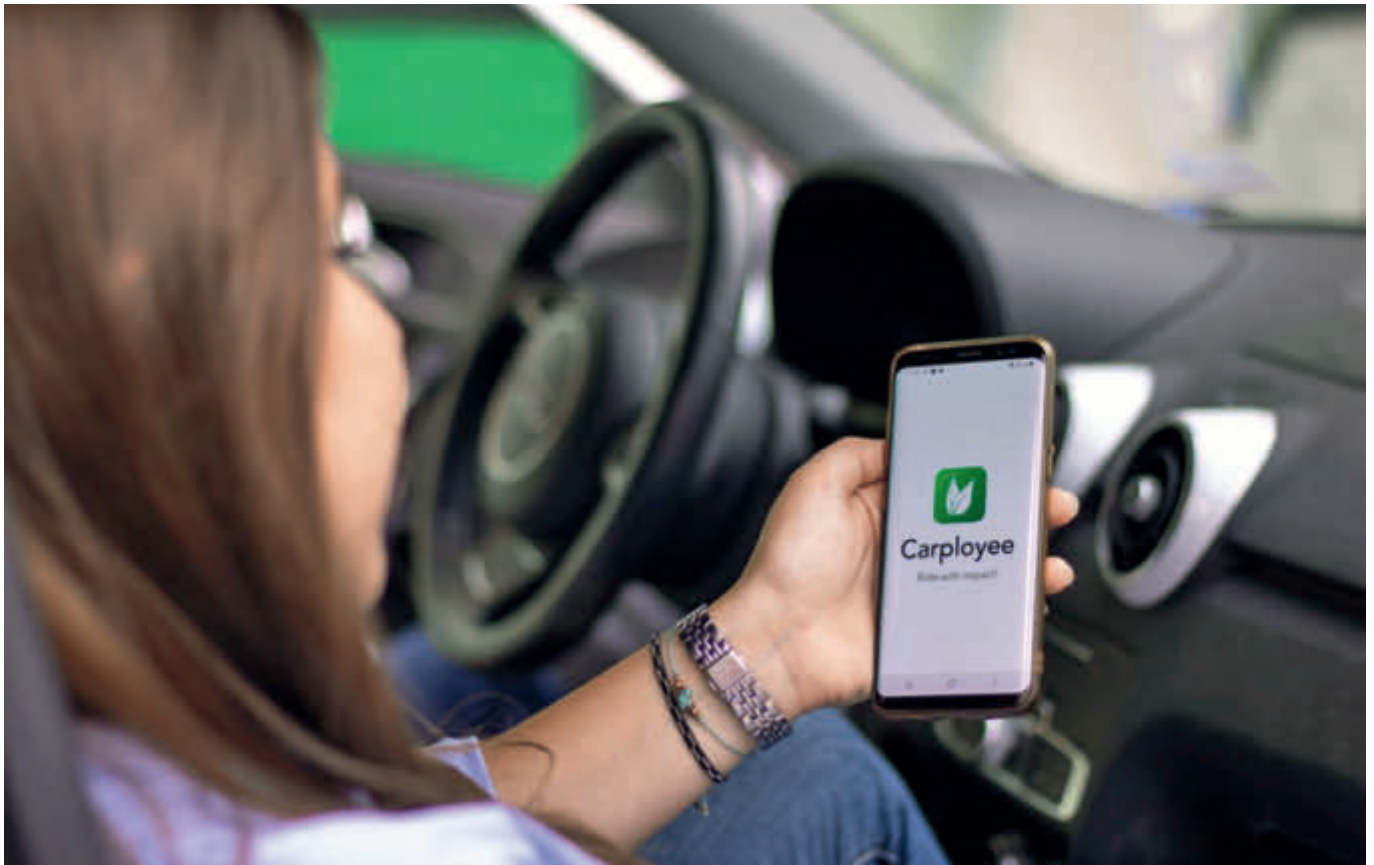
Im Rahmen der Kooperation sollen u. a. auch durch die Infrastrukturen des Innovationslabors (MUGLI, Online-Plattform, Verwertungsmöglichkeiten) die Aspekte der Open Innovation gewahrt und gelebt werden. Offene Informationszugänge und eine Einbindung der BürgerInnen der Region stärken die Bewusstseinsbildung und die Akzeptanz für Bauwerksbegrünungen.

Wenn Sie mehr über die Städtekooperation, die Begrünung von Gebäuden in Ihrer Stadt wissen möchten oder Ihre Gebäude einem Greening Check unterziehen möchten, besuchen Sie die Plattform und Kompetenzstelle für Bauwerksbegrünung in Österreich <https://gruenstattgrau.at/>.



Mobilitätswende

Im Zusammenspiel von Klimaschutz, Siedlungsentwicklung und Verkehr sind innovative Ideen gefragt. Hier einige Beispiele, die auch im Workshop präsentiert werden.



Carpooling

Verhaltensänderungen in Krisenzeiten und effizientere betriebliche Mobilität

Der abrupte Wechsel zum Homeoffice erzeugt einen Bruch von Gewohnheiten in der täglichen Mobilität. Dramatische Ereignisse und Einschnitte, wie wir sie seit März dieses Jahres erleben, sind zugleich Chancen für den positiven Mobilitätswandel. Die aktuellen Verhaltensänderungen können mit gezielten Maßnahmen große Schritte zur effizienten und umweltverträglichen Mobilität bewirken.

Mit dem Hintergrund, dass jeder zweite Weg von A nach B im unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeit steht, entsteht vor allem auch bei Unternehmen die Verantwortung, technische und soziale Mobilitäts-Innovationen zu fördern. Eine Strategie

zur Verknüpfung von ökologischen und sozialen Zielen besteht darin, weniger umweltschädliche Mobilitätsformen zu stärken und zu ermöglichen. Ein nicht neues, aber nach wie vor zielführendes Konzept zur effizienteren Mobilität ist Carpooling bzw. sind Fahrgemeinschaften. Es kann als „Ermöglicher“ fungieren und ein umweltverträglicheres Verkehrsverhalten erleichtern. In Kombination mit dem nach wie vor steigenden Digitalisierungsgrad ergeben sich Chancen, über digitale Tools die umweltfreundlichen Arbeitswege zu visualisieren und in wenigen Klicks zu planen. Ausschlaggebend für die Nutzung dieser Tools sind intrinsische und extrinsische Motivations-

faktoren. Einerseits ist es die Aufmerksamkeitserzeugung für die Auswirkungen der Mobilitätsform: Beispiele sind Einsparungen von CO₂ und Kosten. Andererseits sind es Benefits für die Nutzung dieser nachhaltigen Transportformen, wie z. B. vergünstigte ÖPNV-Tickets.

Den technologischen Fortschritt und aktuelle Vorkommnisse müssen wir uns für die Mobilitätswende zunutze machen, um Verhaltensänderung zu bewirken.

Der Beitrag im Rahmen des 70. Städtetags wird das Zusammenspiel von täglicher Mobilität am Arbeitsweg mit der „Future of Work“ thematisieren und Möglichkeiten zur verstärkten Effizienz beleuchten.



Mikro-ÖV

Ein Teil von Mobility as a Service im Stadtumland

Der Großteil aller Wege wird mit dem Pkw absolviert und ist kürzer als zehn Kilometer. Personen ohne eigenen Pkw sind auf alternative Mobilitätsformen angewiesen.

Im Stadtumland besteht oftmals eine Unterversorgung an öffentlichem Verkehr (ÖV) und es fehlt an einem flexiblen Mobilitätsangebot für die „erste & letzte Meile“. Mikro-ÖV schließt als Teil von Mobility as a Service (MaaS) – ergänzend zu bestehenden ÖV-Angeboten – Versorgungslücken und gewährleistet flächendeckende Mobilität.

Mikro-ÖV-Lösungen fahren flexibel, nur bei Bedarf und beheben die Unterversorgung an ÖV-Angeboten dahingehend, dass einerseits der Anschluss an den bestehenden ÖV ermöglicht und nachhaltig gestärkt und

andererseits ein Mobilitätsangebot für mit ÖV unterversorgte Regionen geschaffen wird.

Für den Erfolg von Mikro-ÖV-Angeboten ist die Integration in den ÖV unabdingbar. Ganz im Sinne des MaaS-Gedanken muss den NutzerInnen ein auf die jeweiligen Anforderungen optimal abgestimmtes Transportmittel (Bus, Bahn, Mikro-ÖV) angeboten werden, um so die Notwendigkeit eines eigenen Pkw in Frage zu stellen – ganz im Sinne aller verkehrs- und umweltpolitischen Strategien!

Als bereits erfolgreich umgesetztes Mikro-ÖV-System, welches Teil von MaaS im Stadtumland ist, kann die On-Demand-Mobilitätslösung von ISTmobil genannt werden. Über die eigens entwickelte Soft-

ware ISTdis® werden die Fahrten nach ökonomischen und ökologischen Kriterien intelligent vermittelt und gebündelt. ISTmobil ist Teil des ÖV, da bei jeder Fahrtanfrage der bestehende ÖV automatisiert in Echtzeit berücksichtigt wird. Dies erfolgt mittels Import und Abgleich aller vorhandenen Fahrplandaten (Verkehrsauskunft Österreich). Der Fahrgast bekommt eine multimodale Auskunft über die gesamte Wegstrecke inkl. möglicher Umstiege auf den ÖV. Je nach möglicher Fahrtvariante vermittelt ISTmobil direkt den ÖV, ISTmobil als Zubringer-Verbindung zum/vom ÖV oder eine Direktfahrt mit ISTmobil. Somit wird der ÖV nicht konkurrenziert, sondern nachhaltig gestärkt – ISTmobil: Ein „MaaS(t) have“ für ALLE!

© Foto: Joel Kernsenko

PROFESSIONELLE SECURITY & FACILITY SERVICES				
Bewachungsdienstleistung	Gebäudereinigung	Sicherheitstechnik	Zeiterfassung & Zutritt	Versicherungsservice



Shared Mobility im Wohnbau

In den letzten Jahren halten verstärkt ergänzende Mobilitätslösungen Einzug in Planung und Errichtung neuer Wohnhausanlagen und Stadtquartiere.

Der Betrieb eines emissionsarmen Fahrzeugpools schafft einen besonderen Mehrwert für eine Immobilie. Mobility Points, wie sie das Unternehmen MO.Point Mobilitätsservices GmbH plant, errichtet und betreibt, können zur Reduktion von Pkw-Stellplätzen und damit zur Senkung von Baukosten beitragen. Private und gewerbliche AnrainerInnen profitieren von einem leicht zugänglichen, vielfältigen und leistbaren Mobilitätsangebot aus einer Hand, direkt vor der Haustür, wo der Großteil der täglichen Wege startet und endet. Für Städte und Kommunen bringen Mobility Points den Vorteil eines ergänzenden Mobilitätsangebots, das den öffentlichen Verkehr vor Ort und im Stadtquartier bzw. in der Ortschaft optimal ergänzt.

Welche Mobilitätsangebote sich letztendlich durchsetzen, entscheiden die KonsumentInnen.

Doch Städte, politische EntscheidungsträgerInnen, Stadt- und VerkehrsplanerInnen sowie ProjektentwicklerInnen und Wohnbauträger haben die moralische Verantwortung, das Mobilitätsverhalten nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Dabei können Wohnbauträger durch die Verlagerung der für die Stellplatzerrichtung eingesetzten Mittel hin zur Förderung von ergänzenden Mobilitätsangeboten beitragen.

Aber auch jede Kommune muss das ihre beitragen, um den öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten und den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖV und ergänzende

Mobilität zu fördern. Dies alles erfordert vor allem ein Umdenken: weg vom Stellplatz, hin zur Mobilitätsversorgung.

Shared-Mobility-Angebote in (Wohn-)Bauvorhaben und Quartieren erfordern die richtigen Standortvoraussetzungen (BewohnerInnenstruktur, Dichte), rechtliche Rahmenbedingungen, die die Finanzierung (förderbar im Rahmen der Wohnbauförderung) gewährleisten, frühzeitige Kommunikation an die zukünftigen NutzerInnen und infrastruktureitige Unterstützung durch die Bauträger.

Die Reduzierung der Autonutzung und der Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen erscheint angesichts der aktuellen Klimakrise und der knappen Haushaltsbudgets unverzichtbar. 

Mit Nudging zur nachhaltigen Mobilität

Was dem Esel die Karotte, ist Nudging dem Individualverkehr.

Zur Änderung des Mobilitätsverhaltens kann man gezwungen werden, man kann aber auch geschickt dahin gelockt werden.



Nudging heißt das Schlagwort aus der Verhaltensökonomie und ist das Geheimnis erfolgreicher Sharing-Mobility-Konzepte. Dabei gilt es, das Zusammenwirken bestehender Netzwerke zu erreichen. Über die ummadum-App wird nachhaltige Mobilität belohnt. Wer gemeinsam statt einsam mit dem Auto fährt, die Öffis nutzt oder mit dem Fahrrad oder zu Fuß pendelt, erhält dafür ummadum-Punkte die bei ummadum-HandelspartnerInnen eingelöst werden können. Ein Punkt entspricht einem Cent und ist somit bares Geld wert.

Von der Region in die Region

Die Punkte werden von Gemeinden und Unternehmen an BürgerInnen und MitarbeiterInnen ausgegeben und für nachhaltige Mobilität eingesetzt. Danach kann derselbe Punkt im regionalen Handel – vom Bauernladen über Kultureinrichtungen bis hin zum

Supermarkt – eingelöst werden. Ummadum-Punkte belohnen also nicht nur nachhaltige Mobilität, sondern sind doppelt wertvoll und leisten darüber hinaus einen direkten Beitrag zur Stärkung regionaler Handelsstrukturen. Von der Region in die Region.

Es würde genügen, einen Teil des Verkehrsbudgets in smartes Nudging umzuleiten. Das Modell ist bereits im Echtbetrieb und die bisherige Bilanz spricht für sich. Bereits mehr als 60 Unternehmens- und GemeindeparkpartnerInnen und über 400 Einlösestellen zählt das ummadum-Netzwerk allein in Tirol. Ziel ist es, im nächsten Jahr auch im Rest Österreichs Fuß zu fassen und dort die Mobilitätswende zu gestalten. Am Ende würde es genügen, einen Teil der Verkehrsbudgets in smartes Nudging umzuleiten. Dieses Geld kommt direkt bei der Zielgruppe an und diese wird es durch ihr Verhalten danken. 



villach.live.digital

Die Corona-Pandemie – 300 Tage kommunales Krisenmanagement
in unseren Städten und Gemeinden – Erfahrungen und Handlungsnotwendigkeiten

Johannes Schmid, Österreichischer Städtebund

Durch die Corona-Pandemie und die als Reaktion darauf erlassenen Gesetze, Verordnungen und Empfehlungen seitens des Bundes sowie der Länder wurden Städte und Gemeinden im Frühjahr 2020 mit einer Situation konfrontiert, die wir so bis dahin noch nie erlebt hatten. Jede Stadt und jede Gemeinde musste sich hierbei individuell auf diese Situation und die dadurch entstandenen Herausforderungen einstellen.

Österreichs Städte und Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Coronakrise. Sie gewährleisteten für die unverzichtbar arbeitenden Eltern die Kinderbetreuung, unterstützen bei der Pflege Älterer und sichern die sogenannte kritische Infrastruktur, etwa die Wasservers- und Abfallentsorgung sowie die Daseinsvorsorge der BürgerInnen.

Die Coronakrise verursacht tiefe Einschnitte im Alltag der Menschen. Bund und Länder reagierten mit zahlreichen neuen Gesetzen, Verordnungen und Empfehlungen. Die sofort wirksamen Hilfsmaßnahmen setzten allerdings die Städte und Gemeinden: Innerhalb kürzester Zeit musste die Kinderbetreuung neu organisiert werden, damit insbesondere Eltern aus systemkriti-

schen Berufen ihren Aufgaben weiter nachkommen können. Vielerorts wurden Freiwillige durch die Gemeinden koordiniert, die etwa Einkaufshilfen für ältere Personen organisieren. Gleichzeitig sichern die Gemeinden und Gemeindeverbände die kritische Infrastruktur, etwa die Wasserversorgung oder die Müllentsorgung, mancherorts auch die Energie- und Wärmeversorgung oder die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs.

Zugleich tragen Städte und Gemeinden das Steuerstundungspaket des Bundes für die Wirtschaft mit rund 190 Millionen Euro mit und helfen, soweit möglich, lokalen Betrieben mit Mietstundungen und anderen Maßnahmen. Zugleich sind sie aber mehr als andere Gebietskörperschaften mit drohenden Einnahmenausfällen konfrontiert. Viele Städte und Gemeinden stießen im Zuge der Krisenbewältigung an ihre finanziellen Grenzen. Während der Bedarf an Unterstützungsleistung zunimmt und die Ausgaben für das Sozial- sowie Gesundheitswesen steigen, brechen den Gemeinden auf der anderen Seite die Einnahmen aus der Kommunalsteuer weg.

In dieser für sämtliche handelnden Personen herausfordernden Situation möchte der

Österreichische Städtebund ansetzen. Im Zuge dieses Workshops wird gemeinsam auf die Anfänge sowie auf die Entwicklungen im Laufe der Pandemie zurückgeblickt und auf den aktuellen Status quo eingegangen.

- Was funktionierte?
- Wo und durch wen wurde Außergewöhnliches im Sinne der Allgemeinheit geleistet?
- Wo gibt es Verbesserungsbedarf und wo scheiterte das staatliche Krisenmanagement?
- Welche Erfahrungen machten Städte und Gemeinden in der Krise, und was kann man aus diesen Erfahrungen für kommende Krisen sowie auch für den laufenden Betrieb einer Stadt oder Gemeinde lernen?

Für Fragen steht Ihnen gerne Johannes Schmid (Tel. 01/4000 89982, johannes.schmid@staedtebund.gv.at) zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Ihre persönliche oder virtuelle Beteiligung. Weiters wird es möglich sein, vor und während der Veranstaltung – auch virtuell – Fragen an die TeilnehmerInnen zu richten.



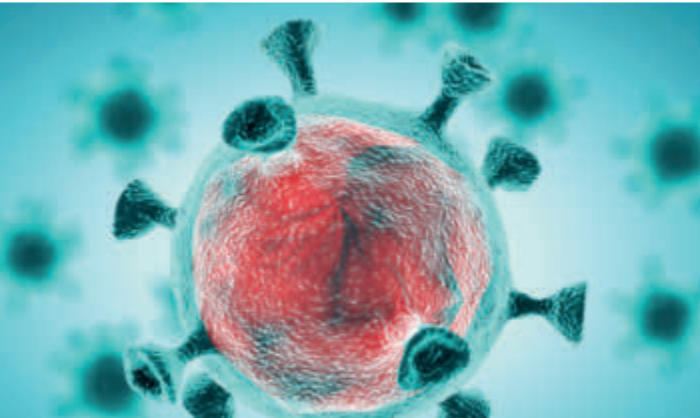
MEHR SPAREN KÖNNEN WIR UNS NICHT LEISTEN.

Gemeinden stärken - Daseinsvorsorge für alle sichern.

Weil's für uns ums Ganze geht.

younion
Die Daseinsgewerkschaft

Uns alle hat die Coronakrise schwer getroffen. Aber es ist auch klar geworden, wie systemrelevant die Arbeit unserer KollegInnen bei den Gemeindebediensteten, in Kunst, Medien, Sport und freien Berufen ist. Die Folgen der Krise dürfen nicht zu Lasten der kritischen Infrastruktur gehen, denn mehr Sparen können wir uns nicht leisten. Weil's für uns alle ums Ganze geht. Das gesamte Forderungspaket: www.younion.at



Beim Stadt Wien Podcast standen die Auswirkungen der Corona-Krise und die Wien-Wahl 2020 bereits im Fokus der Betrachtung.



Spannender Podcast

Die Stadt Wien kann sich hören lassen: Ihr Podcast bietet gut recherierte Informationen für die WienerInnen.

► Das Format Podcast boomt. Auch die Stadt Wien nutzt diese digitale Möglichkeit, um interessante Information zu bieten. Die erste Staffel des Stadt Wien Podcast beleuchtete die Auswirkungen der Corona-Krise auf die WienerInnen. In Staffel 2 ging es um die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl. „Stimmen aus ganz Wien kommen zu Wort – zu Politik, Gesellschaft und allen wichtigen Themen, welche die Stadt bewegen. Dabei sprechen Expertinnen und Experten, aber auch Wienerinnen und Wiener kommen ungefiltert zu Wort“, lautet die Beschreibung zum Podcast. Der Podcast soll breit aufgestellt werden und möglichst viele Themen abdecken. ◀

Infos

wien.gv.at/podcast



Aktuell informiert

► Das Rathaus ist der Sitz der Wiener Stadtpolitik und Stadtverwaltung und die Rathauskorrespondenz berichtet davon, was dort passiert. Als neuen Service gibt's den „MEIN WIEN heute“-Newsletter. Er bietet einen tagesaktuellen Überblick über die wichtigsten Neuigkeiten aus der Stadt. Und das von Montag bis Freitag kostenlos zum Frühstück per E-Mail. Im Fokus stehen dabei Meldungen zu den Themen Politik, Wirtschaft, Bildung, Wohnen, Umwelt und Nachhaltigkeit, Verkehr und Mobilität, Kultur und Freizeit. Diese sind prägnant und anschaulich formuliert. Außerdem gibt es eine Terminvorschau, Event-Tipps und den „Blick über den Tellerrand“, wo die Rathauskorrespondenz Themen aufzeigt, die andere Großstädte in Europa und auf der Welt bewegen. ◀

Infos

wien.gv.at/meinwienheute



Die Stadt Wien-App liefert Echtzeitinfos z. B. zu Abfahrtszeiten oder auch Störungen der Öffis.

Ferdinand Pay, Fachbereichsleiter für Stadtreaktion und Newsroom im Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (4. v. r.), und sein engagiertes Team.



Stadt Wien

Infos

wien.gv.at/app

Praktisch immer dabei

► Schnell und einfach: Die Stadt Wien-App informiert zeitgerecht über die wichtigsten Angebote der Stadt am Smartphone. Eine beliebte Funktion ist der Stadtplan, der auch Kurzparkzonen oder WC-Anlagen anzeigt. Die App nutzt den smarten WienBot. Er kann über 1.000 Fragen beantworten: zum Beispiel auch zur Gratis-Grippe-Impfung. Auch Echtzeitinformationen stehen zur Verfügung: z. B. zu den Abfahrtszeiten der Öffis und zu Wetterwarnungen. Jetzt die Stadt Wien-App kostenlos herunterladen. ◀



Antikorrptionskultur

Beim Vergleich der Korruptionspräventionssysteme in den Städten Graz, Innsbruck und Salzburg liegt Innsbruck vorne. Was machen die InnsbruckerInnen anders?

Carina Wallnöfer-Meisinger und Margit Bock, Compliance-Beauftragte Stadt Innsbruck

Der Rechnungshof hat von November 2018 bis Februar 2019 die Korruptionspräventionssysteme in den Magistraten der Städte Graz, Innsbruck und Salzburg überprüft, wobei der Schwerpunkt die Beurteilung der Antikorrptionskultur, Strategie und Ziele, Risikoanalyse, Programme zur Korruptionsprävention, Verantwortlichkeiten in der Organisation, Kommunikation sowie Überwachung und Verbesserung war.

Das Ergebnis liegt nunmehr vor und der Rechnungshof hat festgestellt, dass die Antikorrptionskultur im Drei-Städte-Vergleich in Innsbruck am stärksten ausgeprägt war. Dies darf zum Anlass genommen

werden, das Compliance-System der Stadtgemeinde Innsbruck unter Berücksichtigung der Beurteilung des Rechnungshofes darzustellen.

Fest verankert

Positiv bewertete der Rechnungshof die organisatorische Verankerung des Korruptionspräventionssystems. In Innsbruck liegt die Verantwortlichkeit für Korruptionsprävention beim Magistratsdirektor und dieser legt im Rahmen der allgemeinen Dienstpflichten die maßgeblichen rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Compliance-Richtlinie vor und regelt deren Vollzug. Mittels Rundschreiben (gemäß der Magistrats-

geschäftsordnung eine Weisung) wurde die Compliance-Richtlinie vom Magistratsdirektor verfügt und ist daher für alle MitarbeiterInnen des Magistrats verbindlich. Die Implementierung der Compliance-Beauftragten wurde vom Rechnungshof als Best Practice für umfassende Beratung, Schulung und Information im Sinne eines strukturierten Korruptionspräventionssystems beurteilt. Dieses System wurde in Innsbruck federführend vom damaligen Magistratsdirektor Bernhard Holas entwickelt.

Starke Präsenz

Als wesentlich erachtete der Rechnungshof u. a. auch die umfassende Präsenz im Hin-

blick auf Kommunikation und Information zur Korruptionsprävention im Inter- und Intranet. Dieser Präsenz ist es zu verdanken, dass – wie der Rechnungshof ausführt – die Wahrnehmung, dass die Regeln für alle Hierarchieebenen gleich gelten, in Innsbruck im Städtevergleich am ausgeprägtesten ist. Aus Sicht des Rechnungshofs hat die Stadt Innsbruck den Bediensteten korruptionsrelevante Informationen ausreichend zur Verfügung gestellt. Die Wichtigkeit der Selbstverpflichtung jeder Mitarbeiterin, jedes Mitarbeiters wird auch durch den Umstand deutlich, dass bereits beim Eintritt in den Dienst des Magistrates alle Bediensteten die Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Compliance-Richtlinie unterfertigen müssen.

Praktische Meldung

Auch die regelmäßige proaktive vierteljährliche Überprüfung und bedarfsweise Erweiterung und Anpassung der Module der Compliance-Richtlinie wurde vom

Rechnungshof als umfassend und zweckmäßig zur Weiterentwicklung des Korruptionspräventionssystems beurteilt. Durch das Modulsystem ist eine zeitnahe Einarbeitung von gesetzlichen Änderungen möglich und kann durch dieses System fallbezogen effizient und rasch reagiert werden. Der Umstand, dass die Compliance-Richtlinie auch das Thema „öffentliche Aufträge“ berücksichtigt (eigenes Modul für den Umgang mit öffentlichen Aufträgen), wurde vom Rechnungshof positiv bewertet. Er anerkannte im Speziellen auch die zentrale Anlaufstelle mit eigenen Ansprechpersonen (Compliance-Beauftragten) für Meldungen von Verdachtsfällen sowie für Anfragen. Meldungen können schriftlich (eigene Antikorruptions-Mailbox), telefonisch oder persönlich erfolgen. Die Einrichtung von eigenen Meldestellen, die durch eine Antikorruptions-Hotline bzw. eine Antikorruptions-Mailbox unterstützt werden, gewährleisten aus Sicht des Rechnungshofs ein einheitliches Vorgehen bei der Wei-

terverfolgung von Hinweisen auf Missstände oder wahrgenommenen Regelverstößen. Die Geschäftsordnung der Compliance-Richtlinie regelt die Vorgangsweise bei Meldungen. Die digitale Erfassung von Anfragen und Meldungen wird als gutes Beispiel für Transparenz erwähnt. Zu den Aufgaben der Compliance-Beauftragten gehören u. a. regelmäßige Schulungen im gesamten Magistrat, wobei diese bewusstseinsbildenden Maßnahmen und auch deren Dokumentation vom Rechnungshof positiv im Hinblick auf Korruptionsprävention beurteilt wurden.

Fazit

Auch wenn Maßnahmen zur Korruptionsprävention ein dauernder Prozess sind und der Rechnungshof neben der positiven Bewertung auch den einen oder anderen Verbesserungsbedarf aufgezeigt hat, ist die Beurteilung durch den Rechnungshof insgesamt eine Bestätigung, auf dem richtigen Weg zu sein. 

Bezahlte Anzeige

HYDRAC - der Winter kann kommen!

Wenn harte Einsätze zum leichten Spiel und schwierige Bedingungen zur willkommenen Abwechslung werden, liegt's wohl am richtigen Gerät.
HYDRAC - Anbaugeräte für Anpacker!

► Die Schaffung von Kundennutzen liegt einfach in der Unternehmens - DNA der HYDRAC Kommunal- & Landtechnik und das in Made in Upper Austria. Der Höhepunkt ist mit dem patentiertem Schneepflugsystem ParaTec gelungen. Aufgrund der Einzelscharaufhängung kommt es zu einer extrem verbesserten Leistungsfähigkeit beim Schneeräumeinsatz sowie zu einem fließenden perfekt abgestimmten Ausklink-

verhalten in einem Gerät. Auch bei härtesten Einsätzen besticht die PT-Serie durch sein ausgeklügeltes Ausklinkverhalten. Parabolische Führungsbahnen der Einzelscharren ermöglichen Hindernisse bis zu 200 mm einfach zu überwinden und schützen so den Fahrer, das Gerät und auch die Straße. Hingegen ist die obere Schareinheit fix und garantiert somit das optimale Räumverhalten im harten Einsatz. Der Schlüssel



zum Erfolg liegt in der Variantenvielfalt und Flexibilität für unsere Kunden. 



ANBAUGERÄTE FÜR ANPACKER



BÜSCHUNGSMÄHER
von 3,2 bis 8 m Auslegerweite



SCHNEEPFLÜGE
von 1,3 bis 4,2 m Baubreite

STREUGERÄTE
von 0,2 bis 2,1 m³ Inhalt
von 1,5 bis 8 m Streubreite



HYDRAC Pühringer GmbH & Co KG
tel: +43-7259-6000-0 • office@hydrac.com

www.hydrac.com

Post-Corona

Düstere Prognosen für südosteuropäische Städte und Gemeinden

Alexandra Schantl, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Bis 2022 könnten südosteuropäische Städte und Gemeinden bis zu 30 Prozent ihrer Einnahmen verlieren, wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie von KDZ und NALAS, dem Dachverband der südosteuropäischen Städte- und Gemeindeverbände. Gezeigt hat sich aber auch, dass viele Kommunen durch schnelles und unbürokratisches Agieren, akute Notsituationen abfedern konnten.

Die Coronakrise ist nicht bloß für österreichische Städte und Gemeinden sehr herausfordernd, auch die Kommunen in Südosteuropa¹ wurden massiv von der COVID-19-Pandemie getroffen und suchen nach Auswegen aus der Krise. Zwar variiert das Ausmaß der Betroffenheit innerhalb Südosteuropas und zwischen den einzelnen Ländern erheblich, und Städte und Gemeinden mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen sind vergleichsweise stärker betroffen.

Eines hat die Umfrage aber deutlich gezeigt: Der finanzielle Druck auf die Kommunen ist so groß wie nie. 87 Prozent der befragten Kommunen und Kommunalverbände nannten fehlende bzw. unzureichende finanzielle Mittel als die weitaus größte Herausforderung zur Bewältigung der Krise, und dies unabhängig von Gemeindegröße oder EU-Mitgliedschaft. Hinzu kamen für mehr als die Hälfte der Befragten fehlende rechtliche Kompetenzen auf Gemeindeebene, unklare und inkohärente Regelungen für die Zusammenarbeit mit höheren Regierungsebenen sowie der Mangel an personellen und technischen Ressourcen, um angemessen auf diese Krise reagieren zu können.

Aktuell und mittelfristig geht es nun darum, das öffentliche und wirtschaftliche Leben vor Ort wieder in Schwung zu bringen. Maßnahmen für die lokale Wirtschaftsentwicklung und Unterstützungsleistungen für GemeindebürgerInnen mit Fokus auf besonders vulnerable Gruppen wurde von 75 Pro-

zent der befragten Städte und Gemeinden als Prioritäten genannt. Und dies wird sich nach Angaben der Befragten auch mittelfristig nicht ändern. Die mit Abstand höchsten Ausgaben im zweiten Halbjahr 2020 und im ersten Halbjahr 2021 werden für den Wirtschafts- und Sozialbereich erwartet, gefolgt von Ausgaben im Gesundheitsbereich. Aber auch im Schulbereich (Stichwort: Digitalisierung) und in der Kinderbetreuung rechnen viele Städte und Gemeinden mit stark erhöhten Ausgaben. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die Ausgabenprioritäten von den jeweiligen Gemeindekompetenzen abhängen. Städte und Gemeinden in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Moldau, in Rumänien und Slowenien, die vergleichsweise mehr Zuständigkeiten im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen haben, erwarten einen stärkeren Anstieg der Ausgaben für eben diese Sektoren.

Zentrale Herausforderungen der Kommunen in Südosteuropa bis inklusive 2021

Key challenges faced by LGs in SEE



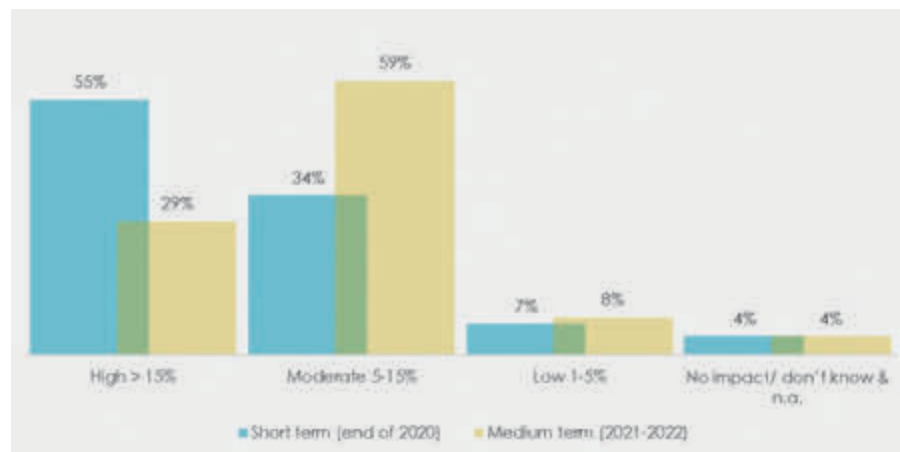
Fehlende Finanzmittel stellen heuer die größte Herausforderung für südosteuropäische Kommunen dar. Ausgabenprioritäten für 2021 betreffen weiterhin Unterstützungsmaßnahmen für Wirtschaft und Bevölkerung.

Finanzielle Lage der Gemeinden bleibt prekär

Für das Jahr 2020 befürchtet mehr als die Hälfte der befragten Kommunen einen Einbruch von mehr als 15 Prozent bei den eigenen Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr. Etwas mehr als ein Drittel rechnet mit einem jährlichen Rückgang von immerhin 5 bis 15 Prozent. Letzteres wird von der überwiegenden Mehrheit der Kommunen auch für die Jahre 2021–2022 prognostiziert. Städte über 100.000 EinwohnerInnen zeichnen ein pessimistischeres Bild. Mehr als 40 Prozent rechnen für denselben Zeitraum mit Einbußen von sogar mehr als 15 Prozent.

Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen könnten die südosteuropäischen Städte und Gemeinden bis 2022 Gefahr laufen, bis zu 30 Prozent ihrer Einnahmen gegenüber dem Jahr 2019 zu verlieren. Dies entspräche

Kurz- und mittelfristige Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gemeindefinanzen



Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen in Südosteuropa befürchten für heuer einen Rückgang bei den Einnahmen um mehr als 15 Prozent im Vergleich zu 2019.

che einem geschätzten Gesamtverlust von 17 Milliarden Euro und würde bedeuten, dass die südosteuropäischen Kommunen sogar unter das Einnahmeniveau von 2008, dem Jahr des Ausbruches der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, zurückfallen könnten. Somit würden alle Erfolge von Gemeindefinanzreformen, die in den letzten zehn Jahren in Südosteuropa durchgeführt wurden, aufs Spiel gesetzt werden.

Nachhaltige Lösungen sind gefragt

Wie mit einer Lupe hat die Coronakrise auch in Südosteuropa systemische Schwächen und die Anfälligkeiten von Gesellschaften gegenüber akut auftretenden Verwerfungen aufgezeigt. Gut geplante und zielgerichtete Politiken mit Maßnahmen, die sich an den territorialen Bedarfen und Herausforderungen orientieren, sind nun erforderlich, um sowohl diese Krise bestmöglich zu überwinden als auch Resilienz zu gewährleisten. Die südosteuropäischen Städte und Gemeinden nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein, allerdings benötigen sie dafür die entsprechende Unterstützung von höheren Regierungsebenen. Hier erwarten sich die befragten südosteuropäischen Kommunen nicht bloß zusätzliche Finanzmittel, um die durch die Krise verursachten Mehrausgaben kompensieren zu können, sondern mittel- und langfristig auch höhere Transfers und mehr finanzielle Selbstbestimmung, etwa bei Steuern oder Kredit-

aufnahmen. Eine weitere zentrale Forderung ist die verbesserte Zusammenarbeit und Koordination mit höheren Regierungsebenen. So wurde nur ein Drittel der Kommunen und Kommunalverbände in die Erarbeitung nationaler Wiederaufbaustrategien einbezogen. Angesichts der multidimensionalen Komplexität der Corona-Auswirkungen ist ein funktionierendes Zusammenspiel der zentralen AkteurInnen, sowohl intergouvernemental als auch unter Einbeziehung des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft, allerdings notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Krisenbewältigung. Besondere Bedeutung kommt hier den südosteuropäischen Kommunalverbänden zu. Von Beginn an fungierten sie nicht bloß als Schnittstelle zwischen den nationalen Regierungen und den Kommunen, sondern erleichterten auch maßgeblich den Austausch von Informationen, bewährten Praktiken und Erfahrungen auf lokaler Ebene.

Das Positive mitnehmen

Die Umfrage hat aber auch gezeigt, dass in vielen südosteuropäischen Städten und Gemeinden durch spontane Initiativen und ehrenamtliches Engagement – vor allem am Höhepunkt der Krise – sowie durch unbürokratisches und schnelles Handeln seitens der Kommunalverwaltungen nicht nur unmittelbar geholfen werden konnte, sondern auch mittelfristig Unternehmen und BürgerInnen bei der Bewältigung der Krise

unterstützt werden. Insgesamt stellt die Studie 79 ausgewählte Maßnahmen südosteuropäischer Kommunen vor. Diese reichen unter anderem von Steuererleichterungen oder der Aussetzung von Gebühren über die Bereitstellung von medizinischer Schutzkleidung, psychologischer Krisenberatung oder digitalen Endgeräten für Kinder und Jugendliche bis hin zur Etablierung kommunaler Krisenmanagements. So rief beispielsweise die moldawische Stadt Straseni dazu auf, einen Arbeitstag zu spenden, um die Versorgung der Gesundheitseinrichtungen mit Schutzausrüstung zu unterstützen und ging mit gutem Beispiel voran: 316 städtische MitarbeiterInnen verzichteten auf ein Tagesgehalt.

Zu guter Letzt und bei allen Verwerfungen und Unsicherheiten für die Zukunft hat die Krise unerwartet Positives hervorgebracht. Lokale Solidarität und Nachbarschaftshilfe für Mitmenschen, die besonders gefährdet sind oder hart von der Krise getroffen wurden, die rasche Umstellung auf digitale Lösungen, sowohl innerhalb der südosteuropäischen Kommunalverwaltungen als auch in vielen anderen Lebensbereichen, und schließlich auch der verstärkte Trend zu regionalen und lokalen Produkten und Dienstleistungen sind hier zu nennen. Diese Erkenntnisse gilt es zu nutzen und politisch auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu verankern, so eine der Empfehlungen der Studie.



¹ Südosteuropa umfasst die Länder Albanien, Bosnien & Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Rumänien, Serbien, Slowenien und die Türkei.

WITH FUNDING FROM
AUSTRIAN
DEVELOPMENT
COOPERATION



Die Studie wurde im Rahmen des BACID-Programmes von der ADA unterstützt.

Download unter:
www.kdz.eu/de/content/see-local-governments-post-covid-19-socio-economic-recovery

Kommunale PionIERinnen

Politik, Schule und Schikurs – Ausnahmefrau Alice Brandl

Alexandra Schmidt, Stadt Salzburg

Das Streben nach stetiger Verbesserung dürfte Alice Brandl im Blut gelegen sein. Noch im Alter von 51 Jahren absolvierte sie einen Anfängerschikurs, um den neuesten sportlichen Trend an ihre Schülerinnen weitergeben zu können. Bereits 1919 war sie als eine der ersten weiblichen Politikerinnen für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Salzburger Gemeinderat eingezogen. Bis zu dessen Aufhebung durch die autoritäre Verfassung von 1934 war sie die am längsten amtierende Salzburger Gemeinderätin der Ersten Republik.

Alexia Ludovika (Alice) Brandl wurde 1879 in Salzburg geboren und erwarb sowohl die Lehrbefähigung für Volksschulen als auch



Schulrätin Alice Brandl war Mitglied des Salzburger Gemeinderats.

für Bürgerschulen. Sie unterrichtete als Lehrerin an mehreren Schulen und war später Direktorin einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule in der Stadt Salzburg. Als Politikerin brachte sie ihr fachliches Wissen als Expertin ein und wusste, wie ein Publikum überzeugt werden kann. Von Anfang an verfügte sie über mehrere Kompetenzen. Schon im ersten Jahr war sie z. B. im Ausschuss „Unterricht, Kindergärten, Volksbildung, Museum“ als Obmann-Stellvertreterin tätig. Die Themen, für die sie sich engagierte, hingen eng mit ihrem Beruf als Lehrerin zusammen. Darunter fielen etwa die Einrichtung eines Horts für Schulkinder, die Beschaffung von Lehrmitteln und Handarbeitsmaterialien oder die Unterstützung von Kindern mittelloser Eltern.

Sie wagte aber auch den Blick und Schritte weit über die Salzburger Grenzen hinaus. Im August 1924 ließ sie sich beurlauben, um einen Lehrgang für Gesundheitswesen mit Schwerpunkt Jugend am Teacher's College der Columbia University in New York zu besuchen. Nach einem viermonatigen Kurs über Möglichkeiten, besonders die Jugend zu Gesundheitsbewusstsein zu erziehen, bereisten die Teilnehmer*innen Musterfürsorgestellen der Vereinigten Staaten. Alice Brandl war besonders von der „intensiven Zusammenarbeit zwischen Arzt, Lehrer, Fürsorgerin, Eltern und Kind“ beeindruckt. Nach ihrer Rückkehr wurde „ihre“ Schule zur Versuchsschule erklärt, an der die aus Amerika mitgebrachten Methoden umgesetzt werden sollten. Das umfangreiche Programm umfasste unter anderem regelmäßige ärztliche Untersuchungen der Schülerinnen, das Ausfüllen von Gesundheits-

bögen vom Jugendrotkreuz, die Erziehung zur Reinlichkeit und damit verbunden den ein Mal im Monat unentgeltlichen Besuch des Brausebads Andrä. Zudem wurden seither Turn- und Spielkurse für Lehrerinnen und Lehrer angeboten. Auch die Einführung der Schulmilch in Salzburg, wie wir sie heute kennen, geht auf die Initiative Alice Brandls zurück: Entkeimte Alpenmilch aus Kuchl wurde täglich in ihrer Schule ausgegeben. Diesem Beispiel schlossen sich rasch viele Schulen an.

Laut Schulchronik veranlasste Direktorin Brandl auch die Einrichtung einer Schulküche, die Einführung eines Koch- und Haushaltsunterrichts sowie eines Säuglingspflegekurses. Überhaupt lag ihr die Jugendfürsorge besonders am Herzen. Der Absiedlung des „Schulhygienischen Instituts“ mit Arztzimmer und Zahnklinik für die Stadtschulen sowie einer angeschlossenen Mutter-Beratungsstelle trat sie dezidiert entgegen. Auch der erwähnte Anfängerschikurs sollte der Jugend dienen.

Alice Brandl engagierte sich im Salzburger Gemeinderat, bis er 1934 aufgelöst wurde. 1938 wurde sie pensioniert, unterrichtete aber noch während des Zweiten Weltkriegs einige Jahre als Aushilfslehrerin für Englisch. Alice Brandl starb 1950, ihr Ehrengrab am Salzburger Kommunalfriedhof bestand bis 2005.

Quelle: Sabine Veits-Falk, Die ersten Frauen im Gemeinderat der Stadt Salzburg: Unkonventionell, still oder angepasst?, in: Salzburger Archiv 30 (2005), S. 261–275.

Digital durch die Krise

Der Österreichische Städtebund unterstützt digitales Arbeiten in Städten & Gemeinden.

Katharina Koch, IT-Kommunal

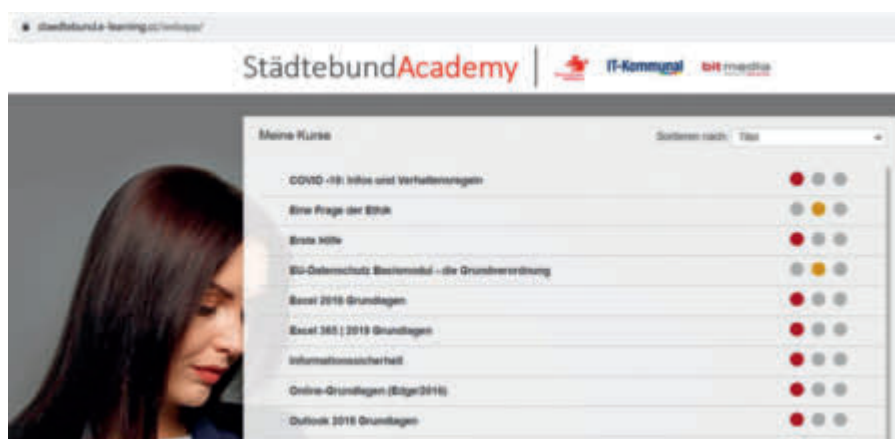
Die COVID-19-Pandemie hat Österreich seit März vor viele neue Herausforderungen gestellt. Viele dieser Herausforderungen haben die tägliche Arbeit betroffen und die Art und Weise, in der wir zusammenarbeiten, nachhaltig verändert. Das zeitweise unumgängliche Homeoffice hat eine rasche Digitalisierung vieler Prozesse gefordert und in vielen Städten und Gemeinden mussten neue Wege zur Abwicklung des Parteienverkehrs und anderer Anliegen gefunden werden. Der Österreichische Städtebund (ÖStB) hat daher in Zusammenarbeit mit der IT-Kommunal GmbH ab Mitte März umfassende Unterstützung bei der Bewältigung dieser Situationen angeboten. Im Zuge dieser Unterstützungsaktion wurde eine Vielzahl digitaler Services zur Verfügung gestellt, die darauf abzielten, das von Shutdown und Homeoffice geprägte Arbeiten in der Gemeindeverwaltung zu und die Kommunikation mit den BürgerInnen und Unternehmen zu erleichtern.

E-Learning

Ab März war es Mitgliedern des Österreichischen Städtebundes zum Beispiel möglich, auf der E-Learning-Plattform „Städtebund Academy“ kostenfrei einen Kurs für ihre MitarbeiterInnen zu belegen, der über die wichtigsten Fakten und Hygieneregeln betreffend des SARS-CoV-2-Ausbruchs informierte. Weitere Kurse deckten die Themengebiete „Zeit- und Stressmanagement“ sowie eine Vielzahl an Bürosoftware-Trainings ab.

Die angebotenen Services sollten dabei helfen, die betroffenen Arbeitsabläufe rasch und unkompliziert zu digitalisieren und umfassen

- Zugang zum kommunalen Online-Formularservice „amtsweg.gv.at“,
- zwei Lösungen für Bürgeranliegenmanagement und



- einen Online-Service zur Unterstützung des Sitzungsmanagements.

Für einen gemeindeinternen wie auch -externen Datenaustausch wurde ein österreichischer Cloudspeicher-Service („gemeindecloud.at“) aufgebaut und ebenfalls unentgeltlich zur Nutzung bereitgestellt. Auf der gemeindecloud.at steht neben einem sicheren Speicherplatzkontingent in Österreichs größtem Rechenzentrum auch eine Vielzahl weiterer digitaler Funktionen für den kommunalen Arbeitstag zur Verfügung.

Viele Gemeinden haben die Chance ergriffen und die Aktion dazu genutzt, die angebotenen Produkte zu testen und in ihre Arbeitsabläufe zu integrieren. Das angebotene E-Learning-Modul wurde für mehr als 2.700 Gemeindebedienstete freigeschaltet.

MachMit-App & Cloud

Besonders an der Aktion war auch der damit verbundene Zugang zu zwei neu herausgebrachten Produkten zusätzlich zu den bereits etablierten Lösungen:

Die Bürger-App „MachMit“ wurde im März 2020 neu gelauncht. Nach einer vollständigen Überarbeitung durch IT-Kommunal und Chax.at entstand daraus eine mobile

Anwendung, welche es BürgerInnen und Gemeinde erleichtert, in Kontakt zu treten. Die App selbst ist kostenfrei in den App-Stores erhältlich und das eigens dazu konfigurierte Backend für Gemeinden ermöglicht eine leichte und unkomplizierte Bearbeitung von einlangenden Anliegen im Internet-Browser. In Zeiten, in denen es oft wünschenswert ist, viele BürgerInnen zu erreichen, ermöglicht der Einsatz von MachMit den Kommunen über die Plattform Nachrichten an alle App-NutzerInnen in ihrer Gemeinde zu senden und im Gemeindechat allgemeine Anfragen zu beantworten.

Als zweite Neuerung wurde ab Juni auch die gänzlich neue gemeindecloud.at im Zuge der Aktion für die Mitglieder des ÖStB angeboten.

Der Österreichische Städtebund und IT-Kommunal freuen sich über den Zuspruch, den die angebotenen Services erfahren haben und dass man mit der Unterstützungsaktion die Probleme, die durch die Corona-Krise verursacht wurden, gezielt und erfolgreich adressieren konnte. Eine Nutzung der digitalen Services ist im Rahmen der COVID-19-Hilfsaktion noch bis Jahresende 2020 möglich.



Mikro-ÖV-Systeme und Umsatzsteuer

Nicht nur im Hinblick auf die Klimaziele ist eine Umsatzsteuerfreistellung bei Subventionen für den Mikro-ÖV Gebot der Stunde.

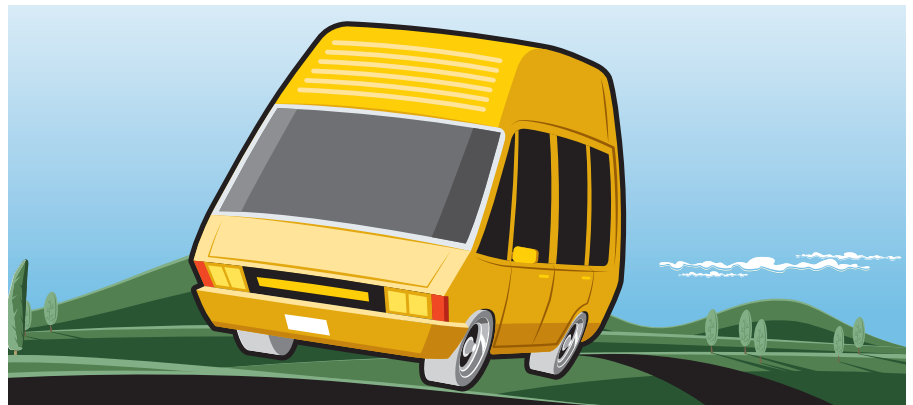
Barbara Köller, Stadtamtsleiterin der Stadtgemeinde Wolfsberg, Josef Klug, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Rabel & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Die Ausgangssituation: Der öffentliche Personen- und Nahverkehr (ÖPNV) findet in den Zentren bzw. zentrumsnahen Bereichen statt. Das bedeutet, dass BewohnerInnen in Siedlungsrandlagen nicht oder nur erschwert die Möglichkeit haben, den ÖPNV in Anspruch zu nehmen.

Die Lösung: Es werden in den Siedlungsrandlagen Sammelhaltepunkte eingerichtet, von denen die BewohnerInnen bei Bedarf über ein Anruf-Sammeltaxi zu Verbundtarifen zum nächstgelegenen Anschlusspunkt des ÖPNV-Netzes gebracht werde. Ein Unternehmen mit dem entsprechenden technischen und organisatorischen Know-how eines Callsystems schließt Verträge mit den regionalen Taxiunternehmen, die die ortsansässigen BürgerInnen am Sammelpunkt abholen. Um den Verbundtarif gewährleisten zu können, subventionieren die Städte und Gemeinden der Region vor dem Hintergrund der Daseinsvorsorge im Zuge einer interkommunalen Kooperation das Unternehmen (Subventionszusage). Die Höhe der Subvention orientiert sich an den anfallenden Kosten.

Bei diesem Mikro-ÖV handelt es sich nicht um einen anlass- bzw. eventbezogenen Personentransport (Stichwort „Discobus“), sondern um eine notwendige Ergänzung des ÖPNV in Siedlungsrandlagen. Von der Bevölkerung wird dieser Mikro-ÖV sehr gut angenommen.

Dieses Mikro-ÖV-Modell ist ein Musterbeispiel einer gelungenen interkommunalen Zusammenarbeit: Ein Unternehmen organisiert eine Leistung eines Subunterneh-



mens für die regionale Bevölkerung und wird dabei mit finanziellen Mitteln der Gemeinden unterstützt.

Die Installierung eines Mikro-ÖV ist keine Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden. Das Land Kärnten fördert beispielsweise über das Gemeindereferat dieses zukunftsweisende Modell einer Mobilitätskooperation als IKZ-Modell. Ohne diese Förderungen ist die Erbringung dieser Mikro-ÖV-Leistung finanziell nicht umsetzbar, da die Einnahmen aus den Beförderungsentgelten der beförderten Personen nur einen geringen Teil der anfallenden Kosten abdecken. Dies gilt generell für den ÖPNV.

Auch wenn vonseiten der/des Fördergebenden und Fördernehmenden „umsatzsteuerfreie“ Subventionen gewollt sind, muss der umsatzsteuerlichen Abgrenzung gegenüber steuerpflichtigen Leistungsentgelten großes Augenmerk geschenkt werden. Subventionen können insbesondere umsatzsteuerlich dann relevant bzw. umsatzsteuerpflichtig sein, wenn

- ▶ eine Leistung an die/den Subventionsgebende/-n unterstellt werden kann oder
- ▶ die Subvention als Gegenleistung für eine Leistung der/des Fördernehmenden an einen Dritten angenommen werden kann.

Diese Abgrenzung spielt sich auf einem schmalen Grat ab und so muss in der Praxis die Sichtweise der betroffenen Städte und Gemeinden nicht zwingend deckungsgleich mit der Sichtweise der Finanzverwaltung sein. In solchen Fällen drohen Mehrkosten für das jeweilige Projekt in Höhe der 20%igen Umsatzsteuer auf die gewährten Subventionen.

Eine sachlich wohl zu rechtfertigende „Umsatzsteuerfreistellung“ der Subventionen für den Mikro-ÖV gleich der Behandlung der Subventionen für Verkehrsverbünde des ÖPNV (siehe Rz 26 der Umsatzsteuer-richtlinien) wäre wohl ein Gebot der Stunde, vor allem im Hinblick auf die Erreichung der Klimaschutzziele.



Einblicke in den Städtebund

Sophia Schenk berichtet über ihr Praktikum beim Österreichischen Städtebund.

Mein Name ist Sophia Schenk, ich komme aus einem Dorf in Baden-Württemberg, Deutschland. Im Rahmen meines Studiums bekam ich die Chance, ein Praktikum beim Österreichischen Städtebund zu absolvieren. In Deutschland studiere ich Public Management (B.A.) an der Verwaltungshochschule in Ludwigsburg, in einer Kombination aus theoretischen und praktischen Abschnitten. Als ich die Zusage für mein Praktikum beim Österreichischen Städtebund bekam, konnte ich mir ehrlich gesagt nicht viel darunter vorstellen, da ich bisher in Deutschland noch keinerlei Berührungspunkte hatte. Das hat sich nach den Monaten im Büro des Städtebundes in Wien jedoch komplett verändert. Ich durfte viele tolle Kolleginnen und Kollegen kennenlernen und sie bei ihrer Arbeit unterstützen. Dabei wurde mir erst bewusst, wie vielfältig die Themenfelder der Städte in Österreich sind. Von den Pensionsansprüchen von BürgermeisterInnen im Vergleich zu meinem Heimatland Deutschland über das im Gesetzgebungsprozess befindliche Informationsfreiheitsgesetz bis hin zu der Mitarbeit in einem Netzwerk zum Thema Alltagsökonomie. Natürlich spielten auch der Umgang

und die Bewältigung der COVID-19-Krise eine Rolle. Die Auswertung der vom Städtebund veröffentlichten Corona-Newsletter, Vorbereitungen von Umfragen in den Städten bis hin zur Forderung nach finanzieller Unterstützung der Städte und Gemeinden. Aber auch in Themenbereiche wie die Vorbereitung einer Klage bekam ich Einblicke. Besonders geschätzt habe ich während meiner Zeit beim Österreichischen Städtebund die selbstständige Arbeitsweise und die vielfältigen Einblicke, die ich in die verschiedensten Themen erhalten habe. Es hat mir großen Spaß gemacht, mir über einige Themen nur Überblicke zu verschaffen und mich an anderen Stellen tief einzuarbeiten und mir Fachwissen anzueignen.

Doch nicht nur fachlich war es für mich eine sehr prägende und erlebnisreiche Zeit. Auch für mich persönlich und meine zukünftige Verwaltungslaufbahn konnte ich viel lernen. So prägten mich die vielen zwischenmenschlichen Gespräche und Ratschläge von Kolleginnen und Kollegen. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals bedanken. Danke, dass ihr mich so in euer Team integriert habt und ich ein Teil des Österreichischen Städtebundes sein durfte. Leider machte mir Corona einen Strich durch die



Rechnung. Die Corona-Ampel wurde Mitte September wegen der gestiegenen Infektionszahlen in Wien auf Orange gesetzt, woraufhin Deutschland Wien als Risikogebiet einstuft. Die so geänderten Einreisebestimmungen nach Deutschland und die anstehenden Prüfungen an der Hochschule zwangen mich dazu, Wien schon früher zu verlassen. Doch immerhin, so schwer es mir auch fiel, bedeutete es nicht das Ende meines Praktikums. So hatte ich die Möglichkeit, vom Homeoffice in Deutschland aus weiterzuarbeiten und meine angefangenen Aufgaben beenden zu können. Auch wenn ich nur zwei Monate in Wien gearbeitet habe, war es für mich eine sehr lehrreiche und wertvolle Zeit, die ich nicht missen möchte.



Die Kommunalsteuer als Selbstberechnungsabgabe

Teil 2, Fortsetzung des Artikels von ÖGZ 10/2020, Seite 60ff

Dr. Peter Mühlberger, Magistrat Linz, Konsulent

V. Rechtsprobleme

Bereits in der letzten ÖGZ-Ausgabe vom Oktober 2020 wurde auf gewisse Rechtsprobleme im Rahmen der Selbstberechnung hingewiesen wie etwa

- ▶ Berichtigung der Selbstberechnung
- ▶ Geltendmachung der Haftung
- ▶ Verhängung einer Verwaltungsstrafe

V.I. Berichtigung der Selbstberechnung

Problematisch erscheint vor allem der letzte Satz des § 11 Abs. 3 KommStG 1993, wonach von der Erlassung eines solchen Bescheides wegen Nichtbekanntgabe der Selbstberechnung oder nicht richtiger Selbstberechnung abgesehen werden kann, wenn der Steuerschuldner nachträglich die Selbstberechnung binnen drei Monaten ab Einreichung der Abgabenerklärung berichtigt; erweist sich die Berichtigung ebenfalls als nicht richtig, hat die Gemeinde einen Kommunalsteuerbescheid jedenfalls verpflichtend zu erlassen.

Diese Regelung wurde vor allem auch deshalb aufgenommen, um einerseits den Abgabenschuldnern die Möglichkeit zu geben, anlässlich ihrer Jahreserklärung unrichtige Selbstberechnungen zu korrigieren, andererseits der Abgabenbehörde einen gewissen „Freiraum“ zu schaffen, um von einer Abgabensfestsetzung abzusehen, hat jedoch in der Vergangenheit aus praktischen und rechtlichen Gründen Rechtsprobleme mit sich gebracht. Dies vor allem deshalb, weil aus der gesetzlichen Formulierung „binnen drei Monate ab Einreichung der Abgabenerklärung“ rechtlich zu folgern ist, dass die Möglichkeit der Selbstberechnung ohne Abgabensfestsetzung nicht gegeben ist (Ritz, „Festsetzung des Dienstgeberbeitrages und der Kommunalsteuer“, AFS 2020, 82),

- ▶ wenn der Abgabepflichtige nach Bekanntgabe des selbst berechneten Monatsbetrages während eines Kalenderjahres, etwa durch seine monatliche Abgabentrachtung, jedoch vor Ein-

reichung der Abgabenerklärung, seine Selbstberechnung berichtigen würde,

- ▶ wenn sich aufgrund des Wortlautes Nachforderungen oder Gutschriften aus der Jahresabgabenerklärung ergeben würden,
- ▶ wenn in der Jahreserklärung beispielsweise in einer Beilage offengelegt würde, dass sich die Jahreserklärung als nicht richtig erwiesen hätte.

Diese Bestimmung bringt allerdings auch große Rechtsprobleme in der Praxis für die Abgabepflichtigen selbst mit sich, weil

- ▶ die Jahresabgabenerklärung bis spätestens 31. März des Folgejahres vorzulegen ist und Unrichtigkeiten oftmals erst im Laufe des folgenden Kalenderjahres (Folgejahres) festgestellt werden,
- ▶ bei einer Betriebsschließung überdies binnen einem Monat die Abgabenerklärung vorzulegen ist und daher auch eine Berichtigung binnen drei Monaten kaum praktisch durchführbar ist,

- auch die Berichtigungsfrist von drei Monaten grundsätzlich nicht ausreichen wird, hier Unkorrektheiten der Selbstberechnung zu bereinigen und damit von einer Abgabefestsetzung Abstand zu nehmen,
- auch diese Berichtigungsfrist dennoch eine bescheidmäßige Abgabefestsetzung erfordert, wenn die Berichtigung sich weiterhin als fehlerhaft erweist.

Es wird daher vorgeschlagen, im § 11 Abs. 3 letzter Satz KommStG die Gesetzespassage „binnen drei Monaten ab Einreichung der Abgabenerklärung“ ersatzlos zu streichen, weshalb § 11 Abs. 3 letzter Satz Kommunalsteuergesetz folgendermaßen zu lauten hätte: „Von der Erlassung eines solchen Abgabenbescheides kann abgesehen werden, wenn der Steuerschuldner nachträglich die Selbstberechnung berichtigt; erweist sich die Berichtigung als nicht richtig, hat die Gemeinde einen Kommunalsteuerbescheid zu erlassen.“

V. II Geltendmachung der Haftung

Neben den durch sie vertretenen Abgabepflichtigen haften die in den §§ 80 ff BAO bezeichneten Vertreter gemäß § 6 a Abs. 1 KommStG 1993 für die Kommunalsteuer insoweit, als die Abgabe infolge schuldhafter Verletzung der ihnen auferlegten abgabenrechtlichen oder sonstigen Pflichten nicht ohne Schwierigkeiten eingebracht werden kann, insbesondere im Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

Voraussetzung für die Haftung sind

- Uneinbringlichkeit bzw. im Kommunalsteuerrecht Gefährdungshaftung aufgrund etwa Insolvenzeröffnung,
- Verschulden (zumindest Fahrlässigkeit) im Zusammenhang mit den abgabenrechtlichen und sonstigen Verpflichtungen der verantwortlichen Vertreter,
- Kausalität (Rechtswidrigkeitszusammenhang) des Verschuldens des Vertreters an der Uneinbringlichkeit,
- Ermessen der Abgabenbehörde über die Haftungsinspruchnahme.

Zum Verschulden bestanden zuletzt gewisse Rechtsdifferenzen, weil dem verantwortlichen Vertreter, wie dem Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einem Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft oder einem Vereinspräsidenten, grundsätzlich eine qualifizierte Mitwirkungspflicht hinsichtlich eines Nachweises seines Nichtverschuldens trifft und er nachzuweisen hat, dass ihn kein Verschulden an der Erfüllung abgabenrechtlicher oder sonstiger Pflichten und damit an der Nichterfüllung der Abgabenschuldigkeiten im strittigen Abgabenzeitraum treffe und sich dabei unter anderem das sogenannte Gleichbehandlungsgebot sämtlicher fälliger öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Verbindlichkeiten mit den vorhandenen Finanzmitteln in diesem Zeitraum anbiete; vereinzelt entziehen sich haftende Verantwortliche dieser qualifizierten Nachweispflicht dahingehend, dass sie ihrerseits mit dem Hinweis auf (ihrerseits fehlinterpretierte) Passagen in der Rechtsprechung

Starker Partner auch in Krisenzeiten

Haushaltsrecht und COVID-19 fordern Gemeinden 2020 heraus. Der Bereich Public Sector der UniCredit Bank Austria unterstützt als verlässlicher Partner unter neuer Führung.

▸ **Mag. Wolfgang Figl, leitete 13 Jahre den Bereich Public Sector - Ihr Resümee?** „Es war eine sehr spannende Zeit, aus der ich vor allem die Entwicklung des regionalen Betreuungsmodells mit Betreuungs- und Fachkompetenz vor Ort hervorheben möchte. Und um das nicht missen zu müssen, werde ich dem Bereich auch weiter als Senior Banker zur Seite stehen.“

Mag. Martin Zojer, hat seit Mai die Leitung übernommen. Ihre Pläne? „Ich freue mich über die neue Herausforderung. Für die

Zukunft sehe ich den Bedarf nach raschen und unbürokratischen Lösungen. Auch die Krise hat gezeigt, dass digitale Lösungen unabdingbar sind. Wir werden unsere Palette daher noch weiter ausbauen.“

Wie unterstützen die Tools auf www.praxisplaner.at jetzt Gemeinden? „Durch Covid-19 wurden Finanzpläne vieler Gemeinden auf den Kopf gestellt, sie unterstützen bei der Neuplanung. Auch viele Tools, die die UniCredit Bank Austria mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung zum neuen

Haushaltsrecht erstellt haben, liefern einen schnellen und guten Überblick über die Gemeindefinanzen.

Die Plattform www.praxisplaner.at stellt alle wichtigen Kommunaldaten übersichtlich und leicht verständlich dar. Mit 2020 wurden der Ergebnishaushalt und der Finanzierungshaushalt, die nach dem neuen Haushaltsrecht zu erstellen sind, in die Plattform aufgenommen.“

Mehr Infos

publicsector.bankaustria.at
oder Tel. +43(0)5 05 05-41691

Bezahlte Anzeige



Mag. Martin Zojer, neuer Leiter Public Sector in der UniCredit Bank Austria.

Bank Austria
Member of **UniCredit**

(VwGH vom 27. 9. 2012, 2009/16/0181) die Abgabenbehörde in die Pflicht nehmen und von ihr eine monatliche Aufschlüsselung der von ihnen überhaupt nicht oder teilweise unvollständig entrichteten Kommunalsteuer verlangen.

Dazu sollten jedoch nachfolgende rechtliche Überlegungen angestellt werden:

- ▶ Der verantwortliche Vertreter wird zur Haftung herangezogen, weil er seinen abgabenrechtlichen und sonstigen Verpflichtungen im Abgabenzeitraum insofern nicht entsprochen hatte, als er trotz vorhandener Finanzmittel und auch ungeachtet einer allfälligen Betriebsfortführung seiner abgabenrechtlichen Verpflichtung zur ordnungsgemäßen und vollständigen Entrichtung der monatlichen Kommunalsteuer nicht nachgekommen war,
- ▶ der verantwortliche Vertreter wurde daher zu Recht nach § 6 a KommStG 1993 zur Haftung herangezogen und es obliegt ihm die qualifizierte Nachweispflicht, dass er ohne sein Verschulden seinen Kommunalsteuerverpflichtungen im Abgabenzeitraum nicht nachkommen konnte, wozu auch zählt, dass der Unternehmer zwar Finanzmittel für beispielsweise die Betriebsfortführung, nicht jedoch auch für die Abgabentrachtung eingesetzt hatte und die auch notwendige bzw. mögliche Betriebsfortführung ihn nicht davon befreit, seinen Abgabenverpflichtungen nachzukommen,
- ▶ diesen Beweis, warum er ohne sein Verschulden die Kommunalsteuer nicht entrichten konnte und daher er seinen abgabenrechtlichen, aber auch sonstigen Verpflichtungen nicht nachgekommen war, ist ein umfassender, ausschließlich den verantwortlichen Vertreter treffender Nachweis seines Nichtverschuldens und geht jedenfalls über die oftmals abgabebehörlich geforderte Gläubigergleichbehandlung hinaus,
- ▶ die Intentionen gewisser Haftender, eine qualifizierte Nachweispflicht seines Unverschuldens, widrigenfalls er im vollen Umfang zur Haftung herangezogen würde, auf die Abgabenbehörde insofern „abzuwälzen“, indem diese ihm seine monatlichen Kommu-

nalsteuerverpflichtungen „nachzuweisen“ hätte, ist rechtlich insofern nicht gerechtfertigt, weil

- ihm allein durch die angebliche Unkenntnis seiner monatlichen Kommunalsteuerverpflichtungen schon die Verletzung sonstiger Verpflichtungen, etwa einer ordnungsgemäßen Buchführung vorgeworfen werden könnte,
- er aus seinen monatlichen Buchungunterlagen auch seine monatlichen Kommunalsteuerverpflichtungen kennen musste, widrigenfalls die Verpflichtung einer ordnungsgemäßen Buchführung zur Kommunalsteuerentrichtung und damit sonstige Verpflichtungen verabsäumt worden wären,
- dem Haftenden jedenfalls die Beschaffung seiner entsprechenden Buchunterlagen, egal, ob bei seiner rechtsfreundlichen oder steuerrechtlichen Vertretung, beim Insolvenzverwalter und bezüglich seiner Finanzmittel bei seinem Bankinstitut möglich sein sollte, zumal er auch andere monatliche privatrechtliche und öffentlich-rechtliche und auch damit fällige Verpflichtungen nachzuweisen hätte,
- das Höchstgericht selbst die Festsetzung von Kommunalsteuer-Jahresbeträgen anerkannt und seiner meritorischen Entscheidung zugrunde gelegt hatte (VwGH vom 21. 10. 2015, 2012/13/0085) und selbst die Feststellung der Nachforderung anlässlich der Insolvenzabschlussprüfung eine Haftung rechtfertigt, weil es sich bei der Kommunalsteuer um eine Selbstberechnungsabgabe handelt (VwGH vom 20. 1. 2010, 2009/13/0019),
- sich die gesamte höchstgerichtliche Rechtsprechung zum Vertreterverschulden an der grundsätzlich gegebenen qualifizierten Mitwirkungspflicht [fehlende Buchungunterlagen können nicht der Abgabenbehörde vorgehalten werden (VwGH vom 25. 11. 2009, 2008/15/0263)], an der Verschuldensbeurteilung, [warum er ohne sein Verschulden die Abgaben nicht entrichten konnte

(VwGH vom 16. 9. 2003, 2000/14/0162)] und dem Nachweis der vorhandenen Finanzmittel [welche Mittel zu den Fälligkeitsterminen zur Verfügung standen (VwGH vom 16. 12. 2009, 2009/15/0127)] orientiert,

- der Gleichbehandlungsnachweis den Haftenden jedoch keinesfalls von seinem Verschulden und seiner Verpflichtung, im Haftungsverfahren die zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt zur Bezahlung der Abgabenschuld zur Verfügung stehenden liquiden Mittel nachzuweisen, befreit (VwGH vom 26. 11. 2002, 2000/15/0081) und lediglich allenfalls zu einer Reduzierung der Haftungssumme (VwGH vom 27. 4. 2005, 2004/14/0030) oder zur teilweise positiven Ermessensübung führen könnte,
- ▶ die Frage des Verschuldensnachweises kann jedoch lediglich Gegenstand der Verschuldensfrage, keinesfalls Thematik der Kausalität (Rechtswidrigkeitszusammenhang) sein; im Rahmen der Kausalität wäre lediglich zu prüfen, inwieweit die Abgabenbehörde verantwortlich an der Uneinbringlichkeit wäre, weil sie beispielsweise notwendige Einhebungsschritte oder gar Anmeldung von Insolvenzforderungen verabsäumt hätte, doch ist die Rechtsprechung bisher bei Vorliegen des Verschuldens des Haftenden von einen Rechtswidrigkeitszusammenhang ausgegangen.

V. III Strafverfahren

Nach § 15 KommStG 1993 begeht eine Verwaltungsübertretung, wer

- ▶ unter Verletzung abgabenrechtlicher Anzeigen-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflichten,
- ▶ die Kommunalsteuer verkürzt, d. h. nicht ordnungsgemäß und vollständig entrichtet,
- ▶ wobei der Straftatbestand vom subjektiven Tatbestandselement der fahrlässigen oder vorsätzlichen Abgabenverkürzung und vom objektiven Tatbestandsmerkmal einer abgabenrechtlichen Anzeigen-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht abhängig ist.

Nach der jüngsten höchstgerichtlichen Rechtsprechung vom 3. April 2019, Ra 2018/15/0102, wäre die Verletzung einer Offenlegungspflicht nicht die im § 11 Abs. 2 KommStG 1993 normierte Verpflichtung zur Selbstberechnung und Entrichtung der monatlich geschuldeten Kommunalsteuerbeträge, sondern ausschließlich die gesetzlich normierte Verpflichtung zur Abgabe der Jahreserklärung im Sinne des § 11 Abs. 4 KommStG 1993.

Diese höchstgerichtliche Entscheidung relativiert allerdings das Verhalten vieler Abgabepflichtiger, dass sie zwar die monatlichen Kommunalsteuerbeträge der Abgabenbehörde bekanntgeben und damit selbst berechnen, aber nicht gesetzeskonform monatlich entrichten, lediglich im Rahmen der Kommunalsteuerjahreserklärung die gesamten Abgabenbeträge „für das gesamte Kalenderjahr nachleisten“ und damit lediglich einen minimalen „Säumniszuschlag in Kauf nehmen“; ein Strafverfahren nach § 15 Abs. 2 KommStG

1993 wegen vorsätzlicher Nichtentrichtung der Kommunalsteuer wäre für die Abgabenbehörde diffizil, weil

- ▶ sie dem Abgabepflichtigen Vorsatz an der Nichtentrichtung nachzuweisen hätte,
- ▶ es sich um ein sogenanntes Dauerdelikt handeln könnte,
- ▶ der Strafraum im Gegensatz zu § 15 Abs. 1 KommStG 1993 relativ niedrig wäre.

Als abgabenrechtliche Lösung, um derartigen Verhalten der Abgabepflichtigen zur Abgabennichtentrichtung und Berichtigung im Rahmen der Jahreserklärung Einhalt zu gebieten, bieten sich zweierlei Lösungen an:

- ▶ Im § 11 Abs. 2 KommStG 1993 wäre legislativ eine Ergänzung auf die Offenlegungspflicht dahingehend aufzunehmen, dass „die Kommunalsteuer vom Unternehmer für jedes Kalendermonat selbst zu berechnen und bis zum 15. des darauffolgenden Monats

(Fälligkeitstag) an die Gemeinde zu entrichten wäre (Offenlegungspflicht)“; damit könnte derartige Verhalten der Abgabepflichtigen, die Abgabe nicht zu entrichten und im Rahmen der Jahreserklärung nachträglich zu leisten, Einhalt geboten und ein Strafverfahren nach § 15 Abs. 1 KommStG 1993 durchgeführt werden,

- ▶ das Kommunalsteuergesetz dahingehend zu novellieren, dass die Unternehmer verpflichtet werden, für jedes abgelaufene Kalendervierteljahr bis zum 20. des darauffolgenden Kalendermonats eine Kommunalsteuer-Voranmeldung als Abgabenerklärung im Sinne der abgabenrechtlichen Vorschriften nach amtlichen Muster einzureichen, in der die Bemessungsgrundlagen nach dem einzelnen Kalendermonat aufzugliedern sind, wobei ein solcher Novellierungsvorschlag allerdings politisch kaum durchsetzbar wäre.



NEUHAUSER

Verkehrstechnik GmbH & Co KG

Untere Landstraße 40 | A-4055 Pucking
T +43 7229 80180-0 | F +43 7229 89952
mail@neuhauser-vt.com
neuhauser-vt.com

Einfach online bestellen!

Entdecken Sie unsere Produktvielfalt

shop.neuhauser-vt.com



EIN ZEICHEN VON SICHERHEIT

Ertragsanteilsvorschüsse für Oktober 2020

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 10/2020 ¹ in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 10/2019 in %	Ertrag für 01–10/2020 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–10/2019 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	526.081	-21,7 %	4.044.271	-9,8 %
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	96.135	-32,6 %	346.197	-28,6 %
Lohnsteuer	259.327	-0,4 %	2.779.546	0,7 %
Kapitalertragsteuer	12.393	6,6 %	159.745	-29,7 %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.500	10,4 %	70.652	11,6 %
Körperschaftsteuer	150.116	-39,6 %	670.055	-27,9 %
Stabilitätsabgabe	452	-68,1 %	11.371	8,6 %
Sonstige Steuern (gesamt)	455.029	-6,8 %	4.297.164	-6,9 %
davon:				
Umsatzsteuer	235.682	-8,8 %	2.182.340	-9,6 %
Tabaksteuer	22.524	3,3 %	191.723	2,1 %
Biersteuer	2.374	8,5 %	17.241	-14,2 %
Mineralölsteuer	37.887	-25,7 %	373.791	-15,6 %
Alkoholsteuer	1.553	5,0 %	13.643	-11,7 %
Energieabgabe	7.356	13,2 %	78.744	-13,3 %
Normverbrauchsabgabe	5.725	2,5 %	42.166	-17,8 %
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	100.121	0,6 %	998.323	0,6 %
Versicherungssteuer	11.027	2,1 %	122.534	3,3 %
Motorbezogene Versicherungssteuer	25.288	3,2 %	233.817	1,6 %
KFZ-Steuer	1.303	-7,7 %	5.896	-7,0 %
Konzessionsabgabe	3.153	8,5 %	21.879	-17,6 %
Kunstförderungsbeitrag	0		1.584	0,1 %

¹⁾ Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile ^{*)}

	Ertrag für 10/2020 ¹ in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 10/2019 in %	Ertrag für 01–10/2020 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–10/2019 in %
Burgenland	24.727	-14,8 %	208.384	-9,1 %
Kärnten	58.216	-15,5 %	495.045	-8,5 %
Niederösterreich	160.470	-15,0 %	1.356.042	-8,3 %
Oberösterreich	153.191	-16,2 %	1.293.494	-8,4 %
Salzburg	66.250	-15,2 %	575.021	-7,8 %
Steiermark	120.683	-16,8 %	1.032.879	-9,2 %
Tirol	86.134	-13,8 %	737.497	-7,5 %
Vorarlberg	47.390	-13,5 %	402.867	-7,3 %
Wien	264.050	-15,4 %	2.241.790	-8,5 %
Summe	981.110	-15,4 %	8.343.019	-8,4 %

*) ohne Zwischenabrechnung



Kriterien für eine differenzierte Baumhaftung

Am 24. und 25. Oktober 2019 fand in Hainburg ein Symposium zu Fragen der Baumsicherung und Baumhaftung statt, an dem Baumfachleute, Forst- und UmweltexpertInnen sowie VertreterInnen der Forstwirtschaft sowie auch RepräsentantInnen der Rechtsprechung und der Rechtswissenschaft teilnahmen. Das Grundanliegen dieser Veranstaltung war es, virulente Fragen zur Haftung für Bäume und die in diesem Kontext aufgetretenen Haftungsgänge nicht in erster Linie durch den Ruf nach dem Gesetzgeber, sondern zunächst und vor allem durch einen strukturierten Dialog zwischen den mitwirkenden und berührten Kreisen zu lösen. Inhaltlich ging es um die Kriterien, die für die Baumhaftung maßgebend sind, und um die Möglichkeit, bei den Sorgfaltsanforderungen im Zusammenhang mit der Sicherung von Bäumen sachgerecht zu differenzieren. Dieser Tagungsband enthält die verschriftlichten Fassungen der bei diesem Symposium gehaltenen Vorträge. Zudem werden darin die Thesen vorgestellt, die bei der Veranstaltung auf Grundlage der Referate und Diskussionen ausgearbeitet und einvernehmlich verabschiedet wurden. Eine gute Grundlage für weiterführende Überlegungen und Veranstaltungen zum Thema Baumhaftung.

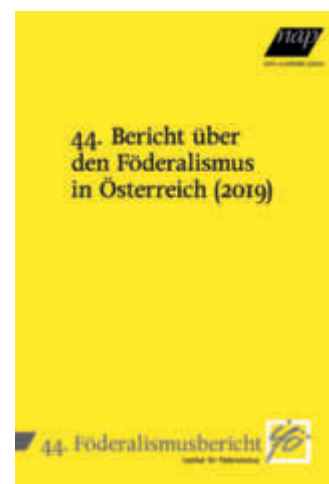
Johannes Stabentheiner/Karin Büchl-Krammerstätter (Hg.) | Tagungsband zum Symposium „Baumsicherung“ am 24. und 25. Oktober 2019 in Hainburg | NWV 2020 | € 38,- | ISBN 978-3-7083-1310-8 | 186 Seiten | Broschur



Stadtkonflikte

Im Stadtraum wird Politik gemacht: durch Gentrifizierung und Abschottung, durch autoritäre Sicherheitsmaßnahmen, durch Anpassung an Investment-Interessen. Und es wird Gewinn gemacht: mit Wohnungsnot, mit Betongold, mit urbanem Raum als Kapitalanlage. Neoliberales Regieren und rechtswidrige Kampagnen machen die Stadt zum Ort der Angst und der Verknappung. Wie aber kann eine Politik in der Stadt aussehen, die an Demokratie und Solidarität orientiert ist? Das Anliegen dieses Buches ist eine kapitalismuskritisch positionierte Stadtplanungspolitik, die Konflikte anerkennt und Allianzen eingeht. Stadtkonflikte formuliert einen radikaldemokratischen Ansatz zu Architektur und Stadtplanung – mit einem prüfenden Blick auf realisierte Utopien des Roten Wien, durch kritische Beleuchtung partizipativer Planung, in Bündnissen mit sozialen Bewegungen. Zwischen politischer Theorie, Städtebau-Diskurs und eingreifender Praxis geht es darum, Räume und Spielräume der Demokratie – gerade in ihrer Krise – nicht nur zu verteidigen, sondern auszubauen.

Gabu Heindl | Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung | Mandelbaum Verlag 2020 | € 20,- | ISBN 978-3-85476-869-2 | 270 Seiten | Broschur



44. Bericht über den Föderalismus in Österreich (2019)

Der jährlich erscheinende Bericht über den Föderalismus in Österreich dokumentiert die Entwicklung des bundesstaatlichen Systems anhand der Tätigkeit von Bundes- und Landesgesetzgebung sowie der Gerichtshöfe, insbesondere jener des öffentlichen Rechts. Ferner enthalten sind eine Darstellung der wichtigsten Tendenzen auf Ebene der Europäischen Union und der österreichischen Gemeinden sowie in den Bereichen des finanziellen und kooperativen Föderalismus. Der Anhang bietet eine Auswahl von föderalistisch bedeutsamen Dokumenten und Statistiken für das betreffende Berichtsjahr.

Auch die Städte und Gemeinden finden in dieser Publikation ihre Berücksichtigung, dabei werden die Aktivitäten des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes beleuchtet sowie relevante Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofes beleuchtet. Das Berichtsjahr 2019 war ein spannendes, geprägt von Wahlen, der Regierungskrise, von Reformvorschlägen, Novellen der Gemeindeordnungen und zahlreichen Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes.

Institut für Föderalismus – Innsbruck | New academic press | € 24,90 | ISBN 978-3-7003-2193-4 | 180 Seiten | broschiert



Altersarmut steigt **Pensionierte in Deutschland** **zunehmend betroffen**

Immer mehr SeniorInnen sind in Deutschland von Armut bedroht, berichtet das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Im Jahr 2019 waren 15,7 Prozent der Menschen ab 65 Jahren betroffen. Die Armutsgrenze liegt für einen Einpersonenhaushalt bei 1.074 Euro im Monat. Betroffen sind insbesondere ältere Menschen im Saarland, gefolgt von Rheinland-Pfalz und Bayern. Aufgrund des abgesenkten Rentenniveaus und des großen Niedriglohnsektors werde sich das Problem weiter verschärfen, kritisiert Armutsforscher Christoph Butterwegge. Auch die Pandemie verschlimmere die Situation. Butterwegge: „Mehr als eine Million Kleinstrentner haben Minijobs, um über die Runden zu kommen. Davon sind viele durch die Beschränkungen weggefallen. Sie erhalten keine staatliche Leistung als Ersatz.“ Armut treffe ältere Menschen besonders hart, denn sie seien mit teils hohen Gesundheitskosten konfrontiert. Zudem drohe ihnen Einsamkeit und soziale Isolation.



Frankreich: Fahrgemeinschaften fördern **Rennes und andere Städte starten Initiativen für Fahrgemeinschaften.**

Seit einigen Wochen wird im Großraum von Rennes ein neues Parksystem getestet. Für AutofahrerInnen, die andere mitnehmen, stehen rund 20 VIP-Parkplätze zur Verfügung. Ein Kamerasystem scannt die Silhouetten im Auto. Wenn sich dem Scan zufolge, der Anonymität verspricht, mehrere Menschen im Auto befinden, geht ein Schranken auf und ermöglicht die Zufahrt zu den Parkplätzen.

Bewährt sich die Pilotphase, wird das System ausgeweitet und die Anzahl der Parkplätze für Fahrgemeinschaften erhöht. Für jeden Parkplatz für eine Fahrgemeinschaft

wird es einen Parkplatz für eine allein fahrende Person weniger geben.

Doch auch andere Lösungen werden angedacht: Eine Initiative namens Star't wird ab Jänner 2021 die Gemeinden Rheu, Pacé, Saint-Grégoire und Cesson-Sévigné verbinden. LenkerInnen, die ihr Auto teilen wollen, werden angeworben und erhalten einen Euro pro Fahrt. Corona ist zwar für solche Projekte nicht förderlich, aber in einem Auto mit fünf Plätzen können auch vier Personen genügend Abstand einhalten, ist der Vizepräsident für Verkehr, Matthieu Theurier, überzeugt.

Mehr Kindergärten, mehr Wirtschaftswachstum **Schweizer Wirtschaft profitiert von Kita-Ausbau.**

Durch den qualitativen Ausbau von Kindergärten wächst das Schweizer Wirtschaftswachstum (BIP) um umgerechnet rund 3,1 Milliarden Euro pro Jahr, zeigt eine Studie des BAK Economics. Im Rahmen der Studie wurden die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines 10-jährigen Investitionsprogramms rund um die Kleinkindbetreuung und Frühförderung untersucht. So würden sich Investitionen für Kinder bis vier Jahre für den Staat bereits nach etwa zehn Jahren lohnen. Durch die Weichenstellung in den ersten vier Lebensjahren gewinnen Gemeinwesen, Eltern und Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem

Wohnort oder Einkommen. Die frühkindliche Förderung soll zudem die Gesundheitskosten senken und das Einkommenspotenzial erhöhen.



Ausblick ÖGZ 12/2020

Schwerpunkt: Die Stadt als Marke

In der nächsten Ausgabe der ÖGZ geht es um das Thema Stadt als Marke – wie positionieren sich Städte? Wie werden sie unverwechselbar? Zahlreiche Praxisbeispiele und ein Interview mit dem Experten für Dramaturgie und Inszenierung Christian Mikunda beleuchten das Thema Markenfindung und Positionierung von allen Seiten.

Die Ausgabe 12/2020 erscheint am 2. Dezember 2020.



Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine bzw. Änderungen für Ausschüsse, Arbeitskreise und andere Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage www.staedtebund.gv.at. Informationen über villach.live.digital und Zugang zu den Live-Workshops: www.staedtetag.at.

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 11/2020 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Gabriele Ambros, KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-9989980, Mitarbeit: Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2020: 10 Ausgaben • Cover: Karin Wernig, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: +43(0)1/740 32-725, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, +43(0)1/740 32-733, Verkaufsleitung: Julia Rötzer, julia.roetzer@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Foto: Stadt Kapfenberg

ELmotion 2021

Fachkongress
27. - 28.01.
2021
Wien

Auf dem Elektromobilitäts-Fachkongress
EL-MOTION^{FC} 2021 wird erstmals
der EL-MO Award verliehen.

„...die nachhaltige Transformation der
österreichischen Wirtschaftsverkehre“

Anwenderorientierte E-Mobilität für KMU und
kommunale Betriebe in Österreich

Weitere Informationen und Anmeldungen unter
www.elmotion.at

Raiffeisen
Meine Bank



MEINE GELDANLAGE MACHT DEN UNTERSCHIED.

FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT:
NACHHALTIG VERANLAGEN MIT RAIFFEISEN.

Mit den nachhaltigen Geldanlagemöglichkeiten von Raiffeisen können Sie heute mitentscheiden, wie die Welt morgen aussieht. Investieren Sie jetzt in eine saubere Umwelt, in verantwortungsvolles Wirtschaften und in faire Arbeitsbedingungen – für eine lebenswerte Zukunft. Mit persönlicher Beratung und online. Mehr auf bgld.raiffeisen.at